

BEGEGNUNGEN IM BÖHMISCHEN RAUM

Von Hans Neuwirth

20 Jahre miterlebte Tschechoslowakei haben dem Zeitgenossen, der durch die Anteilnahme an den Angelegenheiten seines Volkes in das politische Geschehen verstrickt worden ist, manche Begegnung mit hervorragenden Männern des öffentlichen Lebens des Staates gebracht.

Die tiefe Gegensätzlichkeit der Beziehungen zwischen Völkern und Volksgruppen in der Tschechoslowakischen Republik blieb wohl auf keinen der dort lebenden Menschen ohne Wirkung, zog sie mehr oder minder alle in ihren Bann, zwang unversehens zur Stellungnahme, ließ die Menschen dem Vorurteil der Zeit verfallen, bei besten persönlichen Absichten selbst Fehler begehen, und ließ schließlich die Führenden und Verantwortlichen aller Lager diesseits und jenseits persönlicher Schuld tragisch scheitern.

Wer Gelegenheit hatte, die Entwicklung in einer nach 1945 wiederhergestellten Tschechoslowakei zu erleben, kommt um die niederdrückende Feststellung nicht herum, daß selbst die zunächst vom Schicksal Begünstigten in gehäufte Tragik, wie sie sonst wohl selten auf der Welt zu finden sein wird, versanken.

Für den Kenner der Verhältnisse, der nach langjähriger politischer Haft und gewaltsamen Ausschlusses aus dem Getriebe gesellschaftlichen Lebens das Sinnen und Denken der Menschen und ihre Stellung zu dem, was inzwischen Vergangenheit geworden ist, beobachten darf, ist es erstaunlich, wie zäh sich manche Legende zu behaupten vermag, z. B. die, daß Masaryk und Beneš die repräsentativen Vertreter einer humanitären Demokratie im Rahmen der Tschechoslowakischen Republik gewesen wären.

Wenzel Jaksch hat jetzt erst in seinem Buche „Europas Weg nach Potsdam“ die erste fundierte Berichtigung vorgenommen.

Gerade die Besprechungen des Buches Jaksch' aber, und zwar von deutscher Seite, von tagespublizistischer wie wissenschaftlicher, haben gezeigt, wie sehr die Verhältnisse und Vorgänge in der einstigen Tschechoslowakei, zweifellos auf Grundlage guten Willens, jedoch sichtlich weitgehender Unkenntnis grundlegender Tatsachen, verkannt werden, und in welchem Maße die geschichtliche Wahrheit den Vorurteilen unserer Zeit geopfert zu werden vermag.

Unter diesem Gesichtspunkte mag der Versuch, die Ergebnisse persönlicher Begegnungen aus jener Zeit nach Jahrzehnten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, gerade im Hinblick auf damit verbundene mögliche Klar-

stellungen durch den zeitgenössischen Zeugen, kein unfruchtbares und nicht ganz wertloses Unterfangen bleiben.

Jede Darstellung, die auf dem Grunde vorweggenommener moralisch-politischer Konsequenzziehungen schließlich sich darauf beschränken wollte, gerade noch geschichtliche Daten und Namen handelnder Personen festzuhalten, wird den Dingen nicht auf den Grund zu kommen vermögen.

Sie wird sich stets vor Augen halten, daß im böhmischen Raum Menschen unter besonders schwierigen Begleitumständen und Verhältnissen gestrebt und geirrt, leidenschaftlich gehaßt und geliebt haben.

Der überlebende Zeitgenosse selbst kann immer überrascht feststellen, wie heute schon nach im Grunde genommen kurzer Zeit, das Bild dieser Menschen verzerrt erscheint, wie sie in der Literatur und in den Vorstellungen selbst sehr wissenschaftlich interessierter Kreise so ganz anders erscheinen, als er sie selbst einst in blutvoller Wirklichkeit erlebt hat.

Einige dieser Persönlichkeiten zu zeigen, wie sie wirklich waren, oder zumindest im Ablaufe täglichen Geschehens sich gaben, mag mithelfen zu verstehender geschichtlicher Erkenntnis hinzuführen.

Wer das nicht immer unkomplizierte Leben zur Zeit der Tschechoslowakischen Republik, der ersten, wie man nach 1938 zu sagen sich angewöhnt hatte, näher kennenlernen konnte, mußte zunächst überrascht feststellen, wie sehr die Menschen tschechischer Zunge ohne Unterschied der Parteiangehörigkeit, ob sie als Mitläufer oder Funktionäre unmittelbar im politischen Leben oder in sogenannten unpolitischen Organisationen, wie volklichen Schutzorganisationen, wirtschaftlichen, kulturellen, ja selbst caritativen Vereinen und Institutionen wirkten, oder in der offiziellen Administrative tätig waren, in unwahrscheinlichem Maße im Banne nationalstaatlicher Politik in Erscheinung traten.

Rückschauend möchte ich sagen, daß diese selbstverständliche, und formal gesehen, stets freiwillige Gleichschaltung der nationalpolitischen Auffassungen innerhalb des tschechischen Volkes in seiner praktisch-politischen Wirkung viel weiter ging, als sie der Nationalsozialismus mit seinen Gewaltmethoden etwa im deutschen Volke jemals zu erreichen vermochte.

Diese Tatsache verleitete gelegentlich auf deutscher Seite, soweit Darstellungen und Analysen verursacht wurden, zu geradezu typologisch verallgemeinernden und schematisierenden Versuchen, die der Fülle der Persönlichkeiten, die im gesamten tschechoslowakischen Staate bis zum Ende der ersten und noch während der zweiten Republik unzweifelhaft wirksam waren, nicht gerecht zu werden vermochten.

Wer die Verhältnisse in Wahrheit kannte, weiß, daß hinter den unvorstellbaren Bindungen einer öffentlichen Meinung auch im tschechischen Lager zahlreiche hervorragende Menschen standen, die mit großer Sorge in eine ungewisse Zukunft blickten und in hartem Widerspiel mit jenen Kräften lagen, die die Zeichen der Zeit nicht verstehen wollten, und die Ressentiments eines Volkes, das vor seinen Nachbarn, vor allem den Deut-

schen einfach „Angst“ hatte, wie Helena Procházková-Koželuhová bereits in der Emigration in einem Gespräch am runden Tisch einmal treffend formulierte, hemmungslos für ihre innerpolitischen Zwecke, letztlich die Begründung persönlicher Machtpositionen, ausschroteten.

Von Masaryk bis Kramář¹, über Beneš, Rudolf Beran², Viktor Stoupal³, Anton Hampl⁴, Jaroslav Stránský⁵, Dr. Klapka⁶ bis Josef Černý⁷ und Milan

¹ Dr. Karel Kramář, Führer der Jungtschechen im Österreichischen Reichsrat, mit 36 Jahren Vizepräsident des Abgeordnetenhauses im Österr. Reichsrat, 1916 aufgrund eines Hochverratsverfahrens von einem K. u. k. Militärgerichte zum Tode verurteilt, 1917 von Kaiser Karl begnadigt, im Sommer 1918 Vorsitzender des (schon revolutionären) tschechischen Nationalausschusses, nach dem 28. Oktober 1918 Ministerpräsident in der ersten tschechoslowakischen Regierung, nach seinem baldigen Rücktritt auf Grund des bei den Gemeindewahlen erfolgten starken Linksrückes bis zu seinem Tode im Jahre 1936 Abgeordneter und Führer der tschechischen Nationaldemokratischen Partei.

² Rudolf Beran, Kleinlandwirt aus Mittelböhmen, erfolgreicher Organisator und schließlich Generalsekretär der tschechischen Agrarpartei, nach dem Tode Švehla's Vorsitzender der Partei, nach dem Münchener Abkommen Ministerpräsident, 1941 von der Gestapo verhaftet, bis 1944 in 11 deutschen Zuchthäusern und Konzentrationslagern, Mai 1945 tschechischerseits ins Gefängnis geworfen, vom Nationalgericht zu 20 Jahren Kerker verurteilt, 1954 im Zuchthaus Ilava gestorben.

³ Viktor Stoupal, „Der ungekrönte König von Mähren“, aus deutsch-tschechischer Mischehe und aus dem Schönhengster Sprachgrendorf Markt Türnau stammend, Sekretär des Parlamentarischen Klubs der tschechischen Agrarpartei im Österr. Reichsrat, nach 1918 der bald unbestrittene Führer der tschechischen Agrarier im Lande Mähren, genialer Organisator der tschechischen landwirtschaftlichen berufständischen und Selbsthilfeorganisationen und der landwirtschaftlichen Industrie in Mähren, Präsident der Agrarbank, Vorsitzender des Mähr. Landesausschusses, nach dem erfolgreichen Attentat auf Heydrich von der Gestapo ohne Grund verhaftet, an den Folgen eines Schlaganfalles infolge der erlittenen Persekutionen 1942 gestorben.

⁴ Anton Hampl, hervorragender Führer der tschechischen Sozialdemokratie, wesentlich Volkstribun, der niemals ein öffentliches Amt bekleidete, zur Zeit des Protektorates von der Gestapo verhaftet, in Moabit zugrunde gegangen.

⁵ Dr. Jaroslav Stránský, Sohn des Freundes Masaryks und Führers der Realisten sowie Gründer des führenden tschechisch-fortschrittlichen Tageblattes „Lidové noviny“, brillanter Jurist, Universitäts-Professor, Parteigänger Beneš', nach der Rückkehr aus der Emigration während des 2. Weltkrieges Justizminister im revolutionären Kabinett Fierlinger der 1945 wiedererrichteten Tschechoslowakischen Republik, genannt als Mitautor des Retributionsdekretes, nach der kommunistischen Machtübernahme 1948 als Stellvertretender Ministerpräsident in die Emigration gegangen, hervorragendes Mitglied des Dr. Edvard-Beneš-Institutes in London.

⁶ Dr. Klapka, sehr beachteter Beamter der böhmischen Landesverwaltung, Mitglied der tschechischsozialistischen Partei, Politiker von hoher selbstkritischer Einsicht und eigenwilligen Auffassungen, nach der Protektoratserrichtung Primator der Stadt Prag, in weiterer Folge von der Gestapo wegen angeblicher Auslandskontakte verhaftet und hingerichtet.

⁷ Dr. Josef Černý, ursprünglich hervorgetreten als Organisator der tschechischen Jugend in Mittelböhmen, Rechtsanwalt, Schwiegersohn des großen Führers der tschechischen Agrarpartei und Ministerpräsidenten Antonin Švehla, Innenminister 1935—1938, nach einjähriger Haft 1946 vom tschechischen Nationalgericht frei-

Hodža⁸ und noch manchen Parlamentarier und Publizisten von Rang, wie Peroutka⁹ und Ripka¹⁰, zieht sich der respektable Kreis auf tschechischer Seite, zu dem auf slowakischer Seite Männer, wie Msgr. Hlinka¹¹ und Msgr. Tiso¹², mit dem ganzen Gefolge eigenwilligster Temperamente von höchster

gesprochen, nach geglückter Flucht bei der Machtübernahme der Kommunisten in der CSR im Feber 1948 nach den Vereinigten Staaten emigriert, Repräsentant der Grünen Internationale.

⁸ Dr. Milan Hodža, evangelischer Slowake, mit starken Familienüberlieferungen slowakischer Querverbindungen zum deutschen Protestantismus, Mitglied des Abgeordnetenhauses der ungarischen Reichshälfte vor 1918, dem Kreise um den ermordeten Thronfolger Ferdinand d'Este, der „Werkstatt“, zugehörend, beim Umbruch 1918 in Sondermission und in Verfolgung auch eigener Auffassungen in Budapest, Mitglied des Abgeordnetenhauses in Prag, beginnend mit der revolutionären Nationalversammlung 1918 und Minister in fast allen Regierungen seit Gründung der Tschechoslowakischen Republik, die polyglotteste Erscheinung unter den Prager Parlamentariern überhaupt, von Masaryk sen. abgelehnt, ab 1935 als Repräsentant der Tschechoslowakischen Agrarpartei, Ministerpräsident, nach der Wahl Dr. Beneš' zum Staatspräsidenten zeitweise auch Außenminister, von sämtlichen tschechischen und slowakischen Politikern am aufgeschlossensten dem Nationalitätenproblem des Staates gegenüber, hervorragender Sachkenner aller einschlägigen Fragen, 1938 nach USA emigriert und dort gestorben.

⁹ Ferdinand Peroutka, tschechischer Publizist ersten Ranges, Herausgeber der tschechischen Wochenschrift „Přítomnost“, mutiger Repräsentant eines sehr eigenständigen politischen Kreises, in einer Schrift „Jací jsme“ („Wie wir sind“) bestreitet er im Gegensatz zu Masaryk und anderen, daß die Humanität der Wesenszug der Tschechen sei. Am 1. September 1939 von der Gestapo verhaftet, bis 1945 in Buchenwald festgehalten, nach 1948 aus Prag geglückter Flucht in der Emigration in USA, zu Unrecht als Repräsentant der Beneš-Emigration gesehen, hervorragender Funktionär beim Sender „Free Europe“.

¹⁰ Dr. Hubert Ripka, ursprünglich Chef der Prager Redaktion der in Brünn herausgegebenen „Lidové noviny“, zuerst hervorgetreten durch sehr beachtete Beiträge über die Minderheitenfrage in der Tschechoslowakei und die sudetendeutsche Politik, in denen er unter Hinweis auf die Friedensverträge und die durch sie für die Tschechoslowakei statuierte völkerrechtliche Servitut, die eine moralische Hypothek darstelle, die tschechische Seite warnte, hiegegen zu verstoßen, zeitweise aufgeschlossener Kritiker der Außenpolitik Beneš'. Mit steigender Bedeutung der „Lidové noviny“ gelangte er in immer engeren Kontakt zu Dr. Beneš, zur Zeit des 2. Weltkrieges Mitglied der tschechischen Auslandsregierung, nach dem Stande der derzeitigen Forschung als einflußreicher Anhänger des Gedankens der Vertreibung der Sudetendeutschen anzusehen, nach 1945 Mitglied der Prager Regierung, nach der zweiten Emigration im Jahre 1948 in den USA gestorben.

¹¹ Msgr. Hlinka, die imponierendste Persönlichkeit der Slowaken, eine einmalige Verbindung von geistlichem Führer und Volkstribunen, kompromißloser Vertreter der slowakischen Autonomieforderung, dafür schon nach der Gründung des Staates 1919 in Haft, unnachgiebiger Gegner Dr. Beneš' aus politischen und weltanschaulichen Gründen, 1938 noch in der Tschechoslowakischen Republik verstorben.

¹² Msgr. Dr. Tiso, Prototyp des charaktervollen, von seiner persönlichen Berufung erfüllten, geistlichen Führers, der menschen- und erdennahe Theokrat bei aller peniblen Respektierung der Methoden verfassungsmäßiger Demokratie. Träger des politischen Erbes Hlinkas, konsequenter und erfolgreicher Verfechter einer eigenständigen slowakischen Politik, verhinderte 1939 den der Slowakei von Hitler zugedachten Status eines Protektorats, Staatspräsident der selbständigen

intellektueller und moralischer Substanz treten, von Sidor¹³ bis Durčanský¹⁴ und neben denen die Magyaren stehen, von Graf Eszterházy¹⁵ bis Dr. Jaross¹⁶. Sie alle verdarben in Kerkern, endeten auf Schafotten, Galgen oder vor Exekutionspelotons, bis auf wenige, die das nackte Leben in die Emigration retteten. Auf deutscher Seite spannt sich der Kreis von Lodgman¹⁷ über Spina¹⁸, Mayr-Harting¹⁹, Franz Jesser²⁰, Hans Knirsch²¹, die zahlreichen

Slowakischen Republik, 1945 von den USA-Truppen in Bayern in Gewahrsam genommen und an die Tschechoslowakei ausgeliefert, vom Nationalgericht zum Tode verurteilt und nach Verweigerung der Begnadigung durch den Staatspräsidenten Dr. Beneš gehenkt.

¹³ Dr. Sidor, slowakischer Politiker und Publizist, stark umstritten, Mitglied der tschechoslowakischen Regierung nach dem Münchner Abkommen als Vertreter der Slowakei aufgrund der ihr gewährten ersten Stufe der Selbstverwaltung, Gesandter am Vatikan für die Slowakische Republik, nach der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei 1953 in der Emigration gestorben.

¹⁴ Dr. Ferdinand Durčanský, hervorragender Jurist, nach breiten Auslandsstudien in jungen Jahren in der ersten Linie der slowakischen Politiker, Rechtsanwalt, Professor für Internationales Privatrecht und Völkerrecht in Preßburg, Autor sehr beachteter wissenschaftlicher Werke, darunter des Standardwerkes „Das Recht der Slowakei auf Selbständigkeit“, Außenminister der selbständigen Slowakischen Republik, einflußreicher Gehilfe Msgr. Tiso's im Kampfe um die Unabhängigkeit der Slowakei gegen die Hitler'schen Aspirationen auf Errichtung eines slowakischen Protektorates, als slowakischer Außenminister über Intervention Ribbentrops amtsentsetzt, seit 1945 in der Emigration.

¹⁵ Graf Eszterházy, Abkömmling der bekannten feudalen magyarischen Sippe, Großgrundbesitzer in der Slowakei, Mitglied des Prager Abgeordnetenhauses und später des Parlamentes der Slowakischen Republik, zunächst von den Sowjetrussen nach Moskau verschleppt, nach mehrjähriger Haft in die Tschechoslowakei zurückgebracht und dort zu lebenslänglichem Kerker verurteilt, nach letzten Nachrichten aus dem Zuchthaus Illava vom Jahre 1955 in der dortigen Krankenabteilung schwer lungenleidend, dem Tode geweiht.

¹⁶ Dr. Jaross, Rechtsanwalt aus dem magyarischen Siedlungsgebiete der Slowakei, Mitglied des Prager Abgeordnetenhauses bis 1938, 1939 nach der Loslösung der magyarischen Siedlungsgebiete von der Slowakei auf Grund des Wiener Schiedsspruches Minister für Oberungarn, 1945 von den neuen Machthabern in Ungarn in Steinamanger aus politischen Gründen erschossen.

¹⁷ Dr. v. Lodgman, nach der Wahl aufgrund des allgemeinen Wahlrechtes 1911 jüngstes Mitglied des Reichsrates, ursprünglich Verwaltungsbeamter, hervorgetreten 1917 durch ein Memorandum an Kaiser Karl wegen Umbaues der Donaumonarchie auf Grundlage zeitgemäßer Regelung des Nationalitätenproblems, Landeshauptmann von Böhmen, Mitglied der Österr. Friedensdelegation in St. Germain, kompromißloser Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Sudetendeutschen, Begründer und Führer der Deutschen Nationalpartei anlässlich der ersten Wahlen gemäß der Verfassung der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1920, 1925 freiwilliger Abschied aus dem öffentlichen Leben nach persönlichem Mißerfolg bei den Parlaments-Wahlen, Generalsekretär des von ihm geschaffenen und entwickelten Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper, 1945 in die Sowjetzone vertrieben, seit 1947 Schöpfer der landmannschaftlichen Bewegung und Sprecher der Sudetendeutschen Landmannschaft.

¹⁸ Dr. Franz Spina, aus bäuerlichem Geschlechte in der Schönhengster Sprachinsel, hervorragender Slawist, Schwiegersohn des deutschen Landmann-Ministers Peschka in einer Wiener Regierung, durch das Vertrauen der Bauern der Schön-

interessanten Köpfe unserer Christlichsozialen, von Ledebour²² über Hilgenreiner²³ bis Schütz²⁴, zu unseren Sozialisten von Seliger²⁵ bis Jaksch²⁶, und

hengster Sprachinsel in das Prager Abgeordnetenhaus entsandt, früh Träger konstruktiver Versuche, das Nationalitätenproblem durch tätige Anteilnahme Deutscher an der Prager Regierung der Lösung näherzubringen, bald in engsten Beziehungen zum Führer der tschechischen Agrarpartei Svehla, der die deutschen Universitätsprofessoren Spina und Mayr-Harting mit der Parole „Anteilnahme an der Macht“ 1925 in die Regierung der Tschechoslowakei holte; grundlegender Irrtum Spina's auf der Grundlage der Beeinflussung der Administrative nach österreichischem Vorbild die innenpolitische Stellung des Sudetendeutschtums maßgebend bessern zu können, Träger der „aktivistischen Politik“ bis zur Selbstverleugnung, nach einem Versuch der Zusammenarbeit mit Henlein und trotz der Wahlniederlage 1935 noch bis Mai 1938 Mitglied der Prager Regierung, kurz nach seinem Austritte aus der Regierung gestorben.

¹⁹ Dr. Robert Mayr-Harting, Professor an der deutschen Universität zu Prag, Jurist, Zivilrechtler, bekannt als einer der fleißigsten Minister, 1929 infolge Umbildung aus der Regierung ausgeschieden, Abgeordneter bis 1938, auch in der Tschechoslowakei nach 1945 verblieben, dort gestorben.

²⁰ Franz Jesser, Dr. h. c., ursprünglich bedeutsamer Organisator der Schutzvereinsbewegung, stark sozialwissenschaftlich interessiert, erkannte er als einer der ersten die durch wirtschaftliche Strukturänderung bedingte Binnenwanderung in den Sudetenländern als Ursache der Verschiebung der Nationalitätengrenze, viel beachtete Arbeiten zu diesem Thema in der „Deutschen Arbeit“, ab 1920 Senator und Mitglied der Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei, intimer Freund Spina's, Vertreter der Auffassung des deutsch-tschechischen Verhältnisses als eines Verhältnisses naturgewachsener Symbiose, Dr. h. c. der Deutschen Universität Prag, nach der 1945 erfolgten Vertreibung in Westdeutschland gestorben.

²¹ Hans Knirsch, ursprünglich Arbeiter, Selfmademan, einer der Gründer der Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Österreich, seit 1911 Mitglied des Österr. Reichsrates, ab 1920 Mitglied des Abgeordnetenhauses, ob seiner vornehmen Gesinnung auch im tschechischen Lager geschätzt, Gegner aller Radikalisierungstendenzen von Deutschland her, in viel beachteter Sonderstellung als im Oktober 1933 nach der Auflösung der DNSAP von tschechischer Seite auf alle wie immer gearteten Verfolgungsmaßnahmen gegen ihn verzichtet wurde, kurz nachher gestorben. Eine Sammlung seiner im Buchform erschienen Reden und Aufsätze wurde 1943 vom Amte Rosenberg als der obersten Zensurstelle für das deutsche Schrifttum wegen Ablehnung der humanitären Gesinnung Knirsch' zum Buchhandel und allgemeinen Vertrieb nicht zugelassen.

²² Dr. Graf v. Ledebour, Großgrundbesitzer nächst Teplitz, politischer Exponent der Elite des deutschen Feudaladels, langjähriges Mitglied des Senates, deutsch-christlichsozial, Präsident des deutsch-politischen Arbeitsamtes, neben Baron von Medinger maßgebend in der Deutschen Völkerbundliga der CSR, 1945 als politischer Häftling in Theresienstadt zugrunde gerichtet und im Leitmeritzer Krankenhaus verstorben.

²³ Msgr. Dr. Karl Hilgenreiner, Professor der Moral-Theologie, hervorragendes Mitglied der deutschen christlichsozialen Volkspartei, streitbarer Kämpfer für die Rechte der Deutschen Universität zu Prag, 1943 auf Grund einer Denunziation wegen Defaitismus von der Gestapo verhaftet, nach Ablehnung der ihm durch den tschechischen Revolutionsminister Msgr. Šrámek im Zusammenhang mit seiner Entlassung im Mai 1945 aus dem KZ angebotenen Sonderbehandlung tschechischerseits interniert an der Seite seiner Volksgenossen in den Vertreibungslagern bis 1946, zuletzt Kaplan in Wien, dort 1954 erblindet, gestorben.

²⁴ Hans Schütz, aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung kommend, ab 1925

schließlich von Heinz Rutha²⁷ über K. H. Frank²⁸ bis zu Konrad Henlein²⁹. Aber Jaksch und Henlein waren im Grunde genommen die aus der unmittelbaren Tiefe des Volkes Kommenden, zweifellos jeder von ihnen überzeugt, das Beste für des Volkes Zukunft zu tun, ihrem Wesen nach alles in allem tragische Antipoden im eigenen volklichen Lager als Gefangene überpersönlicher Mächte.

Mitglied des Prager Abgeordnetenhauses, stärkstens sozialpolitisch interessiert, Vertrauensträger besonders der sozial schwachen Schichten des Sudetenlandes, mit Wenzel Jaksch und Gustav Hacker 1936 Begründer des Jungaktivismus und Mitträger des aufsehererregenden Vorstoßes gegen die intransigente Politik Beneš', gleich seinen jungaktivistischen Freunden trotz stärkster Interessenahme des Ministerpräsidenten Hodža als Aktivist gescheitert, Soldat im 2. Weltkrieg und Privatmann im Dritten Reich, erfolgreicher Organisator und Helfer im Elend sudetendeutscher Vertreibung, Begründer und Führer der Ackermannsgemeinde, der Gesinnungsgemeinschaft sudetenländischer Katholiken, MdB ab 1953, und Mitglied des Europarates.

²⁵ Josef Seliger, Führer der deutschen Sozialdemokraten in den Sudetenländern, dem Wesen und der Erscheinung nach der hingebende und überzeugende Volkstribun, Opfer seiner Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst, verstarb er kaum 50jährig, nachdem er schon von einer schweren Blutvergiftung befallen, die mehrtägigen Auseinandersetzungen mit den Trägern der kommunistischen Revolte auf dem Parteitage in Karlsbad siegreich durchgestanden hatte. Stellvertreter Lodgman's als Landeshauptmann von Böhmen, 1920 der Sieger im deutschen Lager bei den ersten Parlaments-Wahlen, als welcher er nahezu die Mehrheit der abgegebenen deutschen Stimmen für Abgeordnetenhaus und Senat für die Sozialdemokratie zu gewinnen vermochte. Grundsatztreuer Kämpfer für eine verfassungsmäßig gewährleistete Sicherung der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit der Sudetendeutschen nach dem Verlust des auch von ihm vertretenen Selbstbestimmungsrechtes.

²⁶ Wenzel Jaksch, um die Jahrhundertwende in kleinbäuerlichen Verhältnissen Südböhmens geboren, ab 1910 Saisonarbeiter in Wien, Soldat im ersten Weltkrieg, in rascher Entwicklung in jungen Jahren im Vordergrund der deutschen Sozialdemokratie in den Sudetenländern, bald vielbeachteter eigenwüchsiger Journalist, ab 1929 Mitglied des Abgeordnetenhauses, hervorgetreten als Schöpfer und Träger des „Jungaktivismus“ mit Schütz und Hacker, fast zu gleicher Zeit erfolgreich bei den Bestrebungen, die deutsche Sozialdemokratie in den Sudetenländern zu reorganisieren, Preisgabe der marxistischen Grundlagen, Verkünder eines „Volkssozialismus“, als Vorsitzender der Deutschen sozialdemokratischen Partei in den Sudetenländern gegen stärkste Widerstände der bis dahin allgewaltigen Parteibürokratie auf den Schild erhoben, ebenfalls erfolglos bei seinen Versuchen, auf Beneš im Sinne konstruktiver Lösungen der Nationalitätenfrage Einfluß zu gewinnen, nach dem Münchner Abkommen in Prag lebend, bei Errichtung des Protektorats 1939 in waghalsiger Flucht nach England emigriert, geriet dort in schwersten Konflikt mit Beneš wegen der künftigen Stellung der Sudetendeutschen. Nachdem ihm von den Okkupationsbehörden Deutschlands unter tschechischem Einfluß die Rückkehr bis 1948 nach Deutschland verweigert worden war, von da ab bald in engstem Verhältnis zu Schumacher, MdB seit dem Zusammentritt des ersten Bundestages, mutiger Verfechter des Heimatrechtsanspruches der Sudetendeutschen, Präsident der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft seit 1959.

²⁷ Heinz Rutha, gebürtig aus Bad Kunnersdorf bei Reichenberg, ist zweifellos eine der interessantesten Erscheinungen der sudetendeutschen Jugendbewegung und

später der Sudetendeutschen Partei. Aus gutbürgerlichen Kreisen kommend, Jahrgang 1897, hat er den großen Protest der deutschen Jugend gegen die deutsche Kulturkrise aus vollem Herzen und als einer der ersten Wissenden mitgemacht. Durch den Zusammenbruch des väterlichen Unternehmens früh in schwere wirtschaftliche Verantwortung gestellt, aus dem liebgeordneten Studium der Anglistik herausgerissen, blieb er zeitlebens Idealist, dem Plato ein praktisches Lebensvorbild war. Stets ein Suchender, ein Mann von vornehmer Gesinnung und hoher persönlicher Bildung, in seinen Lebensformen kompromißlos Ästhet, suchte er die Lebensideale der Jugendbewegung im praktischen Leben zu verwirklichen. Er ist der Initiator der Erneuerungsbestrebungen in der Turnbewegung und der Entdecker Henleins. Die Persönlichkeit Ruthas und sein Verhältnis zu Henlein bedarf einer eingehenden Darstellung in anderem Zusammenhange. Durch seine frühzeitigen Beziehungen zu Baron Medinger wird Rutha ein aufrichtiger Verfechter des Völkerbundgedankens. Aus dieser geistigen Haltung entwickelt er auch seine politischen Methoden und wird einer der entscheidenden Verbindungsträger zu englischen Kreisen im Kampfe um die Aktivierung der Sudetenfrage in der öffentlichen Meinung Englands. Unter der Beschuldigung homosexueller Beziehungen schied er in der Haft beim Kreisgerichte 1937 freiwillig aus dem Leben, nachdem er sich einige Monate vorher verlobt hatte und im Begriffe stand, eine Ehe zu schließen.

²⁸ K. H. Frank. Durch seine Tätigkeit als Reichsminister in Böhmen und Mähren und als Träger der Radikalisierungsbestrebungen in der letzten Phase sudetendeutscher Politik 1937/38 ist er zur Zeit einer der Verrufenen der Weltgeschichte. Die Darstellung seines vielfältigen und zwiespältigen Wirkens sowie seines komplizierten Charakters wird in anderem Zusammenhange erfolgen. Mit Simplifizierungen und moralischen Werturteilen kann der geschichtlichen Wahrheit nicht gedient werden. K. H. Frank, Lehrerssohn, Jahrgang 1897, stammt aus Karlsbad. Sein Vater ist Parteigänger des szt. deutschradikalen Reichsratsabgeordneten K. H. Wolf. Nach dem Taufpaten nennt sich auch der junge Frank K. H. Die deutsch-nationale Kinderstube haftet Frank zeitlebens an. Aus dem regulären Studium des Juristen durch widrige Verhältnisse geworfen, wird Frank Kaufmann und Buchhändler. Als solcher bejaht er auch Othmar Spann und vertreibt noch Ende der 20er Jahre dessen Bücher. K. H. Frank hat mit dem Nationalsozialismus ursprünglich nichts zu tun. Durch die vorübergehende Verhaftung eines Teiles der Mitarbeiter Henleins im Spätherbst 1933 gerät Frank selbst an vorderste Stelle der neu gegründeten Sudetendeutschen Heimatfront. Von starkem Ehrgeiz getragen sieht er bald im Rahmen des tschechoslowakischen Parlamentarismus und später innerhalb des Staates keine Möglichkeiten befriedigender Entwicklung. In den Jahren 1936—1937 gerät er in innersudetendeutschen Positionskämpfen mit „alten Nationalsozialisten“ in zunächst unüberbrückbaren Gegensatz zum Nationalsozialismus. Er ist auch bis Herbst 1937 kein Träger konkreter subversiver Beziehungen zum Deutschland Hitlers. In der Phase der allgemeinen Gärung 1938 wird seine Tätigkeit entscheidend. Sein Verhältnis zum Kreis um Himmler wird in dieser Zeit positiv. Er verleitet zweifellos Henlein zur persönlichen Fühlungnahme mit Hitler und zum Beginne jener persönlichen Politik Henleins, die mit einem Memorandum an Hitler im November 1937 ihren Anfang nimmt. Nach München Stellvertretender Gauleiter, von Henlein weggelobt, dann Staatssekretär bei Neurath, nach dem Tode Heydrichs der Träger der nationalsozialistischen Gewalt-herrschaft, in Wahrheit mehr der Gefangene und auf persönliche Geltung bedachte Repräsentant des Apparates, endet er, Frank, dafür 1946 auf dem Galgen in Prag.

²⁹ Konrad Henlein, 1898 in Maffersdorf als Sohn eines Sparkassenbeamten geboren, einer deutsch-tschechischen Mischehe entstammend, Handelsschüler, mit 17 Jahren Kriegsfreiwilliger, nach der Rückkehr aus italienischer Gefangenschaft 1920 als

Zögling in die Militärakademie der tschechoslowakischen Armee in Mähr.-Weißkirchen angenommen. Nach Entschluß, die Offizierslaufbahn nicht zu ergreifen, auf Grundlage des turnerischen Gemeinschaftserlebnisses in den Gefangenenlagern neben seiner Tätigkeit als Bankbeamter ehrenamtlich und bahnbrechend im Sudetendeutschen Turnverband, der größten Organisation der Turnbewegung tätig. Im Brennpunkte des öffentlichen Interesses nach dem Saazer Turnfest 1932, das als Manifestation des turnerischen Gemeinschaftsgedankens in dem Sokoltum und dem alten Jahn'schen Turnen stark verwandten Erscheinungsformen zur Neuformung sudetenländischen Turnwesens führte. Von dem Rektor der Deutschen Universität Mario San Nicolò 1932 im Rahmen der Versuche einer gesamtsudetendeutschen Volksorganisation, in der Prof. Dr. Franz Spina die „parlamentarische Front“ führen sollte, als Leiter der zusammenfassenden Organisation des außerparlamentarischen Lebens der Sudetendeutschen vorgeschlagen, gerät er in das unmittelbare politische Leben der Volksgruppe; weit überschätzte Beziehungen zum Kameradschaftsbund, einer Vereinigung politisch interessierten, parteipolitisch nicht gebundenen Nachwuchses. Am 1. Oktober 1933 ruft er nach dem Verbot der Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der Einstellung der Deutschen Nationalpartei in Fortführung des seinerzeitigen allgemeinen Sammlungsgedankens die „Sudetendeutsche Heimatfront“ aus.

Ohne selbst je ein parlamentarisches Mandat anzunehmen, wird er der unumstrittene Führer einer sich entwickelnden sudetendeutschen Massenpartei bisher nicht gekannten Ausmaßes, die über Beschluß der Regierung ab April 1935 den Namen „Sudetendeutsche Partei“ trägt und bei den Maiwahlen 1935 durch Vereinigung von fast $\frac{3}{4}$ aller abgegebenen Stimmen der wahlberechtigten Sudetendeutschen mit einem imponierenden Sieg für Abgeordnetenhaus und Senat sich zu legitimieren vermag. Bereits vorher im Oktober 1934 hat er die Partei als Verfassungspartei erklärt, die speziell durch eine umfassende, einheitliche, deutsche parlamentarische Vertretung die Lösung des Nationalitätenproblems und im besonderen der Sudetenfrage in Fortführung der Grundgedanken des Aktivismus auf dem Boden des Staates im Widerspiel zum tschechischen volklichen Totalitarismus zu lösen versuchen sollte. Hoffnung versprechende Kontakte nach der tschechischen Seite, insbesondere mit dem Ministerpräsidenten Dr. Hodža und seinen politischen Freunden, führten zu dem Versuche, durch die Bildung einer breiten Koalition gegen Dr. Beneš, dessen Wahl als Nachfolger des Staatspräsidenten Masaryks zu verhindern.. Als Parteivorsitzender entscheidungsmäßig mitverantwortlich für die Volksschutzgesetze. Überraschende und unerwartete Radikalisierung der Sudetendeutschen Partei auf dem Parteitag zu Karlsbad April 1938, Verhandlungen mit der Regierung unter Aufrechterhaltung des Zieles einer Lösung des Sudetenproblems auf dem Boden des Staates, weitestgehende Beziehungen zu englischen Kreisen seit 1935, die zur Entsendung Lord Runciman's als Beobachter und Vermittler im Juli 1938 führen.

Im Zuge der Aktualisierung der Sudetenfrage durch Hitler auf dem Nürnberger Parteitage 1938 in Deutschland verblieben. Nach dem Zustandekommen des Münchner Abkommens von Hitler zum „Reichsstatthalter und Gauleiter“ im neugebildeten Sudetengau ernannt, im nationalsozialistischen Reiche jedoch bald Gegenstand schwerer Angriffe von Heydrich, Himmler und Bormann, die einen vom Vertrauen der sudetenländischen Massen getragenen Reichsstatthalter in der totalitären, von ihnen beherrschten Parteihierarchie als Fremdkörper ansehen, um ihn zu kompromittieren, grundlos Hunderte seiner früheren Mitarbeiter unter der diskriminierenden Verdächtigung homosexueller Beziehungen in Haft nehmen lassen, sie in Konzentrationslager, militärische Bewährungseinheiten usw. verbringen und ihn mit Hilfe aus Deutschland entsandter Funktionäre völlig isolieren. Bis Ende des Krieges in allen politischen Fragen praktisch einflußlos. Mai 1945 vergeblicher Versuch direkter Verhandlungen mit den USA-Truppen zum Zwecke

Das etwa wäre der Kreis der führenden Persönlichkeiten mit noch manchem engeren Freunde oder Parteigänger, von denen viel und Wesentliches zu sagen wäre, die man zunächst als Menschen kennen müßte, um ihr persönliches Tun verstehen zu können, und schließlich die Vorgänge im Rahmen zwanzigjähriger tschechoslowakischer Staatlichkeit zu begreifen. In diesem Staate, für die meisten seiner Bürger als Ergebnis größter zunächst nicht begriffener politischer Strukturänderungen plötzlich entstanden, ohne Tradition, feindlich allem was an lebendiger Tradition trotz vielfältiger Maßnahmen zur „Entösterreicherung“ im praktischen Leben noch wirksam war, für binnendeutsche Verhältnisse unvorstellbar differenziert in volklicher, wirtschaftlicher, kultureller und gesellschaftlicher Beziehung, haben Einzelpersönlichkeiten auf dem Grunde einer soziologisch und psychologisch erwachsenen Labilität eine außerordentliche Wirkung auszuüben vermocht, mehr als dies in traditionsgewachsenen Staaten und unter ausgeglichenen gesellschaftlichen Verhältnissen anderwärts möglich gewesen sein dürfte. Erst aus der Kenntnis dieser Voraussetzungen persönlicher Gestaltungsmöglichkeiten dürfte man über jenen Staat aussagen und urteilen, der reich an Menschen vielfältigsten Charakters und großen Könnens, an Naturschätzen großen Ausmaßes, hochentwickelter Wirtschaft aller Sparten, eingebettet in den Kranz herrlichster Landschaften, alle Vorbedingungen für eine glückliche Entwicklung mit in die Wiege bekommen hatte, und doch so vielen Menschen zum Unglücke geworden ist, umstritten in der Rückschau auf das Einst.

Das alles zu sagen ist im Rahmen dieser ersten Skizze nicht möglich. So sei als Versuch gewagt, zunächst eine Reihe prominenter tschechischer Persönlichkeiten, Schlüsselfiguren in einer im Grunde genommen kurzen, aber tragischen geschichtlichen Phase im böhmischen Raume, in den Kreis der Erinnerungen zu stellen.

der Verhinderung einer Vertreibung der Sudetendeutschen bzw. zur Erreichung organisierter Rücknahme der Ostsudetendeutschen hinter die Elbe—Moldaulinie, die irrigerweise als Demarkationslinie Ostwest angenommen wird. Selbstmord in amerikanischer Gefangenschaft in der Nordkaserne Pilsen durch Öffnen der Pulsadern mit einem Splitter des zerschlagenen Brillenglases. Seine Stellung im Rahmen der Beziehungen zu reichsdeutschen Stellen seit seinem Eintritt in das öffentliche Leben ist umstritten. Als feststehend und in Übereinstimmung mit den vorliegenden Aktenpublikationen muß angenommen werden, daß Henlein ab November 1937 auf Grundlage persönlicher Beziehungen den politischen Kontakt zu Hitler gesucht und gefunden hat. Die Frage, wie weit und wie lange es eine selbständige sudetendeutsche Politik auch unter Henlein gab — sie wird von tschechischer Seite verneint, von zuständiger deutscher Seite für die Zeit bis 1937 absolut und potentiell bis Sommer 1938 bejaht —, und wie weit Henlein durch die Intransigenz Beneš' Hitler in die Arme getrieben worden ist, gehört zu den Kernfragen geschichtlicher Forschung, sofern sie sich mit der Klärung der tatsächlichen Entwicklung des deutsch-tschechischen Verhältnisses befassen will.

Geschichtliche und persönliche Hintergründe

Freimütig gestehen will ich, daß ungeachtet aller bitteren Erfahrungen in 20 Jahren „tschechoslowakischer“ Staatlichkeit, mit der 1945/46 folgenden Vertreibung meiner Familie und einer fast 11 Jahre währenden Haftzeit, zu meinen schönsten Erlebnissen die Begegnungen mit so vielen hervorragenden Persönlichkeiten von hoher persönlicher Kultur und fundamentalem Wissen gehörten, die ich aufrichtig achten und schätzen lernen durfte und auch heute noch nicht anders zu sehen vermag.

10 Jahre, 8 Monate, 12 Tage und 17 Stunden, die ich zuerst in tschechisch-beneschianischen und ab Feber 1948 in tschechisch-bolschewistischen Zuchthäusern und Zwangsarbeitslagern, davon fast 5½ Jahre in den Joachims-thaler Uranbergwerken, verbrachte, bewahren mich hoffentlich vor dem Verdachte, aus der Verklärung rückschauender Betrachtung für einstige Gegner und Freunde aus dem tschechischen Lager ungerechtfertigt Lanzen zu brechen.

Aber es ist nun einmal Tatsache, daß neben dem Einflusse österreichischer und reichsdeutscher Freunde und Persönlichkeiten, die durch ihr Beispiel wirkten oder wohlwollend und fördernd am Wege des in jungen Jahren Suchenden standen, gerade Begegnungen mit Persönlichkeiten aus dem tschechischen Lager, beginnend mit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre, in außerordentlichem Maße die Überzeugung von der Möglichkeit und Notwendigkeit eines ehrenhaften deutsch-tschechischen Modus vivendi in uns wachsen ließen. Das war nicht selbstverständlich.

Am Anfange der Tschechoslowakischen Republik stand für uns Sudeten-deutsche aller Lager die aus zutiefst verletztem Rechtsgefühl geborene brennende Überzeugung, den neuen, aufgezwungenen Staat vorbehaltlos ablehnen zu müssen. Aus dem zunehmenden Verständnis innertschechischer Schwierigkeiten und der labilen Grundlage des Staates überhaupt, auf denen ein lebensfähiger Staat auf die Dauer nicht aufgebaut werden konnte, und ebenso der komplizierten Verflechtungen zwischenstaatlicher Interessen als gestaltender Faktoren unseres politischen Schicksals, erwuchs in reifen-der Erkenntnis das Wissen um die Notwendigkeit der Bereinigung des deutsch-tschechischen Verhältnisses als einer konstruktiven Teilaufgabe im Rahmen gesamteuropäischer Entwicklungen. Dieses Wissen, zunächst aus Ahnungen erwachsen, dann vorbehaltlos bejaht, hat die Nachkriegsgeneration des sudetenländischen öffentlichen Lebens aller Lager stärkstens bewegt. Zunächst waren zweifellos die Bindungen der „verhinderten Österreicher“ zu Wien überaus lebendig. So haben Renner und Seipel die werdenden politischen Vorstellungen der sudetendeutschen Nachkriegsgeneration wesentlich beeinflusst. Dazu kamen in steigendem Maße auch Einflüsse aus dem Reiche, soweit es um die Konkretisierung politischer Vorstellungen hinsichtlich eines künftigen Europas ging, ebenso sehr von Stresemann und

seinem Kreis, der sich zur Bereinigung des deutsch-französischen Verhältnisses als Lebensaufgabe bekannt hatte, wie aus christlich-konservativen Kreisen.

Von bisher nicht erkannter Bedeutung für die sudetenländische Entwicklung sind Seipel und Spann. Seipel hatte der österreichischen Republik, nicht minder Produkt des Zwanges im Zeichen von Versailles und St. Germain, eine Sinndeutung und Aufgabe zu geben versucht. Darüber hinaus hat er die Formel für ein ehrenhaftes und verantwortlich gesehenes Verhältnis von Volk und Staat schlechthin gesucht und gefunden, die für ein Volk bedeutsam wirken mußte, das unter Vorenthaltung des Selbstbestimmungsrechtes — immerhin als Ordnungsprinzip des Jahrhunderts verkündet — mehr als jemals früher im Verlaufe seiner Geschichte auf eine Reihe von Staaten aufgeteilt worden war.

Es bleibt geschichtliche Tatsache, daß Seipel 1925 im Volksdeutschen Klub in Berlin gesprochen und den Mut aufgebracht hatte, zu zeigen, daß der Nationalstaat unter Einbeziehung aller Deutschen in Europa weder ein begehrenswertes noch ein politisch brauchbares Ziel für die Deutschen zu bleiben braucht. In gleicher Weise kamen tiefgehende Impulse aus dem deutschen akademischen Bereich.

Spann, der tiefeschürfende Soziologe und leidenschaftliche Bekenner, der so weit in das praktische Leben hineinwirkende Romantiker auf dem akademischen Lehrstuhl der Universität Wien, und Hans Kelsen, der jüdische Wiener mit dem glasklaren Verstande, von den Studenten aller Lager respektiert und anerkannt, Schöpfer der normativen Rechtslehre wie der österreichischen Staatsverfassung, in gleicher Weise Praktiker wie Theoretiker, ein leidenschaftlicher Demokrat und noch leidenschaftlicherer vorbehaltloser Großdeutscher, der er selbst geblieben ist, als Hitler fast zwanzig Jahre später Österreich besetzte und ihm die Rückkehr in das geliebte Wien unmöglich machte. Sie wirkten, jeder in ihrer grundverschiedenen Art auf den akademischen Nachwuchs und sind als gestaltende Faktoren politischer Vorstellungen auch der sudetenländischen Nachwuchsgeneration nicht wegzudenken. Das Ringen um die Bestimmung des eigenen Standortes, die Grundsätze eines Neubaus der im ersten Weltkriege zusammengebrochenen Gesellschaft, und darüber hinaus einer neuen Staatengemeinschaft als Grundlage der Verhinderung wiederkehrender Katastrophen dieser Art war ehrlich. Tschechische und slowakische Persönlichkeiten aber machten in Stunden entscheidender Entwicklung Mut, uns vom Boden eines formal gesehenen Selbstbestimmungsrechtes zu lösen und für ein positives deutsch-tschechisches und deutsch-slowakisches Verhältnis einzutreten. Das geschah unsererseits allerdings jederzeit unmißverständlich und kompromißlos auf der Grundlage vorbehaltloser Forderung nach verfassungsmäßig gewährleisteten Voraussetzungen für eine freie, soziale, kulturelle, wirtschaftliche und damit nationale Entwicklung der sudetendeutschen Volksgruppe im Sinne eines unter höheren sittlichen Aspekten gewollten und empfundenen Selbstbestimmungsrechtes.

Das war letztlich auch der Sinn des von sudetendeutscher Seite ausgerufenen und von mir in Hirschberg auf der ersten Arbeitstagung der im Mai 1935 gewählten Parlamentarier der sudetendeutschen Partei geprägten und entwickelten Begriffes des „Grundsätzlichen Rechtskampfes“. Den Niederschlag hatte dieser Gedanke aber schon in der Rede Henleins am 21. Oktober 1934, die er vor 40 000 Menschen unter beispielloser Zustimmung in Böhm. Leipa hielt, gefunden, nachdem er sich unsere Gedankengänge zu eigen gemacht und einen Kreis von Freunden und Mitarbeitern, darunter Brand, Kundt, Sebekowsky, Sandner, und auch solche, die der Sudeten-deutschen Heimatfront zu diesem Zeitpunkt gar nicht angehörten, wie Peters und mich, um die Ausarbeitung gebeten hatte. Ein spezieller Freundeskreis, der aus tiefster Überzeugung auch in den Tagen von München und nachher am Ziele einer konstruktiven Lösung der böhmischen Frage festhielt, hat auch noch im September 1938 dafür einzutreten gewagt, als die Politik Beneš' und Hitlers bereits ihre Früchte zu tragen begann und die im Gefühl der Sinnlosigkeit weiterer Verständigungsversuche rapide ins Unkontrollierbare wachsende Stimmung der sudetenländischen Massen — aus Gründen naheliegender persönlicher Rücksichtnahme auf sich selbst — die vorsichtige Resignation empfohlen hätte.

Die Überzeugung, dem Frieden im Rahmen letzter Möglichkeiten dienen zu müssen, hatte schließlich diesen Kreis von Freunden, die in Prag wohnhaften Parlamentarier Kundt, Peters, Bras und mich, nach dem innerparteilichen Putsch K. H. Franks am 12. September 1938, der die Selbstauflösung der SdP und den Abgang des Großteils ihrer politischen Führung über die reichsdeutsche Grenze zur Folge hatte, nach Prag gehen lassen, was gleichbedeutend war mit der Übernahme des Risikos, in Prag erschlagen zu werden oder in harten und keineswegs risikofreien Gegensatz zu den wahrscheinlich erfolgreichen Mächtigen der nächsten Phase auf deutscher Seite zu kommen.

Daß dieses Wagnis dennoch als sinnvoll selbst in diesen Tagen noch angesehen werden konnte, war das Ergebnis so vieler Erlebnisse in früheren Begegnungen eben auch mit tschechischen Persönlichkeiten. Im übrigen haben mich zahlreiche Begegnungen nach 1945 mit Tschechen, vor allem der jüngeren Generation in den Joachimsthaler Zwangsarbeitslagern, über alle rein menschlich begründeten Freundschaften, die im Kampfe auf Tod und Leben mit den Urgewalten in den Joachimsthaler Uranbergwerken erwachsen, in meiner Überzeugung bestärkt, daß wir die Aufgabe und die Möglichkeiten ihrer Lösung vor nun rund 20 Jahren richtig gesehen haben, und daß es nichts gibt, was verantwortlich handelnde Deutsche bei selbstverständlicher Aufrechterhaltung des sudetendeutschen Heimatrechtsanspruches für die Zukunft davon entbinden könnte, den Weg ehrlicher deutsch-tschechischer Verständigung weiter zu verfolgen.

So verbindet sich der Versuch der Klarstellung der Vorgänge in der Vergangenheit mit der Hoffnung, daß es im Zuge einer glückhafteren Entwicklung Mitteleuropas, als sie uns beschieden war, noch zu einem ehrenhaften,

gutnachbarlichen Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen, wie zu allen weiteren Nachbarvölkern, kommen wird.

Persönlich glaube ich gerade aus der Erkenntnis des Wesens des Bolschewismus, einer Frucht fast 11jähriger Beobachtung, daß Graf Bubna, der letzte Landwirtschaftsminister des Protektorates, recht behalten wird, der mir Weihnachten 1945 in Prag-Pankrác im Kerker sagte: er wisse nicht, ob die Russen 72mal oder 73mal in Europa gewesen seien; wenn sie es 72mal gewesen wären, so seien sie 72mal „wieder hinausgeflogen“. Und wenn sie nun zum 73. Male da wären, würden sie zum 73. Male „hinausfliegen“. Die Deutschen aber würden über alle Katastrophen hinweg ihre guten Eigenschaften bewahren und eines Tages mithelfen, die böhmischen Länder, in denen nach dem Abzug des Bolschewismus das Chaos bleiben würde, in friedlicher Nachbarschaft neu zu gestalten. Das sagte ein böhmischer Patriot, Weihnachten 1945 (!), der Feudale aus altem tschechischen Geschlecht, dessen Großvater ruhmreich in der Völkerschlacht bei Leipzig im Glauben für ein glücklicheres Europa gegen die Despotie Napoleons gekämpft hatte.

Im Jahre 1945 sind mir an unersetzlichen Bücherbeständen, Manuskripten und Archivalien aus der Zeit meiner politischen Tätigkeit, auch meine Tagebücher verloren gegangen. Sowjetrussische Soldaten haben sie im alten Familienhause in meiner südmährischen Heimat vernichtet.

Ich schreibe deshalb aus der Erinnerung gestützt auf mein Gedächtnis. Aber ich nehme für mich in Anspruch, mit der absoluten Gewissenhaftigkeit zu schreiben, die dem Juristen gern geübte Pflicht ist, der Methode, Wesen und Wert der sauberen Aussage in harter Prozeßpraxis schätzen und vertreten gelernt hat.

In diesem Sinne möge die vorliegende Niederschrift als ebenso bescheidener wie ehrlicher Beitrag zur Klarstellung angesehen werden, wie sich das deutsch-tschechische Verhältnis in den böhmischen Ländern bis 1938 entwickelte. Der Leser aber wird nicht ohne tiefe Wehmut erkennen, was in einstigen Sternstunden zum Schaden beider Völker im Laufe 20jähriger Bewährung unterlassen worden ist.

Durch wessen Schuld?

Im Vorjahre traf ich nach langer Zeit an den Ufern des Genfer Sees den einstigen Schweizer Gesandten in Prag bis 1938, Dr. Charles Bruggmann, der in kritischen Stunden des Tschechoslowakischen Staates aus der wahrhaft humanitären Grundhaltung des passionierten Schweizers sein Bestes im Sinne sudetendeutsch-tschechischer Vermittlung versucht hat. Als wir die Vergangenheit wieder lebendig werden ließen und aus der gemeinsamen Erinnerung heraus die gemeinsam erlebten geschichtlichen Vorgänge analysierten, meinte dieser feinsinnige Diplomat, es sei müßig, nach Schuld zu fragen. Irgendwie sei die ganze Entwicklung unter zwingendem Schicksal gestanden, das zu wenden jenseits der beteiligten Menschen gestanden habe.

Wenzel Jaksch freilich ist anderer Meinung. Er, der böhmerwäldlerische Kleinbauernsohn und ehemalige Hilfsarbeiter, der das Leben immer wieder in widrigsten Erscheinungen meisterte, ging zwar durch die Schule des Marxismus, hält uns Überlebenden aber in seinem Buche „Europas Weg nach Potsdam“ entgegen: „Nichts war vorbestimmt“. Nicht überhören dürfen wir seine Mahnung, daß die Kräfte der Verständigung bis zum Vorabend von München mit den Geistern der Entzweiung gerungen haben; sie sollte uns davor bewahren, in dem tragisch Geschehenen nur das Walten blinder Schicksalskräfte zu sehen.

Es gehört rückschauend zu all dem Unvorstellbaren aus jener Zeit, daß bei so reichlichem Verständigungswillen und praktisch geübter Nachbarschaft im entscheidenden Augenblick das Vernünftige nicht getan werden durfte.

Wieviel Unbefangenheit lag doch über den Erlebnissen unserer Kindheit, die ich in den deutschen Ortschaften auf dem Thayaboden nächst Znaim in Südmähren verbrachte, durchaus in der Nähe der Sprachgrenze, die zu jener Zeit gewissermaßen durch die Stadt Znaim hindurchging. Allenthalben herrschte das typisch gute mährische Verhältnis zu unseren tschechischen Nachbarn. Die „Sprachgrenze“ war eben keine „Grenze“. Der regelmäßige Austausch der Kinder für ein Jahr „auf Wechsel“ gehörte zu den schlichten aber wirksamen Bildungsmaßnahmen unserer bäuerischen Landschaft. Die tschechischen Nachbarn kamen bis aus der böhmisch-mährischen Höhe, halfen in meiner paradiesischen Heimat mit ihren Obst-, Wein- und feldmäßigen Gemüsekulturen die Arbeitsspitzen bewältigen, holten sich auch das Obst und den Wein, den sie selbst benötigten, und lieferten gute Milchkühe, für deren Zucht in meiner engeren Heimat die Voraussetzungen fehlten. Der Führer der Tschechen Znaims, der Jungtscheche Dr. Veleba, vermochte seine nationalen Belange zu vertreten und war dennoch wohlgelitten auf den Höfen unserer Bauern. Dabei hatte er durchaus etwas von jener selbstbewußten Haltung, wie ich sie später bei Karel Kramář gefunden habe.

Umso größer war der Schock, als, trotz klar zum Ausdruck gebrachten Selbstbestimmungswillens der Bevölkerung auch des deutschen Teiles Südmährens und nach einem sechswöchigen Zwischenspiel „Republik Deutsch-österreich“, knapp vor Weihnachten 1918 die österreichischen Behörden fluchtartig abzogen und tschechische Legionäre, stets grimmige Lieder singend, auch Deutsch-Südmähren besetzten. Das war freilich zur selben Zeit, in der ein tschechischer Sozialist in Znaim verlangte, man solle den bisherigen Tschechenführer, den schon genannten Rechtsanwalt Dr. Veleba, mit dem wir trotz seiner Plädoyers für das „Böhmische Staatsrecht“ so gut gestanden hatten, an einem Laternenpfahl aufknüpfen. Damals begriffen wir nicht, daß damit ein Geist sich meldete, der schon wenige Wochen später am 4. März 1919 in blutiger Weise sich manifestieren sollte.

Es war der Geist, für den in den überkommenen Vorstellungen von Mensch und Menschenwürde, politischem Stil und zulässiger Behandlung von Menschen durch exekutive Organe im alten Österreich kein Platz gewesen wäre.

Vielleicht haben die Bolschewiken nicht ganz Unrecht, die behaupten, daß die russische Oktoberrevolution das erste Glied in der Kette geschichtlicher Entwicklungen gewesen ist, die seither zu so gewaltigen Umgestaltungen mit all ihrem Leid und unzählbaren Tränen als Begleiterscheinungen führten.

Aus einem verwandten Geiste, der selbst einen verdienten, selbstlosen und bis dahin unangefochtenen Volkstumsführer eigener tschechischer Zunge an den Laternenpfahl zu bringen bereit war, weil man plötzlich in ihm als Bourgeois einen politischen Gegner sah, erwuchs jene besondere Bereitschaft, jenseits aller überkommenen ethischen Vorstellungen von Billigkeit und Zulässigkeit polizeilicher Maßnahmen, brutalste Machttübing im Rahmen des Möglichen unter Hintansetzung aller menschlichen Rücksichtnahme als politisches Mittel anzuwenden.

Nur aus diesem Geiste heraus war auch der 4. März 1919 möglich geworden. An diesem Tage wurden unbewaffnete Sudetendeutsche, seit Jahrzehnten dazu erzogen und gewohnt, in friedlichen Demonstrationen demokratische Bekundung des Massenwillens zu üben, zusammengeschossen. 52 Sudetendeutsche fielen in deutschen Städten und Gemeinden zwischen Erzgebirge und Altvater. 84 wurden schwer, viele leicht verletzt, als unter Führung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften die Sudetendeutschen ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit aus Anlaß der in der Republik Österreich, zu der sie sich gehörig fühlten, stattfindenden Wahlen in den Nationalrat, in die Öffentlichkeit getreten waren, um so ihren Anspruch auf das vorenthaltene Selbstbestimmungsrecht kundzutun. Es bleibt geschichtliche Tatsache, daß gegen die friedlichen und unbewaffneten Demonstranten, die die schwerbewaffneten Soldaten weder bedrohen konnten noch bedroht haben, von geschlossenen militärischen Abteilungen ohne einen zu rechtfertigenden Grund, denn die bloße Absicht der Verhinderung dieser Demonstrationen konnte ihn nicht abgeben, in weitestgehendem Maße von der Schußwaffe Gebrauch gemacht worden ist. In die völlig Überraschten wurde noch geschossen, als sie bereits die Flucht ergriffen hatten. Das war im Besonderen die Ursache für die große Zahl der Opfer.

Und das passierte ausgerechnet den kleinen Leuten im deutschen Sudetenlande, den Arbeitern, Bauern, Gewerbetreibenden, und Mittelständlern, die durch ihre Massendemonstrationen Hauptträger des Kampfes um die demokratischen Rechte im österreichischen Staate einschließlich des allgemeinen gleichen Wahlrechtes bis 1911 waren und diese Rechte auch für die Tschechen erstritten hatten. Die Methode brutalster Machttübing ist auf der Grundlage eines deutschen Perfektionismus rund zwanzig Jahre später in entsetzlicher Weise in den böhmischen Ländern vollendet worden. Vor-exerziert wurde sie unter der unmittelbaren Verantwortung von Masaryk und Beneš zwanzig Jahre früher.

Wir aber blieben bis weit in das Jahr 1919 überzeugt, daß im Wege einer Volksabstimmung die Grenze des neuen Staates festgelegt, und wir dem österreichischen Reststaate Deutschösterreich zugeschlagen werden würden, dessen Hauptstadt Wien ja auch kultureller und wirtschaftlicher Mittelpunkt unserer südmährischen Heimat eh und je gewesen war.

Das sollte dann plötzlich im September 1919, mit dem Tage des Abschlusses des Vertrages von St. Germain für alle Zeiten anders sein, war sinnlos und irgendwie unbegreiflich. Den Enttäuschten blieb das Gefühl tief verletzten Rechtes. Männer aber wie Baron Medinger, Graf Ledebour und andere traten in Erscheinung, lenkten den Blick über die neuen Grenzen hinweg ins Ausland und vor allem auf internationale Zusammenhänge, die bis dahin den in provinziellen Verhältnissen Lebenden völlig verborgen geblieben waren. Diese Männer weckten den Glauben an Völkerbund und Möglichkeiten der Abhilfe durch rechtliche Mittel. Die rasch sich entwickelnde Völkerbundliga unter den Sudetendeutschen wurde der sichtbare Ausdruck jenes vorbehaltlosen Glaubens an Völkerbund und möglicher Restitution verletzten Rechts durch ihn. Wenn man nicht weiß, daß zu den gläubigen Jungakademikern dieser Zeit Heinz Rutha gehörte, der in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre bei der Gestaltung der Beziehungen der Sudetendeutschen zu London eine so beachtliche Rolle spielte, kann man Vieles einfach nicht verstehen, um den Dingen gerecht zu werden.

Diejenigen aber, die nun auch Gelegenheit bekamen, die Verhältnisse im Deutschen Reiche näher kennenzulernen, konnten entgegen allen gangbaren Behauptungen vom „deutschen Drang nach Osten“ in den ersten Jahren nach Versailles und St. Germain nur eine erschütternde Unkenntnis unserer Verhältnisse und eine Uninteressiertheit feststellen, die bis in die 30er Jahre anhielt. Gerade aufgrund akademischer und allgemein gesellschaftlicher Beziehungen gewonnene reichsdeutsche Freunde haben auch dort, wo sie unter dem Gesichtspunkte der Unterstützung volksdeutschen Bestandes in den neuen Fremdstaaten an den neuartigen Verhältnissen Interesse nahmen, den Gedanken des Modus vivendi mit den Herren des neuen Staates uns nahegebracht. Auch sie glaubten daran, im Geiste Weimars, daß die neue enttäuschende politische Ordnung in Europa letztlich noch eine werdende sei und daß sie unter der Macht ethischer und rechtlicher Vorstellungen für die Deutschen in den aufgezwungenen Fremdstaaten einmal annehmbare Lebensgrundlagen bieten könnte. Doktor Walter Szagun, der Schöpfer des Ausschusses für Minderheitenrecht, Karl Massmann, maßgebendes Vorstandsmitglied des Vereins für das Deutschtum im Ausland, Hermann Ullmann und andere, die sämtlich zu den Trägern des späteren sudetendeutschen politischen Aktivismus, vor allem zu Prof. Franz Spina in engen persönlichen Beziehungen standen und unter Stresemann'schem Einfluß ein neues Europa werden sahen, haben der Verständigung durch Überwindung formaler Negation aus dem Grunde des vorenthaltenen Selbstbestimmungsrechtes das Wort geredet. Sie wirkten auf den sudeten-

deutschen Nachwuchs der Nachkriegszeit, der daran ging, sich mit den neuen politischen Begebenheiten auseinanderzusetzen, unwahrscheinlich ernüchternd. Sie haben manche Voraussetzung für die realistischen und mutigen Vorstellungen derer geschaffen, die 1932 und 1933 ernsthaft glaubten, neue politische Wege beschritten zu haben und gehen zu können. In der gleichen Weise wirkten auf sudetendeutscher Seite Persönlichkeiten wie Franz Jesser²⁰, der als Freund Spinas im Hauptorgan der Regierungspartei des Bundes der Landwirte, der „Deutschen Landpost“ Jahre später den Gedanken der deutsch-tschechischen Symbiose entwickelte, Karl Hilgenreiner, Otto Kühnert, und die Träger des Gedankens einer umfassenden sudetenländischen Volksorganisation bis zu Ingenieur Fulda. Das sind nicht aus der Welt zu schaffende Tatsachen, die doppelt in dem Zeitpunkt wiegen müssen, in dem das Sudetendeutschtum sich im Rahmen parteipolitischer Manifestation mehrheitlich noch für Seliger und die Sozialdemokratie entschieden hatte, um wenige Jahre später, im Oktober 1925, Dr. von Lodgman, der auf dem Boden der formalen Negation des Staates aus dem Titel des Selbstbestimmungsrechtes verblieben war, die Gefolgschaft in einem Maße aufzusagen, daß er nicht einmal für sich das Abgeordnetenmandat zu erringen vermochte. Wie wenig dem jungen Staate auch in den ersten Jahren seines Bestandes, von den Sudetendeutschen trotz ihres Bekenntnisses zum Selbstbestimmungsrecht und der schlechten Behandlung, die sie inzwischen erfahren hatten, eine reale Gefahr drohte, beweist die Tatsache, daß die Sudetendeutschen bei der Mobilisierung gegen Räte-Ungarn unverzüglich eingerückt waren und mit die zuverlässigsten militärischen Elemente einer recht problematischen Armee stellten. Es bleibt geschichtliche Tatsache, daß sie in jener Zeit Masaryk widerlegt haben, der um 1910 vorausgesagt hatte: gegen 3 Millionen sudetendeutscher Hochverräter könne sich ein tschechischer Staat auf die Dauer nicht halten.

In Wirklichkeit hat es praktizierende sudetendeutsche Hochverräter, also Menschen, die zu konkreten staatszerstörenden gesetzwidrigen Handlungen bereit waren, nie gegeben. Die Negation des aufgezwungenen Staates aus dem Grunde des vorenthaltenen Selbstbestimmungsrechtes war rein formaler und ideologischer Natur. Und selbst im September 1938 ist letztlich ein kleiner Führungskreis nach dem Auseinanderbrechen der satzungsgemäßen Organe der Sudetendeutschen Partei im Zustande höchster Ratlosigkeit, dem das Gesetz des Handels völlig aus der Hand genommen war, über die Grenze gegangen. Die Massen aber an der Grenze, soweit sie dazu Möglichkeit fanden, flüchteten einfach vor der drohenden Gefahr. Wo ihnen das nicht möglich war, leisteten sie den Einberufungsbefehlen der tschechischen Regierung, den Krieg vor Augen, gehorsam und korrekt Folge und viele taten zusätzlich in milizähnlichen Formationen Dienst als Grenzschutz. Das sudetendeutsche Freikorps, das auf dem Papier 10 000 Mitglieder zählte, war eine Demonstration, aber kein Ausfluß einer revolutionären Bewegung.

In diesem Zusammenhang muß noch darauf hingewiesen werden, wie sehr zum Teil in weitgehendem Gleichklange der Auffassungen in den zwan-

ziger Jahren hervorragende Österreicher, Reichsdeutsche und Sudetendeutsche, Publizisten und akademische Lehrer die Suchenden des akademischen Nachwuchses und die Träger des kulturellen Lebens des neugeordneten Grenzlandes schlechthin, vor allem die so aufgeschlossene sudetendeutsche Lehrerschaft, eine einmalige, von hohem Berufsethos getragene Elite, an der Erneuerungssehnsucht einer geschlagenen Nation teilnehmen ließen und auf die Ausgangspunkte echter humanitärer deutscher Tradition zurückführten. Daß dieses neue Grenzland geographisch groteskerweise im Herzen Deutschlands zu liegen kam und schon aus diesem Grunde, wie etwa in einem kommunizierenden Gefäße den massenpsychologischen Rückwirkungen jedweder Entwicklung im Reiche ausgesetzt sein mußte, ist eine Tatsache von fundamentaler Bedeutung, die bisher kaum beachtet worden ist. Aus diesen Zusammenhängen heraus ist das Wirken Max Hildebert Boehms, seinerzeit im evangelischen Johannesstift Spandau, später Professor und Autor des Buches „Das eigenständige Volk“, des katholischen Politikers Martin Spahn, Wilhelm Stapels, des ganzen jungdeutschen Kreises einschließlich Staehelins, des späteren evangelischen Bischofs, das Wirken des freideutschen Kreises einschließlich Alfred Kurellas, der später vollends in das Lager des Bolschewismus übergang, bis vor wenigen Jahren als Direktor des Verlages für fremdsprachige Literatur in Moskau eine entscheidende Rolle spielte und heute in der Ostzone an vorderster Stelle wirkt, zu sehen, sind die Ausstrahlungen der gesamtdeutschen Jugendbewegung in das Sudetenland und der aus ihr hervorgegangenen Böhmerlandbewegung mit ihren tiefgreifenden Wirkungen und ihrem gestaltenden Einfluß auf Schutzvereine und kulturelles Leben der Sudetendeutschen zu verstehen.

Othmar Spann* aber, der unvergessene akademische Lehrer, zunächst an der Deutschen Technischen Hochschule in Brünn, ab 1920 an der Universität in Wien, dem bezeichnenderweise nach der Besetzung Österreichs 1938 die Stapo so übel mitspielte, legte im Rahmen sudetendeutscher Erneuerungs-

* Dr. Othmar Spann, Professor der Nationalökonomie an der Technischen Hochschule in Brünn, als Nachfolger Philippovich, Nationalökonom und Soziologe an der Universität Wien, hat in seiner Art das Wesen des Volkstums in seiner Eigenständigkeit und als autonome gesellschaftliche Kraft aufgezeigt: „Volkstum geht vor Staat“. In seinen soziologischen Vorlesungen, deren Gegenstand „Abbruch und Neubau der Gesellschaft“ waren, zu denen sich bis 1000 Hörer im kleinen Festsaal der Universität einfanden, darunter stärkste Kontingente der Korporationsstudentenschaft, wirkte er revolutionierend auf die politischen Vorstellungen der akademischen Kreise jener Zeit. In starker Hinwendung zum Katholizismus und befreundet mit bedeutenden Theologen, wie Prof. Pohl, hat Spann über die „Gäminger Wochen“ auch in den außerakademischen Bereich tiefgreifend gewirkt. Bei der Besetzung Österreichs wurde er im März 1938 von der einrückenden Gestapo mit seinem Schüler Prof. Walther Heinrich verhaftet, nach München verbracht, nach längerer Haft freigelassen, jedoch aller akademischen Funktionen entkleidet und auf seinen kleinen abgelegenen Landsitz in das Burgenland verbannt. Seine Werke kamen fast ausschließlich auf den Rosenberg'schen Index und waren zur nationalsozialistischen Zeit verboten.

bestrebungen, insbesondere durch seinen Vortrag „Vom Wesen des Volkstums“ ** auf dem Volksbildungslehrgang Ostern 1919 zu Brünn und in zahlreichen Vorträgen und Schulungswochen die wissenschaftlichen Grundlagen für ein neu zu formendes und zu bekennendes deutsches Volksbewußtsein, das von jedem kleinbürgerlichen Chauvinismus und allem nur formal verstandenen Selbstbestimmungsrecht weit hinweg führte. Volkstum zeigte er als geistige Gemeinschaft, Volkstumsbewahrung als Bildungsaufgabe auf. Der evangelische Norddeutsche, Prof. Mannhardt mit seiner Burse in Marburg a. d. Lahn, ganz eigene Wege gehend, leistete Hervorragendes für die wissenschaftliche Fundierung einer noch zu bildenden Führungsethik. Des katholischen Prälaten Prof. Dr. Schreiber in Münster und seines Kreises muß ebenfalls in diesem Zusammenhange gedacht werden.

Alle diese Persönlichkeiten aber ließen eine kommende Generation, die es in Zukunft besser machen wollte und an das Gewicht des sachlichen Arguments und die Macht des Sittlichen glaubte, Herder wieder entdecken und führten zur intensivsten Beschäftigung mit Kant, Fichte und dem deutschen Idealismus überhaupt. Daraus erwuchs für weite akademische Nachwuchskreise im Sudetenlande und darüber hinaus für weite Kreise der sudetenländischen Bildungsschicht eine verpflichtende Lebensmaxime. Das waren auch die geistigen Grundlagen, aus denen heraus eine kommende politische Führungsschicht den aufgezwungenen Kampf um freie eigenständige Entwicklung, die sie einfach als demokratisches Grundrecht und Naturrecht schlechthin empfand, als Problem des gesamten neuen Staates sehen lernte. Sie erlebte den Widerspruch zwischen den in formaler Vollendung verkündeten demokratischen Grundrechten und einer fortschreitenden, bisher aus der Geborgenheit österreichischer volklich überparteilicher Verwaltung, nicht vorstellbaren Nationalstaatspraxis, die offen die Assimilierung und Vernichtung der nichttschechischen Nationalitäten des Staates vertrat. Ihr setzte diese werdende Führungsschicht das leidenschaftliche Bekenntnis zur Entwicklungsfreiheit auf dem ererbten Heimatboden im Glauben an ein höher organisiertes Europa, an dessen Notwendigkeit sie damals vor 35 Jahren schon glaubte, entgegen.

Das war die Einstellung, aus der heraus die Beziehungen zu den konstruktiven Kräften des tschechischen und des slowakischen Volkes durch fast 15 Jahre gesucht wurden.

Zwischen Feber 1919 und Oktober 1924 war ich nur dreimal in Prag. An einen der Besuche erinnere ich mich jedoch sehr genau: Ich hatte eine Empfehlung an Prof. Dr. Bruno Kafka, den hervorragenden Zivilrechtler, einen imponierenden Repräsentanten des deutschbewußten Prager Judentums, den glänzenden Redner auf dem Katheder wie auf der Tribüne des Parlaments. Er nahm mich mit ins Abgeordnetenhaus, wo Beneš in einem großangelegten Exposé den Vertrag, mit welchem die Kleine Entente begründet wurde, ver-

** Veröffentlicht als Böhmerlandflugschrift im Böhmerland-Verlag Johannes Staude, Eger, in großen Auflagen nachgedruckt und verbreitet.

trat. Kafka trat ihm mit überzeugenden Argumenten entgegen und wies nach, daß die Kleine Entente ein regionales Paktsystem darstelle, das gegen den Geist der Satzung des Verbandes der Nationen verstoße und unweigerlich in die Sphäre der Machtpolitik, deren Überwindung ja eines der positiven Ergebnisse des 1. Weltkrieges werden sollte, zurückführen müsse.

Ich verfolgte die Debatte aus der Diplomatenloge. Gestehen muß ich, daß ich noch heute nach 35 Jahren das ungute Gefühl spüre, das mich beschlich, als Beneš, dieser kaltschnäuzige, kleingewachsene Mann mit der unsympathischen Stimme und einer Selbstsicherheit, die fast wie Beschränktheit wirkte, sein Paktsystem vertrat. Ich will nicht sagen, daß mich seit jener Stunde ein Vorurteil gegen Beneš erfaßte. Ich behaupte vielmehr, daß ich in der selbstkritischsten Weise in den späteren Jahren dem Manne gerecht zu werden versuchte, bis ich in den Monaten des Spätsommers 1938, in denen das Unheil seine Schatten vorauswarf, an ihm verzweifelte. Seine Rache habe ich rund 20 Jahre später zu spüren bekommen, als er den Versuchen tschechischer Freunde unzugänglich blieb, die Folgen eines juristisch unhaltbaren, gegen mich ergangenen Urteiles aufzuheben.

Im Herbst 1925 kam ich zu dauerndem Studienaufenthalte nach Prag. Ich hatte eine Empfehlung an die Familie des 2. Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichts, Dr. Diwald, mit. Als ich der Dame des Hauses meine Aufwartung machte und unter Zuhilfenahme meines Gymnasialtschechisch ein zaghaftes „Ruku libam“* sagte, überschüttete sie mich mit jenem unbefangenen ausgelassenen Gelächter, das den Damen einstiger Wiener Salons eigen war; sie meinte, ob ich etwa daran dächte, bei ihr tschechisch zu lernen. Da käme ich schlecht an; sie freue sich, daß endlich wieder jemand nach Prag käme, mit dem sie in Erinnerung an die einstigen Wiener Zeiten, in denen ihr Mann am Obersten Verwaltungsgerichte wirkte, das ihr einst so liebe wienerische Deutsch sprechen könne. Als sie mich dann in weitere Familien der tschechischen Gesellschaft einführte, darunter in die Familien der Nichten des ehem. Kriegsministers Udržal, eines prominenten Führers der tschechischen Agrarier und es mir dort war, als ob ich in einem der mir bekannten Wiener Salons wäre, sah ich mich zu ersten praktischen Korrekturen meiner Auffassungen vom oberbüchigen Tschechentum, die durch Literatur und Erlebnisse zwischen 1917 und 1924 entstanden waren, veranlaßt.

Eine fatale Überraschung war für mich die Streichung von 6 Auslandssemestern durch das tschechische Unterrichtsministerium. Eine sehr harte Nostrifikationsordnung für Auslandsstudien, die Sudetendeutsche, die bisher, alter Übung folgend, an österreichischen und reichsdeutschen Hochschulen studierten, besonders traf, war überraschend in Kraft getreten. Wir mußten 4—6 Semester nachinskribieren, eine zeitraubende Angelegenheit, und die in Wien abgelegten Staatsprüfungen wiederholen. Die unerwartet reich vorhandene Zeit zu nützen, widmete ich mich, einer alten Neigung

* „Küß die Hand“.

folgend, dem Studium der Geschichte bei Hans Hirsch und Theodor Mayer, schon in Wien einer meiner akademischen Lehrer, der inzwischen nach Prag berufen worden war.

Aber bald hatten mich in der journalistischen Praxis stehende alte Freunde entdeckt, die um meine intensiven theoretischen und praktischen Bemühungen um Zeitungswesen und Publizistik wußten. So kam es, daß ich die Aufgabe übernahm, die Grundlagen eines von der bis dahin monopolen offiziellen tschechoslowakischen Berichterstattung unabhängigen Pressedienstes zu schaffen. Ich richtete die Prager Redaktion der „Telegraphen-Union“ ein, übernahm den Aufbau der Prager Redaktionsvertretung der „Wiener Neuesten Nachrichten“ und gleichzeitig auf dringenden Wunsch Hermann Ullmanns die Vertretung des Verlages Scherl. So kam ich in die Vereinigung der Auslandsjournalisten und wurde im Außenministerium in aller Form akkreditiert. Zu jener Zeit hat sich die Staatspolizei um Auslandsjournalisten noch nicht sonderlich gekümmert. Man fühlte sich auf dem Gebiete der Presse und des Nachrichtendienstes in einer monopolen Position und beschränkte sich darauf, die Auslandsjournalisten blendend zu behandeln. Zahllose Vergünstigungen einschließlich einer Jahreskarte 1. Klasse für ein minimales Pauschale gehörten zu dieser Methode.

Das war die Ausgangsgrundlage, von der aus ich in unmittelbare Beziehung zu dem Manne trat, den ich zu dieser Zeit schon für die zentrale und schicksalhafte Figur im böhmischen Raum hielt, mit dem mich geistig und praktisch-politisch auseinanderzusetzen, als Aufgabe meine besten Mannesjahre füllte, und schließlich mir selbst zum Schicksal wurde.

Dr. Eduard Beneš

Anläßlich des Besuches des damaligen österreichischen Bundeskanzlers Dr. Ramek stellte mich der charmante Gesandte der Republik Österreich, Dr. Marek, im Rahmen des Empfanges für den Bundeskanzler, dem Außenminister Dr. Eduard Beneš vor. Offenkundig war dieser der Meinung, es mit einem Österreicher zu tun zu haben, zog mich ins Gespräch, widmete mir eine unwahrscheinlich lange Zeit, begann die Vorzüge der Tschechoslowakischen Republik und die Absicht der Verantwortlichen, die Minderheiten bestens zufriedenzustellen, zu rühmen, meinte, daß ich ja als Österreicher etwas von Nationalitätenfragen verstünde, weshalb er mir sehr ans Herz legen müsse, mich von etwaigen Gefühlen nicht gefangen nehmen zu lassen und stets das Prinzip zu beachten, daß die Grundlage aller guten Tätigkeit eines Auslandsjournalisten die Loyalität sei. Auf dieser Grundlage stünde mir das Außenministerium jederzeit offen.

Ich hörte den Außenminister sehr respektvoll an, sagte ihm dann aber sehr höflich und offen, ich sei ein gebürtiger Südmährer, der im Ausland studiert habe und nun wieder in der Republik lebe. Dr. Beneš stutzte einen Augenblick, tat aber unbefangen, trotzdem er sichtlich die Situation begriffen hatte. Dieser Umstand trug mir in weiterer Folge das besondere Inter-

esse seiner Leute ein. Da ich sachlich kompromißlos, in der Form aber betont loyal blieb, wurden diese Pressekontakte die Grundlage persönlicher Beziehungen, die mir später während meiner Tätigkeit als Abgeordneter von 1935—1938 außerordentlich wertvoll wurden. Dr. Beneš habe ich in dieser Zeit noch bei verschiedenen Anlässen im Rahmen von Empfängen auf der Burg, im Abgeordnetenhaus und bei gesellschaftlichen Begegnungen gesehen. Immer bedrückte mich die Kälte, die von diesem Manne ausstrahlte und die Tatsache der unüberbrückbaren Diskrepanz zwischen seinen unterschiedlichen Erklärungen, zu deren Hauptbestandteil die Worte „loyal“ und „Loyalität“ gehörten, und seiner politischen Praxis.

Man muß in jener Zeit den Kampf Beneš' um die Macht in der tschechischen nationalsozialistischen Partei mitgemacht haben, mit den maßlosen Exzessen in dem Parteiorgan „České slovo“ und anderen Blättern des Melantrich-Verlages. Um wenige Heller — etwa im Gegenwerte von 1 bis 2 Pfennigen — wurden sie in die Masse geworfen und bildeten die Morgenlektüre der in die Arbeit fahrenden Menschen. Kaum irgendwo auf Erden dürfte es derartige Blüten eines kleinbürgerlichen und intransigenten Chauvinismus gegeben haben, wie in den Blättern des Verlages der von Dr. Beneš als Vorsitzenden geführten tschechischen Sozialisten. Nicht nur das Programm des „tschechoslowakischen Nationalstaates“ mit dem konkreten Ziel der totalen Integration der nichttschechischen Minderheiten einschließlich der Slowaken wurde kompromißlos vertreten, sondern die Minderheiten als solche und auch tschechische politische Gegner wurden erbarmungslos und notfalls persönlich bekämpft. Die Publikation von an sich nach dem Gesetze geheimen Krankengeschichten aus früheren Jahren mit der Feststellung venerischer Erkrankungen parteipolitischer Gegner und dem Hinweise auf vorhandene Paralyse, gehörten so zu den angewandten Methoden. Man wird nach Stil und Inhalt vergeblich in der Presseproduktion der Weimarer Republik Ähnliches suchen. Eine Analogie liegt vielleicht in Streichers „Stürmer“. Beneš also wurde Vorsitzender der tschechischen Sozialistischen Partei etwa 1926 und blieb der allmächtige Parteichef bis zu seiner Wahl zum Staatspräsidenten. Er trug damit die unmittelbare persönliche Verantwortung für jene hemmungslose Vergiftung der deutsch-tschechischen Beziehungen, die selbst einen so gemäßigten Diplomaten, wie den sz. Deutschen Gesandten, den ehem. sächsischen Justizminister Dr. Koch zu bekümmerten Vorstellungen zwangen, wenn etwa anläßlich der Wahl des deutschen Staatspräsidenten Hindenburg als Repräsentant blutrünstigen deutschen Junkertums, bis zu den Knien im Blute wattend und mit den abgeschlagenen Köpfen von Kindern in Händen, gezeigt worden ist.

Diese Zustände muß man gekannt haben, wenn man das Verhalten anderer hervorragender Persönlichkeiten im tschechischen und deutschen Lager, auf die wir noch zu sprechen kommen und die bestimmt ab 1925 einen Modus vivendi zwischen Deutschen und Tschechen ehrlich anstrebten, verstehen will.

Dabei hatte Beneš selbst einfach keine echte gesellschaftliche Position. Es war unwahrscheinlich, mit welcher Herabsetzung und unverhohlener Mißachtung kultivierteste Persönlichkeiten verschiedenster gesellschaftlicher Schichten und politischer Parteien im engeren tschechischen Kreise von ihm sprachen.

Dennoch konnte Dr. Beneš sein außenpolitisches Konzept verfolgen und zwang die Überzeugung auf, daß die Ausstrahlungen französischer Politik, die auch Briands Vorstoß in Thoiry nicht zu paralysieren vermochte, getragen von der französischen Militärmission, jede vernünftige Entwicklung in der Tschechoslowakei unmöglich machen würden. Man muß die Sokol-Kongresse ab 1926 mit ihren militärischen Vorführungen, die unter Einsatz mittlerer Waffen und von Flugzeuggeschwadern das Prager Stadion für Stunden in ein Schlachtfeld verwandelten, gesehen haben, — oder aber die Militärdelegationen befreundeter Armeen, die in Kompagnien und Bataillonen bei den Sokolkongressen aufmarschierten. Sie hatten handgreiflich die Beneš'sche — dem kleinen Mann täglich und stündlich eingehämmerte These, die Tschechoslowakei sei im Rahmen der Kleinen Entente praktisch eine Großmacht, neben der selbst Deutschland eine „Quantité négligeable“ bliebe, zu versinnbildlichen.

Korrespondierend damit ging bei den Tschechen die unwahrscheinliche Überbewertung der Tätigkeit Beneš' in Genf. Eine Ausnahme machten gewisse bürgerliche Kreise, die die Vorstellung, Außenpolitik sei ein unsauberes Gewerbe, mit sich trugen und dafür hielten, daß Beneš gewissermaßen diese spezielle Tätigkeit dank der persönlichen Beziehungen, die er auf Grund seiner kontinuierlichen Tätigkeit als Außenminister seit 1917 tatsächlich gesammelt hatte, am besten besorgen würde. Dabei hatte Beneš auch im Auslande alles andere als eine unumstrittene oder respektierte Stellung. Daß ihn die Polen nicht mochten, ihm die Wegnahme von Tschechisch-Teschen und des Olsa-Gebietes nie verziehen, und ihn in den maßgebenden Schichten ab 1937 diplomatisch böseartig bis erbarmungslos befehdeten, ist heute auf Grund der vorliegenden Aktenpublikationen erweislich. Einmal — es war 1935 in Genf beim Nationalitäten-Kongreß, saßen wir Tisch an Tisch mit einigen Angehörigen der Auslandspresse und ausländischer Legationen. Plötzlich sprang einer der Diplomaten auf und erklärte, er müsse unverzüglich in das Assemblée des Verbandes der Nationen. Auf meine erstaunte Frage, was denn los sei, erklärte er mir Beneš präsidiere, spreche bei diesem Anlaß französisch, und das sei das ulkigste Schauspiel, das sich in Genf niemand entgehen lasse. Niemals sei die Vollversammlung so besetzt, wie wenn Beneš präsidiere.

Ich hielt diese Bemerkung für eine Übertreibung, ging aber mit, um mich persönlich zu vergewissern.

Der Beratungsraum der Vollversammlung bot ein Bild, wie ich es in den Tagen vorher nicht gesehen hatte; selbst die Logen waren überfüllt. Die Menschen standen in den Gängen. Beneš kam geschäftig, ein rundes Hütlein in

der Hand, wie es damals modern war, legte es zur Seite und begann ein Papier zu verlesen. Sofort stießen sich die Logenbesucher ungeniert an und nach wenigen Minuten herrschte die ausgelassenste Stimmung — man amüsierte sich köstlich! Nach Beneš sprach ein französischer Neger. Man sagte ihm nach, daß er das vollendetste Französisch im gesamten Verbands der Nationen spreche. Kaum hatte er einige Sätze gesagt, war es mäuschenstill und man hörte ihm interessiert zu.

Dieses scheinbar bedeutungslose Geschichtchen, das sich für den Leser nach 40 Jahren wie eine unfreundliche Anekdote lesen mag, war aber wohl symptomatisch. — Beneš verdankte seine Position in Genf den französischen Hintermännern, seinerzeit die Herren Europas von St. Germain und Versailles, deren Geschäfte er besorgte. Er hatte Linie im Bereiche der kleinen Entente zu halten, deren System noch untermauert wurde durch den Beitritt der Tschechoslowakei zum sowjetisch-französischen Beistandspakt, trotzdem die CSR als letzter Staat die Sowjetunion erst 1932 anerkannt hatte.

Wie die Lage selbst im Kreise völlig unbefangener und loyalster Deutscher beurteilt worden ist, beweist die Tatsache, daß der spätere Landsmann-Minister Erwin Zajíček, prominentes Mitglied der Deutschen Christlich-sozialen Volks-Partei und des Abgeordnetenhauses, 1934 auf dem südmährischen Kreistag der Partei in Znaim beschließen ließ, „... endlich lehnen wir es ab, der Gendarm Frankreichs an der Flanke Deutschlands zu sein.“

Dazwischen lag der Versuch Stresemanns und Briands in Thoiry zur Ausgangsgrundlage neuer Entwicklungen zu kommen, der Eintritt deutscher Parteien — des Bundes der Landwirte und der Christlichsozialen — am 14. 10. 1925 in die Prager Regierung, der Versuch Chvalkovský, des besonderen Vertrauensmannes des Ministerpräsidenten Švebela, der die deutsch-tschechischen Koalition durchgesetzt hatte, die formal korrekten und unbefriedigenden, durch den Beneschianismus immer wieder torpedierten Beziehungen Prag—Berlin zu bessern. Doch Chvalkovský verließ schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit resignierend Berlin. Das war außerordentlich bedauerlich, denn ich habe Chvalkovský vor seiner Abreise nach Berlin im Kreise der Nichten Udržals erlebt und weiß, mit welch ehrlichen Absichten und großen Hoffnungen dieser polyglotte, geradezu kosmopolitisch orientierte Tscheche und feinsinnige Diplomat nach Berlin gegangen war.

Daß er 14 Jahre später als Außenminister der II. Republik und als Gesandter des Protektorats Hitler nicht durchschaut habe, ist meiner Überzeugung nach nicht so sicher, trotzdem Viktor Stoupal in den Tagen der Protektoratserrichtung über ihn sehr hart geurteilt hat.

1942 oder 1943 fand dann Chvalovský im Bombenhagel, der wieder einmal über das unglückliche Berlin niederging, den Tod.

Charakteristisch für die Geltung Dr. Beneš' im Inlande mag folgendes kleine Ereignis sprechen. In den Jahren um 1936, als Dr. Beneš bereits Staatspräsident war, wurden in Wochenschauen im Auslande die prominenten Staatsmänner stark popularisiert. Offenkundig hat jemand aus der Umgebung

Dr. Beneš vorgeschlagen, es dem Auslande gleichzutun. Während der Staatspräsident in der Slowakei auf Sommerurlaub weilte, wurde er gefilmt und zwar, wie er in Reithosen und Stiefeln mit seiner Gattin, einen Picknickkorb tragend, einen felsigen Hügel in der Nähe Topol'čiankys hochstieg. Frau Beneš entfaltete den Picknickkorb, breitete eine Decke aus, goß aus einer Thermosflasche in eine Schale Tee, gab Zucker zu und steckte den Löffel in die Schale. So gab sie die Schale dem Präsidenten, der gedankenlos den Löffel in der Schale stecken ließ und mit sichtlichem Behagen trank. Es dauerte nur wenige Tage, da riefen die Prager Tschechen in sämtlichen Lokalen: „Káva à la Beneš!“ Die Kellner kamen dann gespritzt, in der Kaffeeschale bereits den Löffel, ihn heftig rührend. Und die Gäste tranken mit Behagen aus der Schale, in der der Löffel steckte, genau nach Vorbild. Nach wenigen Tagen wurde höheren Ortes die böse Panne offensichtlich ruchbar, denn die fatale Stelle wurde sofort aus dem Film geschnitten. Besonders charakteristisch war das Verhalten der Tschechen in den Tagen der Septemberkrise. Beneš hielt eine letzte Rede im Rundfunk und versuchte, den Tschechen Mut zu machen. In der Rede kam der Satz vor „Mám svůj plán“. (Ich habe meinen Plan). Allgemein aber spottete man: „Má aeroplán.“ (Er hat einen aeroplán, gemeint einen „Luft“-Plan).

In näheren persönlichen Kontakt kam ich mit Dr. Beneš unmittelbar vor der Präsidentenwahl 1935. Vertrauensleute Beneš' versuchten Dr. Alfred Rosche, den Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei, der, aus der Nationalpartei stammend, über die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft im Mai 1935 zur Sudetendeutschen Partei gestoßen war, für die Wahl Dr. Beneš' zu gewinnen. In einer gemeinsamen Sitzung des Parlamentarischen Klubs und der Hauptleitung der Sudetendeutschen Partei kam es zu schwerwiegenden Auseinandersetzungen. Rosche wurde mit Nachdruck entgegengehalten, daß die bedingungslose Wahl Beneš' praktisch vergleichbar wäre mit dem bereits gescheiterten aktivistischen Experiment. Es sei grundfalsch, österreichische Verhältnisse in Analogie heranzuziehen und nachträglich nach gewissen politischen Leistungen irgendwelche Zugeständnisse zu erwarten; es fehle eben die Person des unabhängigen kaiserlichen Mittlers. Hingegen stünden in der Tschechoslowakei praktisch jeder Politiker und die gesamte öffentliche Meinung unter dem Druck des Beneschianismus, der primär getragen würde von der tschechischen sozialistischen Partei, der aber praktisch von sämtlichen Parteien mitgemacht und speziell von den Grenzlern und weiten Kreisen der Staatsbeamtenschaft unterstützt werde.

Schließlich einigten wir uns auf einen Vorschlag Dr. Peters', der mit Hubert Ripka, der später im Exil eine so unheilvolle Rolle spielen sollte, einen Besuch bei Außenminister Beneš vereinbarte, die Lage zu erkunden. Dr. Peters, Sandner und ich fuhren zu vorgerückter Abendstunde ins Außenministerium und wurden von einem Kriminalagenten durch eine der Hintertüren in die Privatwohnung Dr. Beneš' geführt. Er empfing uns mit der Bemerkung, er habe mit Freude gehört, daß wir ihm Vorschläge wegen seiner

Wahl zum Staatspräsidenten zu machen hätten. Dr. Peters, der bei derartigen Verhandlungen ungemein beherzt, höflich, aber auch sehr entschieden sein und die Dinge in entwaffnender Weise beim rechten Namen nennen konnte, korrigierte Dr. Beneš sofort und meinte, da müsse er schlecht unterrichtet worden sein. Er, Dr. Peters, sei seinerseits unterrichtet worden, daß Dr. Beneš wegen des ungelösten Nationalitätenproblems in großer Sorge sei, hierüber seine Auffassung habe, weshalb es opportun erscheine, gerade durch Verhandlungen mit ihm die Plattform für eine Entwicklung zu suchen. Dr. Beneš führte dann mit uns ein mehrstündiges Gespräch, das aber keinen greifbaren Inhalt hatte, sich von seiner Seite ausgesprochen phraseologisch mit Nebensächlichkeiten befaßte und irgendwie in keiner Beziehung zu dem Zweck unseres ja von Hubert Ripka entrierten Gespräches stand. Schließlich schloß Beneš die fruchtlose Unterredung, indem er unvermittelt auf den Gegenstand des Besuches zurückkam, und erklärte, wir müßten Verständnis für seine Situation haben. Es sei doch nicht unwahrscheinlich, daß er zum Staatspräsidenten gewählt würde. Dann werde er eine Verfassung zu beschwören haben, von ihm aber wäre es gegen die Verfassung gehandelt, wenn er sich vorher auf etwas festlegen würde, wodurch er mit dem Geist der Verfassung in Widerspruch kommen könnte, und allenfalls dadurch selbst Entscheidungen verfassungsmäßig zuständiger Faktoren vorweggenommen werden könnten. Nun war die Richtigkeit der negativen Beurteilung Dr. Beneš' für die zuständigen Parteigremien in vollem Umfange bestätigt. Ich erhielt freie Hand zu Verhandlungen mit Dr. Karel Kramář, über die an anderer Stelle zu sprechen sein wird.

Den Präsidenten Beneš habe ich in der Folgezeit bei verschiedenen Anlässen, so auch bei Besuchen in der Provinz, z. B. in Znaim, gesprochen, wo er sichtlich überrascht war, mich im Rahmen eines stattlichen Kontingents deutscher Vertreter zu sehen. Denn die Stadt Znaim, die 1918 noch eine überwiegende deutsche Mehrheit hatte, war in jenen Jahren einer der neuralgischen Punkte des tschechischen Expansionsdranges. Im Verkehr mit den Persönlichkeiten, die ihm vorgestellt wurden, trug der Präsident ein rein konventionelles, distanzierendes Verhalten zur Schau und sprach wie immer sehr viel von Loyalität.

Der Juni 1938 sollte durch ein ganz unscheinbares Ereignis mich unmittelbar zum Träger intimster Verhandlungen werden lassen, in deren Verlaufe ich dann meine entscheidenden Begegnungen mit dem Staatspräsidenten hatte.

In Troppau war zur Zeit der Besetzung Österreichs die aus Wien stammende Schauspielerinnen Terrel-Terramare, die Gattin eines konvertierten Juden, der selbst Schauspieler, Literat und Regisseur war, tätig. Als die Nachricht im Theater verbreitet wurde, daß die Innsbrucker die einrückenden deutschen Truppen stürmisch begrüßten, fand diese Österreicherin im Hinblick auf die 14 Tage früher Schuschnigg zuteil gewordenen stürmischen

Ovationen das Verhalten ihrer Landsleute nicht sehr charaktervoll und machte ihrem gepreßten Herzen Luft.

Ein Kellner griff die Äußerungen auf, es gab ein übles Gerede, die begabte Terramare mußte Troppau verlassen und wurde von Dr. Eger, dem verdienstvollen Direktor des Neuen deutschen Theaters, einem Schweizer Juden, an sein Haus geholt. Aber schon nach wenigen Tagen intervenierte der Kulturattaché der deutschen Gesandtschaft in aller Form und verbat sich das weitere Auftreten der Terrel-Terramare, das gegebenenfalls als unfreundlicher Akt gegen das Dritte Reich angesehen werden müsse. Als mir die Angelegenheit durch die Frau eines alten Studienfreundes, eine Kollegin der Terrel-Terramare, vorgetragen wurde, zögerte ich nicht, beim deutschen Gesandten vorzusprechen und mein Erstaunen zum Ausdruck zu bringen. Der Gesandte Dr. Eisenlohr, ein vornehmer und ruhiger Mann, zuckte bekümmert die Achseln und bat um die Erhebung des Tatbestandes meinerseits. Dr. Reinhard Kudlich, ein mutiger und aufgeschlossener Nachkomme aus der Sippe Hans Kudlichs, stellte den Sachverhalt so eindeutig klar, daß der Gesandte keine Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung des Interventionsbegehrens mehr sah und die Terrel-Terramare erneut auftreten konnte.

Zu meinem Erstaunen kam eines Tages Theaterdirektor Eger in mein Anwaltsbüro, nicht nur um zu danken, daß ich ihm die wirklich gute Schauspielerin erhalten habe, sondern um sich den Mann anzuschauen, der diese Intervention und noch dazu unter Zurückweisung jeglichen Honorars, „als reine Kavaliersangelegenheit“ durchgeführt habe. Er habe gemeint, sagte er mir treuherzig, die Herren von der Sudetendeutschen Partei seien doch irgendwie sehr radikale Leute, mit denen man nicht reden könne, mit einem Wort verkappte Nazis. Nach einer netten Plauderstunde ging Dr. Eger von dannen, um nach wenigen Tagen sichtlich erregt wiederzukommen und mir zu sagen, er hätte den Vorfall dem Schweizer Gesandten, Charles Bruggmann, erzählt, der sehr interessiert sei, mich kennenzulernen. Er, Eger, möchte die Einladung vermitteln. Ich nahm selbstverständlich an, und es kam in der Folgezeit zu einigen sehr ernsthaften Gesprächen zwischen dem Schweizer Gesandten und mir, in denen ich ihm sichtlich überzeugend darzulegen vermochte, daß die Sudetendeutschen von Haus aus den Anspruch auf Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes hatten und noch hätten, daß es aber praktisch seit 20 Jahren nicht um die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes gehe, woran kaum jemand ernsthaft denke, sondern um jene Sicherung einer freien kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, die dem letzten Sudetendeutschen das gebe, was jedem Schweizer ohne Rücksicht auf Rang und Stand als Selbstverständlichkeit zustehe.

Schließlich wurde Gesandter Bruggmann konkret politisch, erklärte unsere Beschwerden zu verstehen, warf aber zugleich die Frage auf, ob es denn überhaupt im Hinblick auf den Stand der öffentlichen Meinung im tschechischen Lager, die jede Verwirklichung einer Autonomieforderung als kalte Zer-

schlagung des Staates werte, konkrete Verhandlungsmöglichkeiten gäbe. Ich mußte den Gesandten höflich dahingehend unterrichten, daß die Sudetendeutsche Partei bis zum Tage von Karlsbad niemals Autonomie, also eigenständige Selbstgesetzgebung, sondern nur Selbstverwaltung verlangt hatte. Auch die Volksgruppenrechts-Entwürfe und selbst die sogenannten „Karlsbader Beschlüsse“ seien durchaus auf der Grundlage einer modernen Selbstverwaltung zu realisieren. Den Sudetendeutschen käme es in erster Linie darauf an, im eigenen Siedlungsgebiet mit einem angemessenen Anteil an den Mitteln, die sie selbst erwirtschafteten, unter Ausschaltung jeglichen, zur Zeit üblichen Mißbrauches der Staatsmacht auf der Basis des freien Ermessens und durchlöcherter Rechtsstaatlichkeit, die eigenständige Entwicklung in kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung sichergestellt zu wissen.

Niemand von sudetendeutscher Seite klammerte sich an Formeln, oder lasse Prestigemomente gelten. Dann entwickelte ich ihm weiter das Gauverfassungsgesetz aus dem Jahre 1920, das unter Kramář Gesetz geworden war, das wesentlich deutsche Siedlungsgebiet in zwei eigenen Gauen weitgehend erfaßt und in jeder Hinsicht Ansätze für eine moderne Administrative auf der Grundlage einer weitgehenden Selbstverwaltung festgelegt hatte. Im Zuge der Straffung der Staatsgewalt und tschechoslowakischen Nationalstaatspolitik sei dieses Gesetz 1927 unter Beibehaltung der Länder außer Kraft gesetzt worden. Gewisse territoriale Korrekturen und Klärungen von Kompetenzen böten die Voraussetzungen, die Grundlage für einen Modus vivendi zu schaffen, die kein vernünftiger Deutscher ablehnen könne. Als ich noch über die praktischen Möglichkeiten vom verwaltungstechnischen Standpunkte gesprochen hatte, erklärte Gesandter Bruggmann spontan, das sei ja im Grunde genommen die Verwaltungswirkung der Schweizer Kantone. Ich ergänzte, der Unterschied zwischen Schweizer Kantonalverfassung und verbesserter Gauverfassung im Sinne meines Vorschlages liege nur darin, daß die deutschen Gae gleich den tschechischen und slowakischen zu einem Verbands als Ersatz für die bisherigen historischen Länder in zweiter Instanz zusammenzuschließen wären. Dabei böte aber der Vorsitzende des Gauverbandes als ein von der Zentralregierung ernannter Funktionär eine weitgehende staatspolitische Garantie im Sinne einer einheitlichen Staatsentwicklung. Kurz darauf fixierte ich über Aufforderung des Gesandten meine Gedanken schriftlich und gab ihm die erbetene Ermächtigung, von dem Entwurf jeden informatorischen Gebrauch zu machen.

Ich habe die Gelegenheit benützt, dem Gesandten Bruggmann um dessen besonders freundschaftlichen Beziehungen zum englischen Gesandten ich wußte, die bedenkliche Entwicklung klarzulegen. Auf Grund meiner intimen Kenntnis des Verhandlungsablaufes konnte ich darlegen, wie die ersten Fühlungen mit Dr. Hodža erfolgten. Nach der selbst für den Kreis engster Parteifreunde ebenso überraschenden wie alarmierenden Rede Henleins in Karlsbad, der ersten großen politischen Rede Henleins, die nicht von

einem Gremium des statutengemäß verantwortlichen Führungsorganes ausgearbeitet worden war, mit ihren abschließenden nie diskutierten Forderungen, die als „Karlsbader Beschlüsse“ in die Geschichte eingegangen sind, hatte der Ministerpräsident Peters und mich zu einer Unterredung gebeten. Seine Frage, ob das die Preisgabe des offiziellen Standpunktes der Sudetendeutschen Partei, sie sei eine Verfassungspartei, bedeute, hatten wir mit gutem Gewissen zu verneinen. Der Ministerpräsident anerkannte jedoch nach unseren sehr dringlichen Vorstellungen selbst, daß das den Regierungsaktivisten vor Jahresfrist in Aussicht gestellte „Kleine Programm“ gescheitert war, daß höchste Eile geboten und von der allgemeinen berechtigten Enttäuschung der sudetendeutschen Massen her, Gefahr im Verzuge sei. Deshalb beauftragte er den Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichtes, Dr. Hácha und den Chef der legislativen Abteilung des Ministerratspräsidiums, den späteren Ministerpräsidenten Dr. Krejčí, mit einer Expertenkommission unter Führung des Dr. Peters die verfassungsmäßigen Möglichkeiten einer Lösung der Sudetendeutschen Frage zu prüfen. Die Erörterungen waren beiderseits sehr aufgeschlossen und schritten rasch vorwärts.

Ich mußte aber auch aufzeigen, wie in diesem hoffnungsvollen Stadium der Vorverhandlungen über Einspruch des Staatspräsidenten Dr. Beneš die Experten Hácha - Krejčí zurückgepfeffen wurden, an ihre Stelle die politischen Minister und die Vertreter der Koalitionsparteien traten, die in fruchtlosen Formalverhandlungen die Zeit in Sitzungen zubrachten. Daß dabei Msgr. Šrámek sich als besonders destruktives Element erwies, das kompromißlos am Nationalstaatsgedanken Beneš'scher Prägung festhielt, sei als geschichtliche Tatsache bemerkt. Kein Hehl machte ich daraus, daß Verhandlungen, wie sie bisher praktiziert wurden, nie zu konkreten Verhandlungsergebnissen führen könnten. Auf der anderen Seite aber sei nach der Besetzung Österreichs mit der verstärkten Interessenahme des Dritten Reiches als einer politischen Realität zu rechnen. Wenn man allerdings alle konstruktiven Kräfte auf sudetendeutscher Seite konsequent kompromittiere, wie das seit nahezu 20 Jahren mit sämtlichen Exponenten des staatspositiven Aktivismus geschehen sei, dürfe man sich nicht wundern, wenn auf Grund der rein massenpsychologischen Rückwirkungen auf dem Hintergrunde einer Grenze von 800 km, modernster Nachrichtenmittel und lebendigster Kontakte in den Grenzgebieten mit der Reichsbevölkerung, die Entwicklung eines Tages jeder Kontrolle entgleiten werde.

Mit Nachdruck habe ich schon damals darauf hingewiesen, daß Verhandlungen nur sinnvoll werden könnten, wenn man sich englischerseits zu einer Intervention entschlöße und rechtzeitig zu einem Abschluß komme, ehe die drohende Zerschlagung der massenpsychologischen Voraussetzungen einer evolutionären innerstaatlichen Lösung erfolgen würde. Ich habe kein Hehl daraus gemacht, daß aller konstruktiven Entwicklung der Staatspräsident Dr. Beneš entgegenstehe, der praktische Träger einer verfassungswidrigen Präsidialdiktatur sei und nur von außen gezwungen werden könnte, zu kon-

kreten und vernünftigen Verhandlungen einzuschwenken. Zur Unterstützung meiner Auffassung konnte ich zahllose parallellaufende Versuche und Vorfälle zeigen, die durchaus bewiesen, daß die Zeit nun auf beiden Seiten für konkrete Lösungen reif geworden sei. Einer der maßgebendsten Männer der tschechischen Agrarpartei, der Direktor der Kooperativa, des entscheidenden agrar- und preispolitischen Instruments der tschechischen Agrarier, Landwirtschaftsminister Feierabend, hatte nicht erfolglos Fühlungen zum Reichsnährstand aufgenommen, Generaldirektor Dr. Preiß von der Živnostenská banka zu reichsdeutschen Wirtschaftskreisen. Maßgebende tschechische Agrarier hatten sich mit dem deutschen Gesandten und deutschen offiziellen Persönlichkeiten getroffen. Daraus erwuchs jene Atmosphäre der Entspannung, aus der heraus allen gewaltsamen Lösungsversuchen, von wem immer sie angestrebt werden mochten, bei der grundsätzlichen friedfertigen und jedem echten Risiko abholden Grundhaltung der sudetendeutschen Bevölkerung erfolgreich entgegen getreten werden konnte. Honsa Masaryk, der Sohn des Altpräsidenten, zu jener Zeit noch Gesandter in London, hatte bezeichnenderweise Heinz Rutha in London, knapp vor dessen im Jahre 1937 erfolgten Tode erklärt, es sei ein Unsinn sondergleichen, daß man in Raudnitz eine Maginotlinie baue, statt mit den Sudetendeutschen vernünftig zu verhandeln.

Die Aktenpublikationen der Nachkriegszeit zeigen, in welchem Maße schon seit 1937 ein Druck auf Dr. Beneš in steigendem Maße ausgeübt wurde, der jedoch, wie die Provokationsmobilisierung am 21. Mai 1938 bewiesen hatte, an der Annahme eines unvermeidlichen Konfliktes mit Deutschland festhielt und sichtlich bereit war, ohne Rücksicht auf Opfer als Ergebnis eines neuerlichen großen Krieges die Tschechoslowakische Republik als tschechoslowakischen Nationalstaat aufrecht zu erhalten.

In dieser schwierigen Lage waren für die Vorstellungen über staatspositive Möglichkeiten für die Lösung der sudetendeutschen Frage und mögliche künftige politische Entwicklungen Beziehungen zu reichsdeutschen Kreisen und Persönlichkeiten von außerordentlicher Bedeutung. Rückschauend muß allerdings gesagt werden, daß gerade sie wesentlich zur Desorientierung darüber, was von Hitler zu erwarten sei und wie kurz die Zeit sein würde, um ihm zuvorkommen, führten*. Hermann Ullmann, der sein kritisches Buch „In der großen Kurve“ gewagt hatte, unterhielt sehr vertrauliche Beziehungen zu Kreisen der deutschen Generalität, die später im

* Erst wesentlich später wurde mir die Lage klar, als ich nach der Maimobilisierung Gesandten Mastný in der Berliner Gesandtschaft nach den möglichen politischen Folgen des Zwischenfalles fragte. Mastný sagte mir damals, gerade am Vortage sei im Verlaufe eines Gesprächs zwischen dem britischen Botschafter Henderson in Berlin, dem französischen Botschafter François Poncet und ihm, die gleiche Frage angeschnitten worden. François Poncet habe geantwortet: Hitler könne etwas, was niemand von den Beteiligten des Gesprächs könne, nämlich bei Mondenschein über die Dächer zu gehen. Aber niemand wisse, was geschehen werde, wenn jemand Hitler zur Unzeit anrufe.

Widerstände eine maßgebende Rolle spielten. Ich selbst kannte aufgrund einer gesellschaftlichen Beziehung meiner Frau den Reichskriegsminister von Blomberg persönlich und habe von dem später als Opportunisten und regimiehörig beurteilten damaligen Generalobersten in vertraulichem Gespräche sehr offene und ermutigende Äußerungen zu hören bekommen. Unterrichtungen und Äußerungen dieser Art bestärkten in vielen von uns die Überzeugung, daß die deutsche Generalität allen militärischen Experimenten im Zeichen unverantwortlicher Machtpolitik Hitlers im Ernstfalle erfolgreich entgetreten werde und damit echte Voraussetzungen für eine konstruktive Entwicklung des deutsch-tschechischen Verhältnisses gegeben seien.

Andererseits war ich mit meinen Freunden Peters, Kundt und anderen ebenso davon überzeugt, daß jedes krieglerische Ereignis ohne Rücksicht darauf, ob die Kriegsfurie im Zeichen eines deutschen Sieges oder einer deutschen Niederlage über das Sudetengebiet käme, für das Sudetendeutschum ein großes und sinnloses Unglück bedeuten würde. Sinnlos, weil wir an den Erfolg unseres grundsätzlichen Rechtskampfes glaubten. Es konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß die öffentliche Meinung Englands und Frankreichs im Umbruch begriffen war und damit eine wesentliche Voraussetzung für eine innerpolitische Änderung der Verhältnisse grundsätzlicher Art in der Tschechoslowakei im Entstehen war. Über diese Fragen haben Peters und ich mit Hodža und Josef Černý völlig unbefangen gesprochen und waren wie sie absolute Gegner jedweder krieglerischen Lösungsversuche, von welcher Seite immer sie angezettelt werden würden. Schließlich hatte der deutsche Gesandte Eisenlohr noch im März 1938 die Berechtigung unserer Auffassung bestätigt, wenn er uns vertraulich seine Überzeugung dahingehend entwickelte, daß auch im Auswärtigen Amt in Berlin einflußreichste Kreise die evolutionäre Entwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen absichern würden. Aufgrund dieser Deckung habe er seine Beziehungen auf der tschechischen Seite aktiviert und sehr konkrete Gespräche mit Hodža und Berán geführt, die unsere Bestrebungen noch sinnvoll erscheinen ließen. Als der Gesandte mich bat, meine Studie dem Präsidenten Beneš vorlegen zu dürfen, erklärte ich mich einverstanden, betonte aber, daß es sich um eine ausgesprochen persönliche Studie handle, deren Inhalt ich nur in der Sudetendeutschen Partei vertreten könne. Klar sein mußten wir uns aber darüber, daß auch jeder geringfügige Zeitverlust die Verhältnisse zum Schlimmen wende, weil in den beidseitigen Lagern aus massenpsychologischen Voraussetzungen eine Verkrampfung sich vorbereite, deren Folgen unabsehbar werden müßten. Wenige Tage später — es war unmittelbar nach dem Sokolkongreß —, lud mich der Gesandte wieder zu sich und stellte mir die Frage, ob ich bereit sei zum Staatspräsidenten zu gehen, der meine Studie kenne und sich mit mir darüber vertraulich unterhalten wolle. Ich sagte grundsätzlich zu. Unmittelbar darauf besuchte ich Henlein und teilte ihm mit, daß ich Gelegenheit hätte, mit maßgebendsten tschechischen Persönlichkeiten über administrativ-technische Möglichkeiten der Lösung

der Sudetenfrage zu sprechen, daß jedoch von mir absolute Vertraulichkeit hinsichtlich dieses rein persönlichen Gespräches gefordert würde.

Henlein frug mich nicht weiter nach Personen und Zusammenhängen, sondern erklärte, er gebe mir freie Hand, kein Mensch wisse, was werden solle, wenn die Gespräche irgendwelche greifbaren Ergebnisse zeitigten, erwarte er von mir zu hören.

Diese Korrektheit meinerseits war später für mich von lebensrettender Bedeutung. Dr. Beneš verfaßte über seine Gespräche mit mir entgegen getroffener Absprache, wie sie durch den Schweizer Gesandten vermittelt worden war, Aktennotizen, in denen er wahrheitswidrig es so darstellte, als ob ich ihm Angebote gemacht hätte. Diese Aktennotizen wurden nach Errichtung des Protektorats von einer Kommission zur Überprüfung der tschechischen Archive sichergestellt und trugen mir ein Verfahren wegen volks- und reichsfeindlichen Verhaltens ein, weil ich die Politik Hitlers konterkariert hätte.

Ich muß zur Ehre Henleins feststellen, daß er in einer der kritischsten Stunde meines Lebens klar dahingehend Stellung nahm, ich hätte auf der Grundlage seines Vertrauens und bei der gegebenen Situation richtig gehandelt, er verbiete sich die rückschauende diskriminierende Behandlung ehemaliger Mitarbeiter durch Personen, denen eine Beurteilung der Vorgänge rückschauend weder möglich sei, noch zustehe.

Eines Tages wurde ich von der Schweizer Gesandtschaft aus durch einen Polizeiagenten abgeholt — in Prag machte man alles mit dieser Sorte von Agenten, „Detektive“ genannt, deren hervorstechendes Kennzeichen es war, daß jeder halbwegs aufmerksame Beobachter sie an ihrer Kleidung und ihrem Gehen auf 100 Schritte erkennen konnte.

Der gute Detektiv also führte mich über eine der Nebentreppen des Rudolfinischen Traktes durch unterschiedliche Gänge, bis ich schließlich in der Wohnung des Präsidenten landete und in die Bibliothek geführt wurde.

Der Präsident begrüßte mich und sagte, er habe von meinen Gesprächen mit dem Schweizer Gesandten und der Studie Kenntnis, aber das sei keine geeignete Grundlage, die Tschechoslowakei sei nun einmal ein demokratischer Staat, auch er müsse den Willen des Volkes und die öffentliche Meinung respektieren. Die würde eine Auflösung der Länder nicht zulassen. Er, der Präsident, jedoch sei bereit, sich für eine Erweiterung der Kompetenzen der Landesvertretungen einzusetzen.

Ich muß ehrlich gestehen, daß es mir einigermaßen schwer fiel, meine Verblüffung zu verbergen. Deshalb erklärte ich, nachdem der Präsident seinen Monolog beendet hatte, daß unser beiderseitiges Gespräch sichtlich unter mißverständlichen Voraussetzungen zustandegekommen sei. Entscheidend für die Lage der Nationalitäten und im besonderen der Sudetendeutschen, also für den heutigen tatsächlichen Verfassungszustand, der selbst mit den kargen normativen Bestimmungen der Verfassung nicht mehr übereinstimme, sei die Anwendung des formalen Mehrheitsprinzipes. Seine An-

wendung im Parlamente zum Zwecke der Deckung der Administrative durch formal-einwandfrei zustandegekommene Gesetze begründe den Unrechtszustand. Ich schloß meine ebenso höflichen wie sachlichen Ausführungen, ich müsse den Präsidenten dringlich bitten einzusehen, daß es uns Sudetendeutschen völlig gleichgültig sei, ob die Präsidenten des Senats und Abgeordnetenhauses oder künftig auch Präsidenten der Landesvertretungen auf Grundlage von Kompetenzverschiebungen sagen würden, „To je většina“ (das ist die Mehrheit).

Diese klare Sprache nahm mir der Präsident sichtlich sehr übel, erhob sich, sagte, er bedauere, daß offenkundig keine Verhandlungsgrundlagen gegeben seien, — ich war entlassen.

Der Detektiv führte mich bis auf den Burgplatz, ich ging zurück zum Schweizer Gesandten und berichtete ihm das soeben Erlebte. Auch aus der selbstsicheren Haltung des erfahrenen Diplomaten von Rang war durchzuspüren, wie sehr ihn mein Bericht bekümmerte.

Wenige Tage später, ehe die Entsendung Runcimans publiziert wurde, teilte mir der Gesandte mit, daß die britische Regierung eine hervorragende Persönlichkeit als Vermittler und Beobachter in die Tschechoslowakei entsenden werde.

Das war nach dem Sokolkongreß, der nochmals eine außerordentliche Manifestation des tschechischen Nationalismus geworden war. Präsident Beneš war eine der zentralen Figuren gewesen und hatte zweifellos gewaltigen Auftrieb bekommen.

Kurze Zeit nach dem Eintreffen Lord Runcimans zeigte sich jedoch, daß bei diesem Manne die so oft erprobten Methoden Potemkinscher Dörfer und der konsequenten Berufung auf eine formale Musterdemokratie nicht verfangen.

Der Lord entwickelte eine für ihn zweifellos anstrengende Tätigkeit, hatte einen Stab wohlunterrichteter und ausgezeichneten Experten um sich und verstand es, den realen Gegebenheiten tschechoslowakischer Staatlichkeit nachzuspüren.

Bemerkt sei, daß ich in der Umgebung Lord Runcimans einen alten Bekannten wiedergefunden hatte, Mr. Stephens, der mich m. E. nach bereits 1934 besucht hatte und sich damals als Sekretär des Oberhauses eingeführt, als Zweck der Reise das Studium der Nationalitätenfrage in der CSR im Zusammenhang mit einer Doktordissertation erklärt hatte.

Umso überraschter war ich, als mich Mitte August der Schweizer Gesandte erneut zu sich bat und mich fragte, ob ich bereit sei, den Präsidenten nochmals zu besuchen. Ich bejahte.

Auf dem schon bekannten Wege, geleitet von einem Detektiv, kam ich wieder zum Präsidenten, der mich in seiner Bibliothek empfing. Unvermittelt platzte er los, die Situation habe sich wesentlich geändert, nun seien meine seinerzeitigen Gedankengänge interessant, ich möge ihm rasch Einzelheiten entwickeln, wobei ich dann das Ergebnis noch schriftlich fixieren könne.

In diesem Zusammenhange sei darauf hingewiesen, daß meine engeren politischen Freunde und ich von all den Vorgängen, die man heute über die Hitler'sche Politik auf Grund der Aktenpublikation der Nachkriegszeit weiß, keine Ahnung gehabt haben.

Noch vor Ostern 1938 hatte mir der deutsche Gesandte Dr. Eisenlohr erklärt, Hodža habe ihm dargelegt, die Sudetendeutsche Partei müsse in die Regierung kommen, die Grundlage einer Selbstverwaltung, die den berechtigten Interessen der Sudetendeutschen Rechnung trage, müsse gefunden werden. Dazwischen lag die Mobilisierung vom 21. Mai 1938, das Standrecht in den sudetendeutschen Siedlungsgebieten, die Erschießung der beiden Egerländer Bauern Böhm und Hoffmann, das Erscheinen der beiden deutschen Militärattachés mit einem Kranz Hitlers bei dem Begräbnis der beiden erschossenen Egerländer Bauern, das Anwachsen einer forcierten Kampagne der sichtlich gesteuerten deutschen Presse. Aber niemand dachte an ernsthafte kriegerische Drohungen Hitlers. Aus konservativen Kreisen Berlins und Kreisen höherer Militärs konnte man hören, Österreich sei gerade noch gut gegangen, es sei völlig ausgeschlossen, daß Hitler bei dem Stande der deutschen Armee ein Kriegsrisiko eingehen könne.

Immerhin, die Entwicklung der gesteuerten öffentlichen Meinung, der gegenüber Dr. Beneš als die Quelle allen Übels in der CSR herausgestellt wurde, konnte niemand übersehen, der sich auf dem Gebiet praktischer Politik bewegte.

Ich hielt es deshalb für meine Pflicht, dem Präsidenten auszuführen, der Gang der bisherigen Verhandlungen habe in ihm offenkundig die Überzeugung gefestigt, daß er ohne Rücksicht auf verfassungsmäßige Zuständigkeit die Geschicke des Staates in die Hand nehmen müsse und daß er allein die Dinge zum Guten wenden könne. Das schmeichelte dem Präsidenten in außerordentlichem Maße, doch hatte er mich mißverstanden. Ich dachte gar nicht daran, seinem Selbstbewußtsein zu schmeicheln und ihm Freundlichkeiten zu sagen.

Und so führte ich weiter aus, ein wesentliches Erfordernis praktisch politischer Verhandlungen sei die Eignung der beteiligten Personen. Wenn auch bis jetzt amtliche Berliner Stellen in die innerpolitischen Angelegenheiten der Tschechoslowakei sich nicht eingemischt hätten, wie seinerzeit in Österreich, dürfe nicht übersehen werden, daß die Interessenahme von gewissen Stellen aus Berlin offenkundig gesteuert und insoweit geradezu symptomatisch seien, als die Person des Präsidenten ständiges Ziel der Angriffe wäre.

Ob diese Angriffe berechtigt seien oder nicht, sie seien eine Realität und schließlich nicht ohne Voraussetzungen, denn er, der Präsident, sei der Träger des intransigenten Nationalstaatsgedankens; wenn man gar nichts von ihm und der Tschechoslowakei wisse, so bringe man zumindest das Memoire III mit ihm in Verbindung und alles das, was seitens der Partei des Präsidenten und seitens seiner Presse gegen das Deutsche Reich, vor

und nach Hitler, in den letzten Jahren losgelassen worden sei. Das gebe störungsbeflissenen Elementen nur willkommene Gelegenheit, die Dinge auf das Persönliche und im Grunde genommen Nebensächliche abzubiegen. Wichtiger erschiene es mir bei meiner Kenntnis der Verhältnisse, wenn er, der Präsident, seine ganze Autorität und sein politisches Gewicht, über das bei Kennern der tschechoslowakischen Verhältnisse kein Zweifel sein könne, es den verfassungsmäßigen Faktoren, und das seien nun einmal weder die Repräsentanten der Koalitionsparteien noch er selbst, sondern die Regierung, überlasse, beschleunigt zu einem Modus vivendi zu kommen.

Der Präsident hatte mich mit allen Zeichen des Unwillens angehört und platzte dann los, ihm werde großes Unrecht getan. Er werde völlig verkannt. Er habe immer das deutsche Volk gewürdigt und gewertet. In St. Germain und Versailles habe gerade er Schlimmeres verhütet. Die Internationalisierung der Elbe habe er verhindert. Er habe die entscheidenden Schritte zur Wiederherstellung einer angemessenen internationalen Position Deutschlands getan, indem er die Entrevue Stresemann—Briand in Thoiry vermittelt habe.

Hier glaubte ich, ihn unterbrechen zu müssen und bat den Präsidenten doch Tatsachen gelten zu lassen. Bei dem heutigen Stande der Entwicklung im Dritten Reiche könne man nicht von Thoiry und Stresemann sprechen. Thoiry und Stresemann seien für Hitler gleich roten Tüchern. Den Herren in Berlin müsse man ganz anders kommen. Es sei doch gar kein Geheimnis, daß der Gesandte Mastný in ausgesprochen freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen zu Hermann Göring stünde, daß auch Goebbels Einflüssen namhafter tschechischer Künstler zugänglich sei. Einen klaren Modus vivendi mit den Sudetendeutschen vorausgesetzt, müßte auf der Grundlage eines sehr praktisch psychologischen Vorgehens das Verhältnis Prag—Berlin normalisiert werden können.

Der Präsident nahm seinen Monolog wieder auf, kam auf innerpolitische Verhältnisse zu sprechen, suchte mir nachzuweisen, daß er von allen tschechischen Politikern die weitestgehenden Erklärungen zu Gunsten der Deutschen in der CSR abgegeben habe, und plötzlich schloß er, ich könne mir ein ganz großes Verdienst erwerben, wenn ich bei Henlein und Frank für eine richtige Beurteilung seiner Person einträte und die Verbindung zwischen Henlein und ihm herstellte. Sie beide würden die Schwierigkeiten am ehesten meistern.

Nun zog ich die Konsequenz und bat, Henlein in geeigneter Form unterrichten zu dürfen. Als der Präsident mich etwas merkwürdig ansah, gewissermaßen, was das für überflüssige Worte seien, da ich doch Henlein sicher über die Entwicklung unserer Beziehungen unterrichtet habe, konnte ich mich nicht enthalten, mit Nachdruck festzustellen, daß absolute Vertraulichkeit vereinbart gewesen sei, und ich mich selbstverständlich strikte an diese Vereinbarung gehalten habe.

Ich wurde nach diesem Gespräch genädiger entlassen als bei dem ersten. Erst 18 Jahre später sollte ich erfahren, wie Dr. Beneš diese Unterredung wirklich aufgefaßt hatte.

Als ich in Prag-Pankraz in Untersuchungshaft saß, bekam ich die Rede zu Gesicht, die Dr. Beneš am 28. Oktober 1945, dem Staatsgründungstage in Lidice, der Ortschaft, die wegen Verbergung von Fallschirmagenten während des Krieges dem Erdboden gleichgemacht worden war, gehalten hatte. Dort fordert er die Köpfe der bereits in Haft befindlichen Führer der Sudetendeutschen Partei und unterstrich mit ausgesprochenem Ingrimme, der „Abgeordnete“* Dr. Sebekovsky habe sich angemaßt, ihn während vertraulicher Besprechungen wie einen Schulbuben abzukanzeln. Als ich nach meiner Entlassung nach dem Jahre 1956 Dr. Sebekovsky von dem Ausfall Dr. Beneš' in Lidice gegen ihn erzählte, war er sehr erstaunt. Er erklärte deziidiert, das Gespräch sei so verlaufen, daß für die Behauptung Dr. Beneš nicht die geringsten Voraussetzungen gegeben seien.

Da Dr. Beneš Dr. Sebekovsky irrigerweise als Abgeordneten bezeichnete, ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß er Dr. Sebekovsky mit mir verwechselte und mir meine offenen, ehrlichen und sachlichen Darlegungen sehr übelgenommen hatte.

Inzwischen konnte ich nach meiner Haftentlassung feststellen, daß Dr. Beneš in Umlauf gesetzt hatte, er habe Dr. Sebekovsky und Kundt am 25. August empfangen, die Genannten seien aber trotz größten Entgegenkommens, das praktisch auf die Annahme der Karlsbader Forderungen hinausgelaufen sei, nicht mehr bereit gewesen, ernsthaft zu verhandeln. Er, Dr. Beneš, habe Kundt und Sebekovsky ein Blatt Papier und einen Bleistift vorgelegt und erklärt, es sei alles genehmigt, was sie an Forderungen niederschreiben würden.

Diese Behauptung erklärt Dr. Sebekovsky als glatte Erfindung. Von mir befragt, warum es bei diesem Gespräche zu keinem Ergebnis gekommen sei, erklärte mir Dr. Sebekovsky, Dr. Beneš habe derartig unsubstanziert und sich widersprechend um die Dinge herumgeredet, man könne ruhig sagen, verlogen, so daß auch dieses Gespräch zu keinem praktischen Ergebnisse führen konnte.

Ich möchte in diesem Zusammenhang zum Beweise dessen, wie korrekt wir unsere Vereinbarungen einhielten, bemerken, daß ich, trotzdem ich dem Führungsrate der Sudetendeutschen Partei angehörte, und Henlein über mein Gespräch mit Beneš berichtet hatte, keine Ahnung davon hatte, daß Dr. Beneš Kundt und Sebekovsky eingeladen hatte, wie umgekehrt die beiden von meinen Vorsprachen beim Präsidenten nichts wußten.

* Ein Irrtum Dr. Beneš'! Dr. Sebekovsky, nach dem Oktober 1938 Regierungspräsident in Karlsbad, als Träger mutiger rechtsstaatlicher Verwaltungsauffassungen bewährt und deshalb von nationalsozialistischer Seite bis zum freiwilligen Abgang an die Front sehr bekämpft, war nie Abgeordneter, weil er im Wahljahr 1935 das passive Wahlalter von 30 Jahren noch nicht erreicht hatte.

Noch ein für Dr. Beneš m. E. charakteristisches Detail muß ich unter Bezugnahme auf meine zweite Geheimaudienz im Sommer 1938 anführen. Während Dr. Beneš in einem geradezu ekstatischen Monolog auf mich einredete um nachzuweisen, daß er der gegebene Partner der Deutschen, im besonderen Henleins, sei, ging eine Tür lautlos auf, ein Diener erschien auf leisen Sohlen mit einem Tablett, darauf Tee, Ei im Glas mit geröstetem Weißbrot. Beneš war wie verwandelt, erklärte, er habe strenge Diät, und verzehrte völlig ausgeglichen mit sachlichem Eifer und nur mit sich selbst beschäftigt, sein Frühstück. Als er es beendet hatte, drückte er auf einen Knopf, der Diener erschien, nahm das Tablett, der Präsident straffte sich, und setzte seinen Monolog mit der früheren Heftigkeit fort.

Gerade in diesen Minuten zeigte sich Dr. Beneš so ganz als Mann des reinen Verstandes und Willens, der Gefühle und Ausdruck schaltete, wie es die Situation erforderte.

Ich selbst hatte Henlein am nächsten Tag kurz unter Vermeidung aller allenfalls verstimmenden Einzelheiten berichtet und gewissermaßen die Einladung des Präsidenten überbracht. Henlein war sichtlich überrascht und unsicher, wie immer, wenn er sich in unerwarteten Situationen befand. Er dankte, meinte, die Tatsache, daß der Präsident nun mit ihm selbst sprechen wolle, sei doch ein günstiges Zeichen, vielleicht würden sich Regelungen früher ergeben, als man annehme.

Während der Septemberkrise, ab 12. 9. bis 8. 10. 1938 war ich, wie bereits angeführt, in Prag. Auf dem Höhepunkt der Krise, das war ab 23. 9. nachts, dem Mobilisierungsbeginn, bis zum Abschluß der Münchener Konferenz, war ich „konfiniert“. Das heißt, ich stand während dieser Zeit mit meinen bei mir wohnenden Freunden Dr. Peters, Kundt und Brass in meiner Wohnung unter Polizeiaufsicht.

Als ich unmittelbar nach der Veröffentlichung der Abdankung des Staatspräsidenten auf die Burg ging, um mit dem Chef der Staatssicherheit, Sektionschef Fischer, dem späteren Innenminister, um die Rückgängigmachung verschiedener Polizeimaßnahmen gegen Deutsche aus den Krisentagen zu besprechen, kam mir die bekannte Kavalkade entgegen, vorneweg Polizisten in Lederzeug auf Motorrädern, dann ein Gendarmerieauto und schließlich der Wagen des Ex-Präsidenten. Dr. Beneš saß im rückwärtigen Fonds des Wagens, bleich, in sich zusammengesunken, ein gebrochener Mann.

Genau an derselben Stelle begegnete ich im Sommer 1946 wieder der traditionellen Kavalkade, als ich aus der Untersuchungshaft Prag-Pankraz zur Vernehmung bei einer der Zentralstellen der Staatspolizei ins Innenministerium vorgeführt wurde. Dr. Beneš, nach außen auf dem Höhepunkte seiner Macht und nach Erfüllung seiner kühnsten nationalpolitischen Wünsche, sah noch schlechter aus als im September 1938. Gewiß, das Ministerratspräsidium war bereits vom Führer der Kommunisten Gottwald übernommen worden und mir von früher her bekannte höhere Beamte des Innenministeriums erklärten den Gesundheitszustand des Präsidenten als denkbar schlecht.

1947 machten tschechische Freunde, die wußten, daß ich zur Zeit des Protektorates nicht eine einzige honorierte Verteidigung bei deutschen Sondergerichten angenommen, mich aber in einer Reihe von schwierigen Fällen tschechischer Mitbürger aus Überzeugungsgründen bei prinzipiellem Honorarverzicht bis zum Äußersten exponiert hatte, den Versuch, mich aus der Strafhäft — ich war inzwischen zu 17 Jahren verurteilt und befand mich in der Strafanstalt Bory bei Pilsen — herauszuholen. Zunächst ließ mich ein höherer richterlicher Beamter, dem ich aus meiner früheren Anwaltspraxis und aus der Protektoratszeit ein Begriff war, vorführen und erklärte mir zu meiner Überraschung, er habe mein Urteil gelesen. Es sei ein Unsinn. Die Gründe rechtfertigten keinesfalls den Urteilstenor („der Angeklagte hat auf Versammlungen in der Sudetendeutschen Partei gesprochen und hierdurch den Nazismus unterstützt“). Er würde in der Kabinettskanzlei meine sofortige Begnadigung betreiben. Nach der Duplizität der Fälle kam 2 Tage später der mir befreundete tschechische Rechtsanwalt Dr. Kamil Ressler und teilte mir seinerseits mit, er sei über Wien beauftragt, sich um mich zu kümmern, hätte, wenn er mich in Bory geahnt hätte, schon längst aus kollegialen Gründen interveniert, und werde nun seinerseits die Begnadigung betreiben. Schon nach kurzer Zeit ließ mich der hohe Justizbeamte anlässlich eines Besuches in Bory wieder rufen und erklärte mir, es sei völlig hoffnungslos über meinen Fall in der Kabinettskanzlei zu sprechen, hier lägen ganz andere Gründe vor, vermutlich in der Haltung des Präsidenten selbst. Eine analoge Nachricht ließ mir kurz nachher Dr. Kamil Ressler zukommen. Das einzige, was für mich erreicht werden konnte, war die Versetzung in ein Zwangsarbeitslager. Aber zuvor ließ mich noch der Anstaltsdirektor, ein ehemaliger, mir persönlich bekannter tschechischer Richter, kommen und erklärte mir, es sei ihm leider nicht möglich, mich auf eines der guten landwirtschaftlichen Kommandos zu geben, weil dort gewisse Fluchtmöglichkeiten bestünden. Meine allfällige Flucht würde katastrophale Folgen haben. So landete ich in dem schwerbewachten Stahlwerk Hradek, von wo aus mich nach weiteren 2 Jahren der Weg 6½ Jahre lang durch die Joachimsthaler Urangruben führte, bis nach nahezu 11 Jahren meine Entlassung als einer der Letzten erfolgte.

Thomas G. Masaryk

Die Persönlichkeit, die mich aus dem tschechischen Lager schon während meiner Jugendjahre stark interessierte, und auch unseren Vätern Respekt abnötigte, war der tschechische Professor T. G. Masaryk. Wie er im Hilsner-Ritualmordprozeß die Behauptung eines Ritualmordes in das Gebiet der Märchen verwies und sich gegen den gerade in tschechisch-bäuerlichen Kreisen Mährens handfesten Antisemitismus wandte, wurde ihm ebenso als Zeichen des Mutes gutgeschrieben, wie sein Auftreten im Agramer Hochverratsprozeß. In meiner südmährischen Heimat wußte man von Masaryk überdies, daß er in den Häusern der beherrschenden Zuckerindustriellen

Redlich als Stipendiat und Hauslehrer den Weg zum akademischen Lehrer gemacht hatte. Das ist auch der Hintergrund, von dem aus Masaryk bis spät in die Tschechoslowakische Republik hinein enge Beziehungen mit dem Historiker Redlich verbanden. Der gebildete Deutsche wußte in meinen jungen Jahren vor allem, daß Masaryk mit Erfolg die Echtheit der Königinhofer Handschrift, eines Instrumentes des erwachenden tschechischen Nationalismus bezweifelt hatte, daß er sich auf Havlíček berief, den Sinn der tschechischen Geschichte in der Erfüllung eines vom Reformator Hus abgeleiteten Humanitätsideals sah, den exzessiven tschechischen Nationalismus bekämpfte, aber abhold jeder romantischen Phraseologie auf dem Boden der Gegebenheiten als „Realist“ die Interessen seines Volkes sehr ernsthaft zu vertreten gewillt und fähig wäre.

Daß ausgerechnet Prof. Masaryk bei Kriegsbeginn ins Ausland ging, war die erste große Überraschung, daß er die Anerkennung einer Auslandsregierung durchsetzte und die Schaffung von Legionen, was um 1918 durchsickerte, die nächste. Aber mit dem Blick auf Wilson und seine Verheißung des Selbstbestimmungsrechtes und in Erinnerung an das humanitäre Obligo dieses Professors Masaryk war man eigentlich gar nicht so unglücklich, daß er an der Wiege eines neuen Staates stand, der sich ab 28. Oktober von Prag aus bildete. Vielmehr fürchtete man Kramář, seit dem Hochverratsprozeß 1916 als der böse Mann verschrien. Meine südmährische Heimat hielt sich bis 18. Dez. 1918 unter österreichischer Verwaltung und noch im Febr. 1919 waren wir felsenfest überzeugt, daß die Besetzung durch die tschechischen Legionäre in Kürze durch eine Volksabstimmung ihr Korrektiv erfahren würde. Deshalb schlugen die Worte Masaryks wie ein Blitz ein, als er nach seiner Rückkehr nach Prag im Dezember 1918 die Deutschen als Immigranten, Einwanderer und Kolonisten bezeichnete und in seiner ersten Botschaft kategorisch erklärte: „Was die Deutschen in unseren Ländern anbelangt, ist unser Programm schon längst bekannt. Das von den Deutschen bewohnte Gebiet ist unser Gebiet und bleibt unser.“ Das verstand niemand. Unsere deutschen Landsleute hielten derartige Äußerungen einfach für unmoralisch und konnten sich nicht vorstellen, daß der moralische Professor von einst sich völlig den Auffassungen seiner Umgebung verschrieben hätte und zum Träger eines tschechischen Nationalismus geworden wäre, der unvereinbar mit dem blieb, was er einst gelehrt und vertreten hatte.

Als ich in meiner Eigenschaft als Mitglied der Vereinigung der Auslands-korrespondenten in Prag im Winter 1925 auf 1926 eine Einladung zum Empfang des Staatspräsidenten erhielt, war ich begierig, den Mann von Angesicht zu sehen, der mich schon durch Jahre hindurch so stark interessiert hatte.

Es war einer der großen repräsentativen Empfänge, wie sie nur im Rahmen der Prager Burg möglich sind. Diplomaten, Offiziere, hohe Bürokratie, Industrielle mit ihren Damen, strömten in hellen Scharen von allen Seiten herbei, boxten sich mehr oder minder kämpferisch durch die viel zu engen

Garderobenräume, um schließlich in einem einzigen Strome in den spanischen Saal sich zu bewegen. Dort stand Masaryk leicht erhöht auf einem Podium in einem Cutaway, den typischen altösterreichischen Kneifer auf der Nase, mit seinem noch typischeren Barte, eher ein Monument, flankiert vom Chef der Militärkanzlei, einem General und dem Kanzler Šamal, sowie weiteren Mitarbeitern der Kabinettskanzlei.

Die Besucher zogen an ihm mit tiefen Verbeugungen vorbei, gelegentlich nickte er, in ganz wenigen Fällen das Gesicht zu einem Lächeln verziehend und an den einen oder anderen Passanten einige Worte richtend.

Dann gings in den deutschen Saal, wo ein großes, opulent ausgestattetes Büfett errichtet war, wie es in dieser Art, Umfang und Reichhaltigkeit nur noch anlässlich der Olympiade den Gästen Hermann Görings geboten wurde.

Als ich über diese Art Empfang einem tschechischen Parlamentarier gegenüber eine Bemerkung machte, meinte er, bei der englischen Königin ginge es auch so zu, Masaryk halte eben Hof.

Ich selbst habe das Bild in der Kette zahlloser Erlebnisse durch viele Jahre nicht vergessen. Das war der Mann, der über die ratio und die politische Praxis des Revolutionärs zur Macht gefunden hatte, sie offenkundig bejahte und auf die peinliche Respektierung aller ihrer Attribute bedacht war.

Wenn man Masaryk so erlebt hat, dann verstand man auch sein Wort: „Das von den Deutschen bewohnte Gebiet ist unser Gebiet und bleibt unser.“

Kramář hat in persönlichen Gesprächen sehr hart über Masaryk geurteilt, worüber aber im Zusammenhange mit Kramář gesprochen werden soll.

Im übrigen haben mir sehr prominente Tschechen, die keinesfalls aus Feindseligkeit oder Bösartigkeit sprachen, gesagt, eine der Stärken Masaryks sei seine methodische Sammlung von Material betreffend Personen, mit denen er es zu tun bekommen konnte, gewesen, wobei Material dieser Art oft einen sehr persönlichen bis intimen Charakter hatte.

Daß er auch Dr. Hodža nach mehrfacher Ministerschaft, bis dahin Unterrichtsminister, für Jahre in die politische Verbannung schickte, wurde von sehr glaubwürdigen Leuten als ausgemachte Tatsache behauptet.

Gelegentlich begegnete ich Masaryk als einsamen Reiter im Baumgarten oder der näheren Umgebung Prags auf seinem Schimmel in der ihm eigenen Phantasieuniform, bestehend aus Reithose, Joppe und einer Kappe nach russischer Art, jedoch ohne Distinktion. Zum letzten Mal sah ich den Präsidenten Masaryk, selbst bereits Mitglied des Abgeordnetenhauses, auf der Totenbahre.

Ministerpräsident Dr. Hodža hatte mich unmittelbar nach dem Vorliegen der Todesnachricht zu sich gebeten und mir zu meiner Verblüffung erklärt, er erwarte eine Abordnung der Sudetendeutschen Partei. Als ich meinte, wie das für ihn überhaupt fraglich sein könnte, es sei doch selbstverständlich, meinte Dr. Hodža, er müsse sich da schon konkreter ausdrücken. An der Bahre Masaryks hätten die Sudetendeutschen vor aller Welt ihre Loyalität zum Staate zu bekunden, er erwarte zur Unterstützung seiner Politik einen

Block von mindestens 1000 Ordnern mit einigen 100 Parteifahnen. Als ich fragte, ob etwa in Stiefeln und weißen Hemden, bejahte Hodža auch dies. Als ich zweifelnd bemerkte, ob das in Prag denn möglich sei, erklärte er dezidiert, die Tschechen würden sich noch an vieles gewöhnen müssen.

Der Vorsitzende der Sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein, erklärte auf meine telefonische Rückfrage sofort die Zustimmung zum Vorschlag des Ministerpräsidenten.

Als ich wenige Stunden später zum Innenminister Dr. Josef Černý, verantwortlich für das Protokoll des Begräbnisses, kam, trat er mir niedergeschlagen entgegen und bemerkte, Dr. Beneš dulde die vom Ministerpräsidenten gewünschte Delegation nicht, vielmehr habe er durch das Kriegsministerium einige 1000 Reserveoffiziere einberufen lassen. Den nächsten Tag standen wir Abgeordneten neben der Lafette mit dem Sarge, an uns vorbei aber zogen die Karrees der Reserveoffiziere, nach Pressebehauptungen rund 6000.

Ob das am Platze war? Immerhin hatte Masaryk in den letzten Jahren seiner Regierung die bösen Worte, die er anlässlich seiner Heimkehr in die neu gegründete Tschechoslowakische Republik über die Deutschen gesprochen hatte, gutzumachen versucht.

Am 28. Oktober 1928, dem Staatsgründungstage hatte der Staatspräsident die sudetendeutsche Frage von der grundsätzlichen Seite aufgerollt. „Vor allem fällt ins Gewicht“ hatte er zu den Präsidenten des Abgeordnetenhauses und des Senates, die zur Gratulationskur bei ihm erschienen waren, gesagt, „daß unser Staat ein national- und sprachlich gemischter Staat ist. Bei uns handelt es sich in erster Linie um unser Verhältnis zu unseren deutschen Staatsbürgern. Es gibt ganze Staaten, die nicht mehr Einwohner haben als wir Deutsche und unsere deutschen Mitbürger stehen auf einer hohen Kultur- und Wirtschaftsstufe. Das deutsche Problem ist eines der wichtigsten im Staate.“

Die angesprochenen Präsidenten beider Kammern wußten in diesem Augenblicke sehr wohl, daß im Verlaufe von 10 Jahren weder im Senat noch im Abgeordnetenhaus ein einziger deutscher Antrag positiv erledigt worden war. Dabei verhielten sich die deutschen Abgeordneten und Senatoren, 70 von 300 und ca. 35 von 150, keineswegs obstruktiv, sondern waren sogar recht fleißig.

Auch in den weiteren 10 Jahren des Bestandes der 1. Republik, bis zu ihrem Ende, wurde nicht ein deutscher Antrag in den beiden Kammern angenommen, Aber es war ja auch zu keiner Lösung des deutschen Problems gekommen, weil sie von maßgebendster tschechischer Seite auch nicht einmal ernsthaft versucht worden ist. Das bleibt die bittere Erkenntnis des Überlebenden jener Zeit, der den Mut hatte, an die Einsicht des politischen Gegners zu glauben.

Aber Masaryk war in den letzten Jahren sichtlich nur noch eine Figur. Beneš hat ihn noch bei Lebzeiten in der Macht beerbt und sie aus der mono-

polen Position des praktisch unkontrollierten Außenministers, gestützt von der Armee, sie anzuwenden und zu mehrten gewußt.

Wenige Monate nach dem Empfang im Winter 1925 beim Präsidenten Masaryk war ich als Teilnehmer eines Kongresses zu einem Empfang beim österreichischen Bundespräsidenten Minister Hainisch geladen. Die Zahl der Teilnehmer war wesentlich geringer; sie standen zwanglos in 2 Reihen einander gegenüber in dem langgestreckten Saal der Metternich'schen Staatskanzlei auf dem Ballhausplatz.

Justizminister Dr. Dinghofer hatte mich ins Gespräch gezogen, als sich die Tür öffnete. Der Bundespräsident Dr. Michael Hainisch, populär als Besitzer der berühmten Kuh „Bella“, die die beste Milchleistung in Österreich aufwies, Eigentümer eines Mustergutes, der Sohn einer großen Frauenrechtlerin und selbst ein anerkannter Sozialpolitiker, trat freundlich lächelnd ein. Völlig zwanglos ging er die beiden Reihen entlang, ließ sich die einzelnen Gäste vorstellen, einen um den anderen ins Gespräch ziehend und als der letzte daran gekommen war, während die übrigen weiterplauderten, ging es in einen der Säle des Ballhausplatzes, wo es ein Gläschen Wein, ein Salzstangerl und Brötchen gab.

Damals ist mir der Unterschied zwischen Prag und Wien besonders zum Bewußtsein gekommen. Aber die Welt ist heute noch immer überzeugt, daß der Sitz der Musterdemokratie doch in Prag gewesen sei.

Dr. Karel Kramář

In der Erinnerung der Sudetendeutschen und Altösterreicher, die gegen Ende des 1. Weltkrieges mit bangem Herzen einer unberechenbaren Zukunft entgegen blickten, lebt Dr. Karel Kramář als „Der Anstifter des Weltkrieges“. In zahllosen Exemplaren war das Buch Wichtls, das den Charakterkopf Kramářs auf dem Hintergrunde einer Kartenskizze, die Europa geordnet im Sinne panslawistischer Wunschträume und der damit herbeigeführten Verbindung mit Rußland zeigt, von Hand zu Hand gegangen. Daß er ein Deutschenhasser war, war eine ausgemachte Sache. Für diejenigen von uns, die sich in Wiener und Prager Hochschuljahren mit der Persönlichkeit dieses großen Tschechen befaßten, gab es manches, was irgendwie nicht leicht zu verstehen war und Kramář als Opportunisten erscheinen ließ, der zu verschiedenen Zeiten seines Lebens jeweils anders konnte. Der Student, der Folgerungen dieser Art zuneigte, wußte allerdings nicht um die Vielschichtigkeit österreichischer Politik, um manche Einzelheiten und den Zwang der Gegebenheiten auf Menschen, die echte politische, d. i. letztlich gesellschaftsgestaltende Tätigkeit im Sinne haben und nicht beschränkt genug sind, einsame Deklamationen in monotoner Wiederholung, abgegeben ohne Rücksicht auf wechselnde geschichtliche Gegebenheiten, für Politik und Ausfluß persönlicher Charakterstärke zu halten.

Der aufregende Hochverratsprozeß gegen Karel Kramář und Dr. Rašín d. Ä., der mit einem Riesenaufwand von Material und Argumenten, sowohl seitens der Anklage wie des Verteidigers Kramářs, des Präsidenten der Prager Anwaltskammer Dr. Körner, einem der Elitejuristen altösterreichischer Anwaltschaft, geführt worden war, hatte in mir den Eindruck hinterlassen, daß Kramář sich menschlich ausgezeichnet gehalten hatte.

Als ihn der junge Kaiser 1917 begnadigte, war ich gar nicht so böse auf ihn, wie etwa mein sonst so gütiger Vater.

Als ich anfangs der 20er Jahre Kramář bei meinem schon erwähnten ersten Besuch des Prager Abgeordnetenhauses an der Seite Professor Kafkas in den Couloirs flüchtig begegnete und Zeuge eines nur kurzen, aber ungemein korrekten Gesprächs wurde, hatte ich den bleibenden Eindruck, es mit einem Grandseigneur zu tun zu haben. Die große mächtige Gestalt, der markante Kopf, die Selbstsicherheit und dazu die verbindliche Form nahmen für den Mann im Augenblicke ein.

Bei den Wahlen 1925 erlebte ich ihn bei einer Massenversammlung in Prag. Das tschechische Bürgertum, das in der Nationaldemokratie seine Vertretung gefunden hatte, die Schlüsselposition der Wirtschaft beherrschte, war in der politischen Arena im Rückzug. Mob, das Element der Tschechischen Sozialisten, anfällig zu exzessivsten emotionalen Bekundungen wie vielleicht nirgends in der Welt, war gegen Kramář angesetzt worden. Ich habe später kochende Massenversammlungen von 40 000 und 60 000 Menschen, in denen die zahllosen Teilnehmer ohne Unterschied auf berufliche Stellung, soziale Herkunft und Bildungsgang, gewissermaßen zu einem einzigen Sein verschmelzen und das Wort des Redners im Guten und im Bösen den unwahrscheinlichsten Gleichklang seelischer Schwingungen auszulösen vermag, selbst erlebt, aber niemals das an zügelloser, geifender, hemmungsloser Leidenschaft, wie in jener Versammlung mit Kramář als Redner. Er stand wie ein Rocher de bronze auf seiner Tribüne, eine kultivierte Persönlichkeit von echter Männlichkeit, sich seiner Sache bewußt, stets über den Dingen und Herr der Situation. Vielleicht zu sehr, um auf diese Masse noch wirken zu können, der tragische Staatsmann, dem — Paradoxie der Geschichte — mit der Monarchie auch die Grundlage eines eigenen politisch gestaltenden Seins verloren gegangen war.

Immerhin war der damals Sechsendreißjährige Vizepräsident des Abgeordnetenhauses im österreichischen Reichsrat und Vizepräsident des Bankrates der Österr.-ungarischen Nationalbank geworden. Und das war etwas im mächtigen Kaiserstaate.

Mein späterer Freund Gustav Peters erzählte mir gleich 1925, als ich zu ihm in erste nähere Beziehung getreten war, eine Episode, die mich irgendwie hellhörig machte und zur Erkenntnis führte, daß es notwendig sei, sich mit den Männern von der tschechischen Seite sehr gründlich zu befassen und die mitgebrachten Vorstellungen einer sehr eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Die K. u. k. Regierung hatte bei Kramář angefragt, in welcher Weise ihm ein Wunsch erfüllt werden könne. Nach einer Version war der Anlaß die Ablehnung einer Auszeichnung, nach einer anderen das Fallenlassen des Gedankens der Krönung des Kaisers als König von Böhmen. Kramář erbat eine Zuwendung zur Förderung von Künstlern durch Ankäufe für die Moderne Galerie. In einer Sitzung des Kuratoriums überbrachte Kramář den Scheck, der ihm als Geschenk des Kaisers überreicht worden war, und bat, den Betrag verhältnismäßig auf die tschechische und die deutsche Sektion aufzuteilen. Die Moderne Galerie war nämlich „utraquistisch“. Die ehrenamtlichen Sekretäre der beiden Sektionen waren bis etwa 1910 eine Zeitlang nebeneinander, der damalige Hofrat der böhmischen Landesbehörde Dr. Hácha, späterer Präsident des Obersten Verwaltungsgerichtes und Staatspräsident und Dr. Gustav Peters. Die persönlichen Beziehungen dieser beiden Männer aus jener Zeit sollten rund 30 Jahre später nochmals bei den Versuchen der Bereinigung des deutsch-tschechischen Verhältnisses fruchtbar werden.

Kramář war die kaiserliche Spende ohne jede Bedingung gegeben worden. Die anteilmäßige Weitergabe an die deutsche Sektion war die Handlung eines Nationalisten von hoher Kultur und vornehmer Gesinnung, die im übrigen auch eine gehörige Dosis Mut zu jener Zeit voraussetzte.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen: Kramář war ein leidenschaftlicher tschechischer Patriot, der sein Volkstum aus tiefstem Herzen bejahte. Er strebte seine ungebrochene Entwicklung an und hielt es für recht und erforderlich, seinem tschechischen Volke einen angemessenen Platz im Kreise der europäischen Völker zu sichern und glaubte als Kind seiner Zeit daran, daß hiezu die Existenz eines tschechischen Staates unabdingbare Voraussetzung sei.

Aus diesem Grunde hat er auch am „Böhmischen Staatsrecht“ bedingungslos festgehalten und seine Verwirklichung innerhalb der Monarchie nur als Recht seiner Nation betrachtet.

Wenn man die seit 1861 sich immer wieder wandelnde Haltung Franz Josefs I. und der Regierungen kennt, kann man verstehen, daß Kramář zu verschiedenen Zeiten verschiedene Wege zu gehen versuchte. Wie weit die Tatsache, daß seine Frau, die eine sehr vermögende russische Adelige war und die er abgöttisch verehrt haben muß, wie ich noch aus seinen letzten Gesprächen mit mir entnehmen mußte, panslawistische Gedankengänge wirklich förderte, bedürfte noch der wissenschaftlichen Überprüfung. Ein primitiver Panslawismus, der die böhmischen Länder einfach dem Zaren und dem Großrussentum auslieferte, war nicht nach seinem Geschmack.

Andererseits: Was sollte ein Kramář auf das Wort Bethmann-Hollwegs, das er „vom Kampf der Germanen gegen die Slawen“ als verhängnisvolle Sinndeutung des soeben ausgebrochenen 1. Weltkrieges gesprochen hatte, sagen?

Im Herbst 1935 erschien der schon schwerleidende Kramář im Abgeordnetenhaus. In den 10 Jahren, in denen ich ihn nicht mehr von Angesicht zu Angesicht gesehen hatte, war er ein gebrechlicher Mann geworden, als körperliches Wrack eines Menschen noch immer außerordentlich und letztlich Ehrfurcht gebietend. Er kam durch die Tür des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von oben über die Präsidentenestrade, schwer auf 2 Stöcke gestützt und von Parlamentsdienern behutsam geleitet. Mühsam hielt er sich auf die Rednertribüne gestützt und ersuchte, ganz Kavalier, Träger einst so hoher parlamentarischer Kultur im alten Österreich, den Präsidenten und ein Hohes Haus, sitzend sprechen zu dürfen. Die tschechische Linke verließ bis auf wenige Beobachter mit dem Zeichen demonstrativer Mißachtung den Plenarsaal. Kramář aber, der von Beneš nicht nur charakterlich nichts hielt, sondern ihm auch echte Einsicht in die bewegenden Kräfte der Weltpolitik bestritt, rechnete in schonungsloser Weise mit dem Manne ab, der soeben aus Moskau mit einem Nichtangriffspakt, triumphgeschwellt, zurückgekehrt und Gegenstand außerordentlicher Ovationen aller antideutschen Kreise, die nun in erhöhtem Maße vom sowjetischen Moskau alles Heil zu erwarten begannen, geworden war. Scharf wandte sich Kramář gegen die Vermengung von Innen- und Außenpolitik, spielte auf die riesigen Straßendemonstrationen für Matteotti, die den Tschechen die italienische Freundschaft gekostet hätten, an.* Klar stellte er es als Aufgabe der Außenpolitik eines jeden Staates heraus, die Strukturwandlungen der tragenden Kräfte in der Weltpolitik zu erkennen. Beneš selbst bescheinigte er gewissermaßen, er habe sich in Moskau dүpieren lassen.

Seinen eigenen Parteifreunden war bei dieser Rede sichtlich gar nicht sehr wohl. Sie sparten mit Beifall und guckten ängstlich nach den übrigen Parteien. Die Beobachter der tschechischen Linken, vorneweg die Kommunisten, geiferten, die Agrarier gaben sich gewissermaßen unzuständig, wie stets in außenpolitischen Fragen.

Mich ergriff dieses unvergeßliche parlamentarische Schauspiel derart, daß ich unwillkürlich in eine der guten Blumenhandlungen in der Straße des 28. Oktober ging, einen großen Strauß Rosen kaufte, meine Karte mit einigen Zeilen des Respekts und der Hochachtung beifügte und in das schloßartige Haus Kramářs auf das Belvedere, für das man ihm in seinen großen Tagen von der Stadt Prag aus den Grund geschenkt hatte, bringen ließ.

Schon nach wenigen Tagen dankte Kramář in einem handschriftlichen Bilet in deutscher Sprache und teilte mir mit, er würde sich freuen, mich einmal bei sich zu sehen. Als ich meinen Besuch machte, war ich mir darüber im

* Eine Freimaurerloge, in der Nationaldemokraten, u. a. Rašin d. Ä., der später als Finanzminister von einem Kommunisten ermordet wurde, eine große Rolle spielten, war unter italienischem Einflusse etwa im 2. Jahrzehnt unseres Jahrhunderts in Prag gegründet worden. Diese Beziehungen wurden noch zur Zeit des Faschismus gepflegt und bestimmte tschechische Kreise waren überzeugt, dadurch eine starke Brücke in das Italien Mussolinis zu besitzen.

klaren, daß ich zu dem Manne ging, der im Jahre 1920 bei der Rechtfertigung des Sprachengesetzes im Abgeordnetenhaus erklärt hatte, der „Sprachenfriede“ (sprich bedingungslose Vorherrschaft der tschechischen Sprache als Staatssprache im fiktiven tschechischen Nationalstaate) könne nur gemacht und gesichert werden, indem man den Deutschen die Unabänderlichkeit der Verhältnisse zum Bewußtsein bringe. In einer Tschechoslowakei würden die Deutschen niemals mehr die qualifizierte Mehrheit für eine spätere Änderung des Gesetzes haben. Eine böse Äußerung, aber nicht uninteressant, weil sie zeigt, wie sehr Kramář stets auf dem Boden parlamentarischer und verfassungstechnischer Vorstellungen stand. Auch erinnerte ich mich auf diesem Wege, daß Kramář etwa zur gleichen Zeit zur Bodenreform sich bekannt und dafür plädiert hatte, daß auf dem deutschen Großgrundbesitze tschechische Dörfer mit tschechischen Legionären errichtet werden sollten. Kein Zweifel, auch dieser Kramář war dem Rausch der Macht — man kann ruhig sagen, wie alle tschechischen Politiker unmittelbar nach 1918, und viele Sudetendeutsche nach 1938, verfallen und hatte den Respekt vor dem Recht verleugnet.

Diese letzte Parlamentsrede Kramářs im Jahre 1955 war zweifellos der Schwanengesang des alt gewordenen Staatsmannes. Aber sie zeigte echten politischen Realismus und war sehr mutig. Sie beinhaltete nicht mehr und nicht weniger als die Absage an die Beneš'sche Konzeption, die im Grunde noch immer von einer tschechischen Hegemoniepolitik in Südosteuropa im Zusammenspiel mit französischer Hegemoniepolitik in Europa als „Gendarm Deutschlands“, von sowjetrussischer Seite abgesichert, träumte.

Die Rede Kramář war für jeden, der das Gefährliche der schwierigen und verkrampften Verhältnisse erkannt hatte und noch an letzte Möglichkeiten einer vernünftig gestalteten Zukunft glaubte, ein sehr beachtliches Ereignis.

Nachdem mich ein Diener durch die seit dem Tode Frau Kramářs völlig verödeten riesigen Räume, durch Halle, Festraum usw., ohne daß ich irgendwo einen Menschen zu sehen bekommen hätte, in das Arbeitszimmer Kramářs geführt hatte, mit dem Blick auf das zu Füßen liegende Prag, kam mir der greise Politiker in einem langen Schlafrock, den Kopf bandagiert, entgegen. Er entschuldigte sich, mich in einem solchen Aufzug empfangen zu müssen. An der Wand hing das Original jenes bekannten Bildes, das Kramář in der Blüte seiner Jahre im sogenannten Kaiserrock zeigt, ein herzbeklemmender Kontrast. Nach einigen Fragen persönlicher Art, kam er sofort auf das deutsch-tschechische Verhältnis zu sprechen; es war kein Zweifel, die Sünde wider den Geist des Rechts, die auch er begangen hatte, als er sich zur Bodenreform bekannte, und für die Errichtung tschechischer Legionärkolonien im deutschen Siedlungsgebiet eingetreten war, lag weit hinter ihm. Wenn ich aus meinen unterschiedlichen Gesprächen und Besuchen das für mich Wesentlichste sagen soll, dann war es das: Bei einer Analyse altösterreichischer Verhältnisse kamen wir auf den Sprachenstreit im alten Österreich und den Versuch badenischer Sprachenregelung zu sprechen.

Nicht ohne Wehmut in der Stimme begann Kramář zu erzählen, wie er zu dem von ihm verehrten Adolf Wagner, den großen Katheder-Sozialisten, zu dem er sich als Schüler vorbehaltlos bekannte, dadurch in Gegensatz gekommen war, daß Wagner in den Badeni-Tagen die Solidaritätsadresse der reichsdeutschen Hochschullehrer an führender Stelle mitfertigte. Das war für Kramář Veranlassung, seinem verehrten Lehrer in einem Offenen Briefe entgegenzutreten. Der Offene Brief selbst, den mir Kramář als wohlbehüteten Schatz zeigte, war stilistisch und inhaltlich ein Glanzstück. Es war nicht nur die Enuntiation eines hochgebildeten, von seinem Recht überzeugten Mannes, sondern zugleich ein Beweis außerordentlicher Beherrschung der deutschen Sprache, wie sie so vielen Tschechen von Rang der älteren Generation — ich denke an die Verwaltungsgerichtshofpräsidenten Dr. Hácha und Dr. Diwald — zu eigen war. Trotzdem hatte Kramář es für angebracht gehalten, sich in unserem ersten Gespräch zu entschuldigen, weil er mangels Übung die deutsche Sprache nicht mehr beherrsche wie einst. Ich konnte nur beschämt erwidern, daß ich glücklich wäre, die tschechische Sprache einmal so zu beherrschen, wie er die deutsche.

Um aber fortzufahren — Kramář hatte bei Übergabe des Offenen Briefes an die Presse dem verehrten Lehrer Prof. Wagner geschrieben, es würde ihn sehr traurig machen, wenn dieser politische Zwischenfall ihre persönlichen Beziehungen trüben würde. Und der alte kranke Kramář erzählte weiter, er sei überaus glücklich gewesen, als Wagner ihm zurückgeschrieben habe, daß er volles Verständnis für Kramářs Situation besäße und ihre persönlichen Beziehungen auf alle Fälle die alten blieben.

In diesen Minuten wurde mir eines ganz klar: es gab eine Schicht von Tschechen — auch Kramář war ein typischer Repräsentant — und manche Herren, und auch Damen, in deren Boudoirs die deutsche klassische Literatur neben der der Franzosen und Engländer den dominierenden Ehrenplatz hatte —, die eben ein ungetrübtes Verhältnis zur deutschen Kultur hatte. Sie empfand sie nicht als Bedrohung. Sorgfältige Erziehung und organisches Hineinwachsen in klare gesellschaftliche Positionen, ließ bei diesen Menschen irgendwelche Minderwertigkeitskomplexe erst gar nicht aufkommen. Diese Haltung distanzierte sie von den Erscheinungen eines kleinbürgerlichen Chauvinismus.

Grundlegend anders die jüngere Generation, als deren sprechendsten Repräsentanten ich Beneš empfunden hatte, die nicht mehr über die erziehungsmäßigen Voraussetzungen verfügte, um unbefangen den Weg zur deutschen Kultur zu finden, die bei stärkstem sozialem Strukturwandel und ohne den Hintergrund eines materiellen und aus der Tradition gefestigten selbstsicheren Mittelstandes in die Diskrepanz von Anspruch und Befriedigungsmöglichkeit geraten war und letzten Endes die Erfüllungsmöglichkeit in der Eroberung des sudetendeutschen Gebietes sah.

Wenn in der Staatsbeamtenschaft für Deutsche kein Platz mehr sein durfte, sodaß im Lande Böhmen 1934 unter 274 pragmatisierten juristischen Kon-

zeptsbeamten nach Angabe des Landesvizepräsidenten noch 2 Deutsche waren, wenn im deutschen Gebiet vom Postmeister bis Briefträger und Bahnhofsvorsteher bis zum Schrankenwärter grundsätzlich der Angestellte tschechischer Volkszugehörigkeit das Ziel staatlicher Personalpolitik war, kleine Parteisekretäre oder Funktionäre kleinster Herkunft nur als Frucht politischer Beziehung und behaupteter politischer Meriten Restgüter im deutschen Gebiet im Ausmaße von 100 ha mit der größten Selbstverständlichkeit in Anspruch nahmen und erhielten (aus allen Parteien, auch denen der Sozialdemokraten und tschechische Sozialisten), dann waren das im Grunde genommen alles gleichgeartete Vorgänge. Stets ging es darum, aus einem vorgeschobenen nationalen Interesse unter dem Schutze der anonymen kollektiven Deckung persönlich zu Besitz oder Stellung zu gelangen, wie sie im Wege eines normalen Revirements innerhalb des tschechischen Volksbodens (als ursprünglichen Siedlungsgebietes) und Volkes nicht möglich gewesen wären.

Über Fragen dieser Art konnte ich sehr sachlich mit Kramář sprechen.

Kramář war eben die unbefangene selbstsichere Persönlichkeit, die es gewagt hatte, das Haus auf dem von der Stadtgemeinde Prag geschenkten Grundstücke, den repräsentativen Mittelpunkt des Jungtschechentums und das bürgerliche Gegenstück zum feudalen Hradschin, ausgerechnet von einem Wiener Architekten eindeutig deutscher Nationalität erbauen zu lassen, weil seiner Meinung nach der Mann eben der geeignetste war. Und nachdem er seine große Analyse der Gesellschaft des zaristischen Rußlands geschrieben hatte, ließ er das Buch in deutscher Sprache bei einem Leipziger Verlage erscheinen.

Ergreifend war es, wenn Kramář von dem alten Kaiser, unter dessen Regime er zum Tode verurteilt worden war, in größter Hochachtung sprach. Der selbstbewußte Bürger anerkannte und respektierte die Institution. Als sie nicht mehr war, hatte er für sie an obligater übler Nachrede trotz berechtigter sachlicher Einwendungen nichts übrig. Seine persönliche Korrespondenz mit Kaiser Franz Josef war einer der persönlichen Schätze, mit denen er sich am Ende seines Lebens befaßte und die er mir bei diesem Anlasse zeigte. Absolut vorbehaltlos war die Anerkennung Franz Josefs als des ersten Kavaliers im einst mächtigen Donaustaate durch den Grandseigneur.

Im Zusammenhange mit Dr. Beneš habe ich bereits bemerkt, daß, nachdem alle Fühlungen zu Gunsten einer Präsidentschaftskandidatur von Beneš selbst als politisch sinnlos erwiesen worden waren, für uns die Unterstützung einer Kandidatur Kramářs frei wurde. In diesem Zusammenhange muß ich die vielfältigen und schwierigen Verhandlungen mit den tschechischen Agrariern und der Liga unter Stříbrný und der Slowaken übergehen.

Charakteristisch waren die Verhandlungen mit Kramář. Als ich nach Rücksprache mit den tschechischen Agrariern Stoupal und Beran Kramář die Bereitschaft der Sudetendeutschen Partei, seine Kandidatur zu unterstützen, notifizierte, bedurfte es nicht mehr vieler Worte. Kramář war sichtlich über-

zeugt davon, daß meine Auffassungen zum Nationalitätenproblem und über die Möglichkeiten einer ehrenhaften Gestaltung des deutsch-tschechischen Verhältnisses als stellvertretend für die Auffassungen meiner politischen Freunde in der Führung der SdP angesehen werden konnten. Und das war in jenem Zeitpunkte richtig. Wenn junge, z. T. unausgereifte und charakterlich noch gar nicht gefestigte Männer nach 3 Jahren voller Enttäuschungen und desillusionierender Praxis des Beneschianismus resignierten, nach der plötzlichen Wende in den Sommermonaten 1938 und auf der Grundlage des Münchner Abkommens Hitler als die Gegebenheit auf lange Zeit, und nach den dreimal sieben mageren Jahren der tschechoslowakischen Zeit, in der man Volljuristen für 25 DM pro Monat und Hilfsarbeiter für 10 Pfennige die Stunde bekommen konnte, ihre persönliche Chance sahen, Posten und „Ehrendienststränge“ das Ziel aller Wünsche geworden waren, haben wir es mit dem Einbruch des menschlich Allzumenschlichen in einer kritischen Phase sudetendeutscher Geschichte zu tun. Das aber ist immer wieder zu erklären aus 20 Jahren tschechoslowakischer Nationalstaatspraxis. Das hat eben Lord Runciman erfaßt und in seinem Schlußbericht festgehalten. Mit ideologischen Bekenntnissen zum Nationalsozialismus haben derartige Vorgänge nichts zu tun.

Ob aber Fälle von Machtrausch, wie wir sie 1918—1920 bei punzierten Philosophen, wie Masaryk, dem Sozialdemokraten Tomašek, den nie erreichten Routinier des „To je většina“ („Das ist die Mehrheit“) im Präsidium des Abgeordnetenhauses, erlebten, auch im Sudetenlande nach 1938 vorkamen, wäre noch einer wissenschaftlichen Untersuchung wert.

Kramář faßte nüchtern zusammen: das tschechische Volk habe sich seinen Anspruch auf eine gesicherte nationale Entwicklung durch seine geschichtliche Leistung in der Zeit seiner Erneuerung als Volk erworben. Dazu bedürfe es eines eigenen Staates. „Ein selbständiger Tschechoslowakischer Staat ohne die westböhmisches Kohle ist Utopie. Es ist Euer Pech, daß Ihr Deutschen auf der westböhmisches Kohle sitzt.“

Dieser Satz mit seiner rein teleologischen Feststellung ist mir durch alle Jahre im Gedächtnisse haften geblieben, als ob ihn gestern jemand gesagt hätte. Und ebenso der Satz: „Wer die Hand gegen diesen Staat erhebt, muß diese Hand verlieren.“

Das war der Kramář, der bei uns Deutschen in die Schule gegangen ist. Schließlich hat ein Bismarck gesagt: „Mit dem Hochverräter an den Galgen und nur an den Galgen, aber in Glacéhandschuhen und im Zylinder.“

Dieses Prinzip hatte schließlich Kramář am eigenen Leibe erfahren, und, weil es nach seiner eigenen Feststellung in allen Phasen — K. u. k. Militärjustiz, im ersten Weltkriege (!) — korrektest praktiziert worden ist, sichtlich auch persönlich nicht übelgenommen.

Ich faßte meinerseits als die kardinale deutsche Forderung zusammen „rechtsstaatliche Sicherungen gegen den Mißbrauch der Staatsmacht zum Zwecke der gewaltsamen Entnationalisierung“. Kramář anerkannte diese

Forderung als prinzipiell berechtigt und unterstrich, daß bei dem Stande der Entwicklung jeder, der dagegen verstoße, ein Schädling des Staates ist.

Es gehört nicht ganz zum Thema, aber muß doch an dieser Stelle um der geschichtlichen Wahrheit willen, gesagt werden: Vereinbart war, daß beim 1. Wahlgang, der bei qualifizierter Anwesenheit der Abgeordneten und Senatoren eine qualifizierte Mehrheit verlangte, die für Kramář nicht zu erreichen war, Prof. Němec, der Vorsitzende des tschechischen Nationalrates, als Präsidentschaftskandidat zu nominieren war, wobei die Sudetendeutsche Partei demonstrativ für Němec zu stimmen hatte.

Es bleibt geschichtliche Tatsache, daß der Vorsitzende der tschechischen Agrarpartei, der spätere Ministerpräsident Beran, und der Vorsitzende des mährischen Landesausschusses, Präsident Viktor Stoupal, am vorletzten Spätnachmittag vor der Präsidentschaftswahl in die Tschechische Agrarbank, wo sich die Prager Wohnung Stoupals befand, zu einer kurzen abschließenden Besprechung gebeten hatten. Dort haben beide ihrer Genugtuung Ausdruck gegeben, daß durch die Wahl Kramář's — wobei man sich darüber im klaren war, daß er physisch nurmehr kurze Zeit durchhalten werde — über den repräsentativsten Nationalisten her der Ansatzpunkt zur Paralyseierung des im Zweifelsfalle von der anonymen Straße getragenen Chauvinismus, einem der Hauptinstrumente des Beneschianismus, gefunden werden würde.

Stoupal kredenzte Rheinwein und trank mit Henlein auf eine neue Phase der deutsch-tschechischen Beziehungen. An der Aufrichtigkeit der Beteiligten kann kein Zweifel bestehen. Im Laufe des nächsten Tages kamen vertrauliche Nachrichten, daß von allen Seiten der Sturm sowohl gegen die Agrarpartei wie gegen die Slowakische Volkspartei eingesetzt habe. Dr. Beneš hatte den Generaldirektor der Škodawerke Löwenstein, der als Repräsentant Maurerischer Kreise zwischen Paris und Prag (Škodawerke und Schneider-Creuzot) eine entscheidende Rolle spielte und auch bei den Agrariern viel vermochte, ins Treffen geschickt. Die Slowakische Volkspartei stand unter dem Drucke kirchlicher Einflüsse, die Beneš ausgelöst hatte.

Als ich am frühen Nachmittag des Tages vor der Wahl bei Štribrný zu einer Rücksprache weilte, telefonierte er mit Hlinka in meiner Gegenwart. Der erklärte, die Versuche Beneš' seien schon richtig, aber er, Hlinka, würde eher Holz als Beneš wählen. Überlebende aus jener Zeit haben bezeugt, daß Hlinka im parlamentarischen Klub, als die Kandidatur Beneš's nochmals zur Diskussion gestellt wurde, leidenschaftlich gegen die Wahl Beneš's gekämpft und ihn schließlich auch nicht gewählt hat. Msgr. Tiso aber setzte sich im Sinne einer, wie behauptet wird, kurialen Empfehlung für Beneš ein und führte im letzten Augenblick eine Schwenkung der Slowaken herbei. Den gleichen Msgr. Tiso, den späteren Staatspräsidenten der selbständigen Slowakei ab März 1939, ließ Beneš, nachdem er 1945 in das Amt eines Staatspräsidenten der Tschechoslowakei zurückgekehrt war, kaltblütig verfolgen und hängen. So machte er sich zum Mitschuldigen an einem Justizmorde, den er kraft seiner Befugnisse als Präsident verhindern konnte.

In der Nacht auf den Wahlmorgen trat der Präsident des Tschechoslowakischen Nationalrates, Prof. Němec, vor allem unter dem Druck von Grenzerorganisationen, die im Interesse Beneš' aufgeputscht worden waren, von der Zählkandidatur zurück. Um Mitternacht gab er seinen Entschluß bekannt. Damit fiel auch die Kandidatur Kramář'. In früher Morgenstunde rief Kramář mich noch in meiner Wohnung an, dankte für das erwiesene Vertrauen und erklärte, er habe keinen persönlichen Ehrgeiz mehr. Im Interesse des Staates und seines Volkes bedauere er die eingetretene Entwicklung tief, ein Bedürfnis sei es ihm, zu sagen, daß er in seiner langen politischen Laufbahn selten so klare und korrekte Menschen kennen gelernt habe, wie die Herren der Sudetendeutschen Partei.

Im nächsten Jahre trugen wir Kramář bald nach dem Tode Masaryks zu Grabe. Zwischendurch hatte ich ihn nicht mehr gesehen, schwerleidend hatte er in den letzten Monaten völlig zurückgezogen gelebt.

Milan Hodža

Die menschlich gewinnendste und interessanteste Persönlichkeit war zweifellos Milan Hodža. Gemessen an seiner klaren Erkenntnis der Grundursachen des Staatsproblems, seinen Bemühungen und Mißerfolgen, letztlich eine tragische Persönlichkeit. Dieser evangelische Slowake, Abkömmling einer Familie mit Überlieferung, in der die alten Querbeziehungen zwischen evangelischen Slowaken und deutschem Protestantismus viel nachhaltiger wirkten, als man gemeiniglich anzunehmen gewohnt ist, sorgfältig erzogen, von den starken Traditionen des ungarischen Parlamentarismus mitgeprägt, einer der Männer des Kreises um den ermordeten österreichischen Thronfolger, der „Werkstatt“, der einmal mit überzeugt war, daß die Monarchie auf dem Wege über eine Föderalisierung unter Zugrundelegung der nationalen Siedlungsgebiete zu retten wäre, täuschte sich auch nicht über die Bedeutung der Krisenelemente im tschechoslowakischen Staatsgefüge.

Masaryk mochte ihn nicht und hatte ihm einige Jahre früher das Leben nicht leicht gemacht. In eingeweihten Kreisen sagte man, daß die gewissen Dossiers, die der Präsident nach alter Gewohnheit zu sammeln verstand, dabei eine große Rolle gespielt hatten. Gewisse magyarische Allüren, Großzügigkeit in finanziellen Angelegenheiten, sollen Masaryk das Spiel sehr erleichtert haben. Die Freunde Hodža's gaben freimütig zu, daß er tatsächlich sehr großzügig sein konnte. Sie hielten aber glaubwürdig daran fest, daß Hodža selbst stets reine Hände hatte. Nun war der „Regierungs“-Slowake als Repräsentant der tschechoslowakischen Agrarpartei als Ministerpräsident auf den Schild erhoben worden. Konsequenter ging er von Anbeginn darauf aus, über persönliche Kontakte mit der Sudetendeutschen Partei, die mit 43 Abgeordneten und 24 Senatoren zahlenmäßig so groß war, wie die Tschechoslowakische Agrarpartei selbst, das Sudetendeutschtum als reale Kraft in seinem vollen Umfange der Staatsgestaltung nutzbar zu machen. Seine fabelhaften Sprachkenntnisse, seine Konzilianz, seine umfassende Bildung,

seine unwahrscheinlich rasche Auffassung und die Fähigkeit zur leichten Konversation über schwierigste Probleme in geistreichster Form, trugen ihm viele Sympathien ein.

Wenn ich als Ergebnis zahlreicher Gespräche der verschiedensten Anlässe eine Charakterisierung dieses Mannes vorwegnehmen soll, möchte ich, um alle Mißverständnisse auszuschalten, klarstellen, daß er zweifellos tschechoslowakischer Patriot war, d. h. ein sich seiner ganzen Verantwortung bewußter Bürger und politischer Akteur des Staatsgebildes Tschechoslowakische Republik. Man sagte, daß er in den Umsturzmonaten 1918 in seinen Auffassungen und in seiner Haltung durchaus nicht klar im Sinne der Prager Bestrebungen nach Errichtung des Staates dem Umfang und der Struktur nach als „Tschechoslowakische Republik“ gewesen sei. Sowie der Staat existierte, bejahte er ihn. Patriotismus war für ihn gewissermaßen Ausfluß eines Staatspositivismus. Deshalb war er noch lange kein „Tschechoslowake“ im Beneš-Masaryk'schen Sinne. Das bewies er, indem er bei jeder sich bietenden Gelegenheit, insbesondere von der Regierungsbank herab, nicht tschechisch, das er tadellos beherrschte, sondern in seinem eleganten, ansprechenden Slowakisch redete.

Die Art, wie das bis in die dreißiger Jahre von Prag aus versucht wurde, mit den Sudetendeutschen und Slowaken fertig zu werden, hielt er jedenfalls für verfehlt. Er sah kein Ende ab; und für ein Fortwursteln nach altösterreichischer Art, spürte er viel zu stark die zeitliche Gebundenheit und Begrenzung. Aus ihrer Erkenntnis drängte er zu einer Lösung auf dem Boden der Tschechoslowakischen Republik, aber nicht so, wie Beneš und die Repräsentanten des integralen Tschechoslowakismus sich das vorgestellt hatten. Hodža glaubte an Lösungsmöglichkeiten auf der Grundlage der Abstimmung realer Lebensinteressen der Beteiligten.

Aus dieser Grundhaltung hatte er zweifellos sehr starke Vorbehalte gegen die ausschließlich von Beneš gemachte Außenpolitik. Auch er hat, gleich Kramář, unvoreingenommen die gesamte europäische Politik gesehen, wenn er auch primär aus dem Donauraum heraus an konföderative Bindungen dachte, die als Grundlage einer neuen Kräfteverteilung und abgesichert durch die Übereinstimmung sehr nüchtern ausgewogener Interessen der Beteiligten das Europa von Versailles ablösen konnten.

Es wäre ungemein interessant, einmal nachzuspüren und klarzustellen, wo die Verwandtschaftsmomente wechselseitiger Beeinflussungen oder Paralleltäten, immer auf die geschichtliche Situation, nicht zuletzt im wirtschaftlichen Entwicklungsstande bezogen, liegen, von Naumanns Mitteleuropagedanken bis Popovici, der Leute von der Werkstatt und schließlich bis zu unseren heutigen Europavorstellungen. Immer ging es doch um die Überwindung steriler Stagnation und daraus sich ergebender politischer Verkrampfung mit dem Ziele größerer organischer Bindungen, die in einer besser organisierten Gesellschaft bei einem zwangsläufig größeren Wirkungsgrade der gesellschaftlich-ökonomischen Organisation nach dem Grundsatz

von „leben und lebenlassen“ die Völker befrieden sollten. Aus dieser Grundhaltung heraus war für ihn ein Deutschland so oder so kein Erbfeind. Er wußte um die befruchtenden Einflüsse über die bereits berührten evangelischen Querbeziehungen; gleich weiten Kreisen seines slowakischen Volkes selbst fand er den Horror gewisser tschechischer Kreise allein ob der tausendjährigen Wechselbeziehung der böhmischen Länder zu den deutschen Landen als unbegründet und rechnete mit der Wiedergewinnung der natürlichen Machtstellung des Deutschen Staates, wie immer er aussehen würde. Aus der nationalitätenpolitischen Grundhaltung des Mannes aus der Werkstatt, war die Existenz einer sudetendeutschen Frage, nachdem das Sudetengebiet einer Tschechoslowakei zwangsweise einverleibt worden war, eine Selbstverständlichkeit. Er glaubte nicht, daß man über ihre Existenz hinwegkomme, indem man sie einfach formal negiere, wie das Beneš in den ersten 15 Jahren Tschechoslowakei exerziert hatte. Er glaubte auch nicht an die Wahrscheinlichkeit und perhorreszierte die Möglichkeit, daß ob der sudetendeutschen Frage ein Krieg geführt werden könne, der praktisch zur volklichen Inkorporation des Gebietes führen würde, wie Beneš sich das offenkundig vorstellte, wobei es diesem seit dem Pakt mit der Sowjetunion offenkundig völlig gleichgültig war, welche Konsequenzen sich für eine Gesamtentwicklung daraus ergeben mochten. So wenig wie Kramář hatte Hodža, der in seiner ganzen jüngeren Entwicklung niemals das bittere Erlebnis des nicht zur Kenntnis genommenen Fremdlings hatte, irgendwelche Minderwertigkeitskomplexe. Deshalb gab er auch nicht vor, Deutschland aus irgendeiner Opportunität anzuerkennen, sondern er schätzte es ob seiner kulturellen Substanz, all seiner geschichtlichen Leistungen, nicht zuletzt auch auf dem Gebiete der Technik, der Naturwissenschaften, der Organisation des wissenschaftlichen Lebens, wofür er als Agrarpolitiker — er war ja immerhin Landwirtschaftsminister, und zwar ein sehr aufgeschlossener und ideenreicher — großes Interesse hatte.

Eine Politik der schematischen Negation und des formalen Aneinander vorbeilebens, ausschließlich im Vertrauen auf Frankreich, wie das Beneš versuchte, hielt er auf die Dauer für unmöglich. Das war der eigentliche Grund, und nicht der Ehrgeiz, den man ihm immer wieder nachsagte, warum er nach dem Abgang Beneš' aus dem Außenministerium unter allen Umständen auch das Außenministerium verlangte, aber nur kurze Zeit zu führen vermochte. Aber auch in diesem Punkte rächte sich die Politik der Halbheiten der slowakischen Agrarier. Es ist unvorstellbar, was geschehen wäre, wenn Hodža als Ministerpräsident und Außenminister rein verfassungsmäßig Dr. Beneš auf den Boden des verfassungsmäßigen Staatspräsidenten zurückgedrängt und eine fast Bismarck'sche Position erhalten hätte. Weil er im Stiche gelassen wurde, blieb schließlich das Außenministerium in den Händen des Geschichtsprofessors Krofta. Der war verhältnismäßig früh in den diplomatischen Dienst gegangen und in Berlin der korrekte Formalrepräsentant Beneš'scher Politik gewesen, bis er in der Funktion eines

Strohmannes Beneš' zum Außenminister aufrückte und so die völlig verfassungswidrige Situation ermöglichte, in der der Staatspräsident Beneš praktisch Herr der Außenpolitik wurde. Staatspräsident Beneš war zu gleicher Zeit auf Grund seiner autoritären Stellung zu den Generälen, die fast ausschließlich aus den Legionen des ersten Weltkrieges kamen, dank der dominierenden Stellung der französischen Militärmission im Gefüge der tschechoslowakischen Armee praktisch auch der Herr der Armee, trotzdem es einen Minister für Nationalverteidigung aus den Reihen der Tschechischen Agrarpartei gab, deren maßgebendste Männer gegen Beneš im Grunde genommen unüberbrückbare Vorbehalte hatten. Das sind die eigentlichen Hintergründe der verfassungswidrigen tschechoslowakischen Präsidialdiktatur in den beiden letzten Jahren des Bestandes des Staates. Und hier liegt das eigentliche Versagen Hodža's, der in der kritischsten Stunde seiner Laufbahn — worauf ich noch zu sprechen kommen werde — nur ein Bedenken hatte, als verfassungsmäßiger Ministerpräsident zu handeln und damit bewies, daß die Bejahung der formalen Verfassungsmäßigkeit in geschichtlich anormalen Situationen der Duldung der faktischen Verfassungswidrigkeit gleichzukommen vermag.

Hodža war ein Vollblutpolitiker.

Einmal brach es in einem persönlichen Gespräch, so charakteristisch für das Temperament dieses impulsiven, magyarisch beeinflussten Slowaken, heraus: Die Politik ist doch das Großartigste, die schönste Tätigkeit für einen Menschen, es geht doch letzten Endes um die Gestaltung des Kostbarsten, was es auf dieser Erde gibt, des Menschen in den Voraussetzungen eines persönlichen Schicksals, harmonischer übergeordneter Gemeinschaften und letztlich in Verantwortung vor Gott.

Außerungen oder gar Gefühlsausbrüche dieser Art waren bei einem Beneš völlig ausgeschlossen, dem Manne, dem Politik eine Sache der Routine, der maximalen Information, der maximalen Verfügung über einsatzfähige materielle Mittel, dem alle Philosophie sich im Comtschen Positivismus erschöpfte, wobei der Zustand der Bibliothek Dr. Beneš', in der ich ja mehrfach weilte, in mir immer das Gefühl zurückließ, um mich stünden griffbereite Rezeptbücher.

Das ist die Atmosphäre, aus der heraus Hodžas Versuche und Methoden verstanden werden wollen.

Das Frühjahr 1936 brachte den entscheidenden Vorstoß des Beneschianismus in der Richtung der Vorbereitung der Präsidialdiktatur. Der psychologische Hintergrund war die Haltung der Mehrheit der tschechischen Presse gegen Deutschland, die faktisch auf die Herbeiführung einer Angstpsychose unter dem Druck des Gespenstes der unmittelbaren Staatsgefährdung hinauslief.

Das Mittel hieß Staatsverteidigungsgesetz. Dieses einmalige Monstrum in der Geschichte europäischer verfassungspolitischer Experimente unternahm es, aus dem Titel prophylaktischer Vorkehrung gegen eine potentielle

Staatsgefährdung die Militärbehörden schon in tiefem Frieden mit außerordentlichen Vollmachten auszustatten. Das Staatsverteidigungsgesetz stellte einen 30 km breiten Grenzstreifen entlang der gesamten Staatsgrenze, praktisch also ausschließlich Siedlungsgebiete von Minderheiten unter Sonderrecht, einschließlich der Preisgabe des verfassungsmäßigen Schutzes der Unverletzlichkeit des Privateigentums und der Freizügigkeit der Person. Endlich brachte es die Preisgabe der verfassungsmäßigen Sicherung der Freiheit der Person für das gesamte Staatsgebiet durch den Verzicht auf die entscheidenden prozessualen Garantien im Sinne bisheriger strafprozessualer Praxis und durch die Einführung eines neuen materiellen Strafrechtes, das jenseits der Ebene juristischer Begriffsbildung lag.

Ich möchte es geradezu als typisch bezeichnen, daß Hodža es unternahm, in der Situation die Beziehungen zur Sudetendeutschen Partei zu aktivieren und nicht mehr und nicht weniger anstrebte, als die Stimmen der Sudetendeutschen Partei für das Staatsverteidigungsgesetz zu bekommen. Damit mutete er einer Oppositionspartei, die der Regierung nichts schuldig war, mehr zu, als jemals den an den jeweiligen Regierungen beteiligten sudetendeutschen Parteien in früheren Jahren — es sei an die sogenannte Verwaltungsreform erinnert — zugemutet worden ist.

Seine Argumentation war sehr nüchtern: er benötige die Stimmen der Sudetendeutschen Partei für das Staatsverteidigungsgesetz. Dadurch würde die Geschlossenheit des Parlaments vor der öffentlichen Meinung dargetan und die Sudetendeutsche Partei in entscheidender Weise gegen alle gerade in jener Zeit wieder sehr starken Nachreden und Vorbehalte „regierungsfähig“ gemacht.

Als ich die grundsätzlichen verfassungspolitischen Bedenken im Rahmen einer Besprechung, zu der der Ministerpräsident Dr. Peters, Dr. Sebekovsky und mich gebeten hatte, entwickelte, hielt Dr. Hodža uns entgegen, es komme doch nicht auf das geschriebene Wort an. Ich verstand die Anspielung und erwiderte sofort, wir seien leider nicht in England und hätten es nicht mit Engländern zu tun. Hodža reagierte blitzschnell mit der Frage, ob wir die Lage anders beurteilen könnten, falls wir die Garantie hätten, daß er ständig auf dem Platze des Ministerpräsidenten verbleiben würde. Als ich mit einem „wahrscheinlich“ bejahte, brach es aus ihm heraus: Er wisse genau, worum es gehe. Das deutsche Volk mache als eines der letzten europäischen Völker die Schlußphase zur höchsten Entwicklung seines Nationalismus durch. Das sei ein sehr gefährliches Stadium. Wehe, wenn die Tschechoslowakei mit ihren ungelösten Minoritätsfragen, vor allem der Sudetenfrage, zur Quelle des Konfliktes würde. „Und weil ich das weiß, deshalb bringen mich sämtliche Gendarmen der Tschechoslowakischen Republik von diesem Sessel nicht weg.“

Wir trafen uns auf halbem Wege, machten unsere grundsätzlichen verfassungspolitischen Vorbehalte und stimmten für einige davon nicht berührte Kapitel. Hodža dankte uns für diese Geste.

Wie er das Begräbnis Masaryks zum Anlaß einer Demonstration durch Einbeziehung der Sudetendeutschen Partei vor aller Welt zu machen beabsichtigte, habe ich bei meinen Darstellungen um die Person T. G. Masaryks festgehalten.

So gab es zahlreiche Fälle, in denen sich der Ideenreichtum Hodža's, seine Kunst der Improvisation und, wenn es darauf ankam, auch seine Entschlußkraft, offenbarte.

Einige Wochen vor dem Osterfeste 1938 hatte der deutsche Gesandte Dr. Eisenlohr versucht, meine Bedenken gegen die Entwicklung in Deutschland und die Rückwirkungen in der Richtung einer Radikalisierung unserer Massen zu zerstreuen. Er unterrichtete mich loyal über seine Kontakte mit den führenden Persönlichkeiten der tschechischen Agrarpartei und gab mir zu verstehen, daß er im Einvernehmen mit maßgebendsten Berliner Stellen handle.

Die Mehrschichtigkeit deutscher außenpolitischer Experimente, über die sich heute nach Kenntnis so vieler geheimer Akten sehr klug reden läßt, war in jener Zeit etwas, womit man auch als Kenner deutscher Verhältnisse nicht ohne weiteres rechnen konnte. Ein Hinweis Eisenlohrs, Hodža plane eine Amnestie für politische Delikte, um all die zahllosen, auf sudetendeutscher Seite als Persekution empfundenen Schutzgesetzverfahren unterschiedlicher Grade auszuräumen, wurde mir durch einen Vertrauensmann im Justizministerium als richtig bestätigt. Als aber die Karwoche anbrach und nichts dergleichen geschah, ging ich zum Ministerpräsidenten. Hodža, von mir auf die Amnestie angesprochen, fühlte sich sichtlich unangenehm berührt, schob die Schuld auf das Justizministerium, rief aber dann spontan in meiner Gegenwart in sehr energischer Weise den Justizminister an, worauf wir den Minimalumfang der Amnestie und ihre legislativtechnischen Voraussetzungen abgrenzten. Am Gründonnerstag wurde die Amnestie, der die Justizbürokratie vom Standpunkte des Beneschianismus einige Zähne ausgebrochen hatte, veröffentlicht.

Die unerquicklichen Vorgänge im August ließen mich ratlos und unsicher werden. Nach alter Gewohnheit entschloß ich mich deshalb, für einige Tage in meine südmährische Heimat zu gehen, für mich das probateste Mittel, zwischen meinen Bauern, im Gange durch die reifenden Weingärten, die übervollen Obstanlagen und in jenen Kellerstunden, die bei einem Glas Eigenbaues aus den Quengeleien und Widersprüchen einer verworrenen Zeit auf sicherstem Wege in den Zustand der Einkehr und unstörbaren Selbstbesinnung zu führen vermögen, zu einer klaren Gesamtauffassung der Situation zu kommen.

In Nürnberg lief inzwischen der Parteitag ab. Kaum wenige Stunden daheim auf unserem Familienbesitz, wurde ich durch dringenden fernmündlichen Anruf K. H. Franks nach Prag und von dort nach Mähr.-Ostrau gebeten, wo Polizei sich bössartige Übergriffe und Quälereien gegen verdächtige Sudetendeutsche zu schulden habe kommen lassen. Die unter dramatischen Um-

ständen erfolgten Klarstellungen, die ich allerdings nur in loyalem Einvernehmen mit dem Justiz- und Innenminister durchführen konnte, und die tatsächlich bisher auch für tschechoslowakische Verhältnisse unerhörte Gewalttätigkeiten im Rahmen polizeilicher Verhörmethoden ergeben hatten, führten dazu, daß der Ministerpräsident, dem noch zu nächtlicher Stunde das unter meiner Beteiligung von den Gerichtsbehörden aufgenommene Protokoll zugemittelt worden war, gleich am nächsten Morgen Ernst Kundt, als Obmann des Parlamentarischen Klubs der Sudetendeutschen Partei, Dr. Alfred Rosche, Dr. Peters und mich zu sich bat.

Der Ministerpräsident eröffnete das Gespräch mit der Feststellung, daß es sich ohne Rücksicht auf die Schuldfrage der Verdächtigen um Ungeheuerlichkeiten handle, die er niemals dulden würde, weshalb er mir auch aufrichtig für meine Feststellungen danke. Ich bemerke, daß ich das Ergebnis meiner Ermittlungen loyalerweise streng geheim und eine Publikation von meiner Seite, die in den Tagen, in denen der Nürnberger Parteitag schon angelaufen war, gleich Ekrasit gewirkt hätten, abgelehnt hatte.

Aber typisch Hodža. Ihm ging es um den politischen Kern der Dinge. Bei aller von mir bewiesenen Korrektheit und Loyalität — bei einer Polizeiatacke war es auch zu Incidenten durch Gewaltanwendung gegen zwei immune Abgeordnete gekommen — müsse die Frage politisch gelöst werden. „Haben Sie meine Herren von Berlin her überhaupt noch die Möglichkeit, mit mir zu verhandeln, welche Weisungen haben Sie von Berlin?“ lautete die vom Ministerpräsidenten sachlich gestellte Frage. Dr. Rosche, der bedeutend älter war als ich, Eigner eines massiven Körpers und als akademischer Sängerschafter einer geschulten Stentorstimme, sprang auf und frug den Ministerpräsidenten, wie er sich das vorstelle. Weder er, noch seine Freunde hätten bisher von Berlin aus irgendwelche Weisungen erhalten oder würden sie entgegennehmen, da sie sich an ihren Verfassungseid gebunden fühlten und gab dem Ministerpräsidenten die Hand zur Bekräftigung seiner Erklärung.

Und auch diese Erklärung war richtig und berechtigt. Weder der Parlamentarische Klub noch seine Leitung waren irgendwie mit den subversiven Beziehungen und Aktionen Henleins und Franks, weder direkt noch indirekt, befaßt.

Hodža erklärte sich beruhigt, analysierte die Lage sehr klar und kam schließlich mit uns zur Auffassung, daß man nun Frank als Stellvertreter des Parteivorsitzenden Henlein unmittelbar in die Verantwortung einbeziehen müsse. Frank aber war abgereist, in Prag nicht mehr erreichbar; wie sich später herausstellte, war er zum Parteitag der NSDAP nach Nürnberg gefahren.

Hodža verabschiedete uns. Als ich als letzter aus dem großen Empfangssaal vor dem Arbeitszimmer des Ministerpräsidenten im Kolowratpalais meinen Freunden nachgehen wollte, hielt er mich zurück. Auf seine für mich völlig unvermutete Frage: Ob ich nun Prag auch verlassen würde, konnte ich meinerseits nur erstaunt fragen, ob er denn irgendwelche Nachrichten hätte

und die Lage so ernst sei. Er bejahte. Auf diese vertrauensvolle Mitteilung hin meinte ich, nun sei es Grund, das Wochenende zu benützen, um meine Frau und Kinder in Salzburg zu besuchen, die dort auf Grund alter Familienordnung bei den Schwiegereltern weilten, ich würde aber zum Wochenbeginn bestimmt in Prag sein. Für diese Zusage dankte er mir sichtlich bewegt. So hatte ich ihn noch nie gesehen. Nach dramatischen Erlebnissen und einer Rundfahrt über Salzburg—Nürnberg—Eger, die nicht zu diesem Thema gehören und einmal Gegenstand einer weiteren Darstellung bilden sollen, war ich Mittwoch, den 14. September, wieder in Prag. Dazwischen lagen die aggressiven Reden Görings und Hitlers in Nürnberg, die militärische Demonstration dortselbst, die Unruhen in der sudetendeutschen Provinz, vor allem die Zwischenfälle in Eger, die letzte Sitzung des Parlamentarischen Klubs und der Hauptleitung mit der putschartigen Selbstauflösung der Partei durch Karl-Hermann Frank. Dieser hatte in den Nachmittagsstunden aus der Sitzung heraus aus Eger vom Ministerpräsidenten die binnen wenigen Stunden zu erfolgende Abberufung aller bewaffneten Kräfte einschließlich der Sicherheitsorgane verlangt, dem Ministerpräsidenten eine Stunde Bedenkzeit gegeben und auf die Einladung des Ministerpräsidenten, zu Verhandlungen nach Prag zu kommen, dann die Absage erteilt.

Warum Hodža in jener Stunde nicht polizeiliche Vorkehrungen traf, sich gewisser Personen für alle Fälle zu versichern, ist nie geklärt worden. War es die Noblesse des politischen Spielers oder sah er die Lage bereits so verfahren an, daß Gewaltmaßnahmen ohne Rücksicht darauf, ob sie in rechtlich einwandfreier Form erfolgten, nur den unerwünschten Zündstoff liefern mußten?

Nach durchfahrener Nacht fand ich nächsten Morgen in meiner Prager Wohnung die Aufforderung des Ministerpräsidenten vor, ihn sofort anzu-rufen. Ich erreichte ihn noch in der Wohnung und traf mich mit ihm kurze Zeit später im Kolowratpalais. Gebeten, die Lage auf Grund meiner eigenen Beobachtungen in den letzten Tagen zu charakterisieren, führte ich aus, es sei genau die Lage eingetreten, die er selbst durch Jahr und Tag vorausgesehen habe, wir stünden vor einer völligen Verkrampfung der politischen Fronten, Hitler drohe nun militärisch und habe zweifellos außerordentliche Vorkehrungen getroffen, die ihm die Verwirklichung einer militärischen Drohung ermöglichen, ohne Rücksicht darauf, welche Reserven Deutschland unter dem Gesichtspunkte eines allgemeinen Krieges besitze. Der Westwall spiele offenkundig in den militärischen und zwischenstaatlichen Erwägungen bereits eine große Rolle, der fortschreitende Umbruch der öffentlichen Meinung in England sei dem Ministerpräsidenten bestimmt besser bekannt als mir, die Neigung von englischer Seite für die Tschechoslowakei zu marschieren, sei offenkundig gering, bei dieser Lage der Dinge könne es sich nurmehr darum handeln, eine sinnlose Katastrophe bei der nun offenkundigen Unberechenbarkeit Hitlers, zu verhindern. Der Ministerpräsident antwortete mir, leider müsse er die Lage genauso sehen.

Auf meinen weiteren Vorhalt, nun wäre es schon ein Unglück, wenn Beneš weiterhin im Vordergrund der Gestaltung der tschechoslowakischen Politik bliebe, er müsse nicht nur kategorisch gebeten werden, sich auf seine verfassungsmäßige Befugnisse zurückzuziehen; das beste wäre der Rücktritt Dr. Beneš' und seine verfassungsmäßige Vertretung durch den Ministerpräsidenten. Hodža antwortete, auch das sei sachlich richtig, die Überwindung der einer derartigen Regelung entgegenstehenden Widerstände sei jedoch mit verfassungsmäßigen Mitteln im Augenblicke nicht zu erzielen, noch aber sei er verfassungsmäßiger Ministerpräsident und gedenke es zu bleiben.

Ich könnte aber etwas tun, was er nicht tun dürfe. Er wisse um meine persönlichen Beziehungen zur Runciman-Delegation, ich möge mich unverzüglich in das Quartier der Delegation begeben, die Lage rückhaltlos so darstellen, wie ich sie sehe und alles daran setzen, die englische Intervention in die Wege zu leiten. Sie allein könne uns retten, denn das wisse er, ich und die meisten Sudetendeutschen wollten den Krieg so wenig, wie er. Die sudeten-deutsche Bevölkerung habe sich gerade in den letzten Tagen in ihrem Kerne unwahrscheinlich vernünftig und diszipliniert gehalten.

So kam ich ins Hotel Alcron, dem Hauptquartier der Runciman-Delegation, zu einer für die Engländer noch sehr frühen Stunde. Gegen alle englischen Gepflogenheiten kam die Delegation aber rasch in Bewegung, nachdem ich meinem Bekannten Mr. Stephens und anschließend Mr. Stopford mit dem Hinweis, ich sei kein gelernter Diplomat, völlig offen meine letzte Begegnung mit dem Ministerpräsidenten geschildert hatte, und so den dringlichen Interventionswunsch des Ministerpräsidenten, gepaart mit einem Alarmruf, zur Kenntnis brachte.

In den Nachmittagsstunden unterrichtete mich Mr. Stephens, daß die englische Intervention auf dem Wege sei und der Premier Chamberlain auf den Obersalzberg fliegen werde.

Dr. Antonín Hácha

Als ich ihn das erste Mal im Obersten Verwaltungsgericht sah, war ich durch seine Persönlichkeit kaptiviert. Dabei war Dr. Hácha klein von Gestalt, mit hochgezogenen Schultern, gebückt. Aus dem charaktervollen Kopfe wuchs eine mächtige Nase. Er war alles andere als ein schöner Mann, aber sein Wesen war bezwingend, er war die personifizierte intellektuelle und moralische Unbestechlichkeit. Wenn er im Talar mit dem Cape aus weißem Hermelin einem Senate präsierte, war er von beispielloser Ruhe, Sachlichkeit und bezwingender Hoheit.

Im Parlamente hatte er Sitz und beratende Stimme, weil die Verfassung der Tschechoslowakischen Republik davon ausging, daß der Präsident des Obersten Verwaltungsgerichtes, das die Rechtmäßigkeit von Akten der Verwaltung zu überprüfen habe, nur dem verfassungsmäßigen Souverän, dem

Volke selbst, das im Parlamente seine Repräsentanz hatte, unterstellt werden könne.

Hácha faßte sein Anwesenheitsrecht im Parlamente als Anwesenheitspflicht auf. Genau ließ er die Tagesordnungen nicht nur des Plenums, sondern selbst der Ausschüsse überprüfen und erschien regelmäßig in den Sitzungen des Budgetausschusses und des Verfassungsrechtlichen Ausschusses.

Als ich im Rahmen der ersten Budgetdebatte, die wir im Mai 1935 Gewählten mitmachten, es ging fast gegen Weihnachten, die Kapitel Verwaltung und Justiz behandelte und auf Grund sorgfältig gesammelten Materials die Verfassungswirklichkeit des tschechoslowakischen Nationalstaates durch mehrere Stunden einer gründlichen Durchleuchtung unterzog, und gegen 3 Uhr morgens schließlich zu Ende kam, holte mich mein Freund Dr. Peters von meinem Sitze. Er teilte mir zu meiner Überraschung mit, Präsident Hácha, der die ganze Zeit über sehr interessiert zugehört und sich Notizen gemacht hatte, möchte mich persönlich kennenlernen. Der Präsident empfing mich, er freue sich, mich endlich persönlich kennen zu lernen, wenn nur 10% von dem wahr sei, was ich ausgeführt habe, sehe die „Republik schön aus“ und es stünde nicht gut um sie. Er sei aber ein alter Mann, der Menschen und Argumente sehr wohl zu beurteilen verstünde, meine Ausführungen seien sehr böse gewesen. Ich gestehe, daß ich durch diese freimütige Reaktion betroffen war. Ehe ich noch etwas antworten konnte, fragte der Präsident, wo ich wohne, und ob ich den Wagen bei mir hätte. Als ich das verneinte, ließ er es sich nicht nehmen, mich in meine Wohnung auf den Havlíčekpark in der Weinberge quer durch das ganze nächtliche Prag und seiner eigenen Wohnung direkt entgegengesetzt, zu bringen. Als ich mich verabschiedete, meinte der Präsident, seine Türe stünde für mich jederzeit offen, er würde sich sehr freuen, wenn ich recht oft zu ihm kommen würde.

Von dieser Einladung habe ich reichlich Gebrauch gemacht und ich erinnere mich gerne der Gespräche, die häufig das tschechoslowakische Staatsproblem und rechtstheoretische Themen zum Gegenstande hatten, in deren Verlauf sich Präsident Hácha als wissenschaftlich fundierter großer und charaktvoller Jurist, und besonders als intimer Kenner des englischen Rechts erwies.

Das ist auch die innere Ursache, warum Präsident Dr. Hácha dem Nationalitätenproblem gegenüber gegen alle Raison der offiziellen „tschechoslowakischen“ Staatspolitik — bei absoluter Respektierung der Verfassung — so aufgeschlossen war und beim ersten Ansatz im Jahre 1938 sofort erfaßt hatte, worum es ging.

Ein Jahr später, wieder in der Budgetdebatte, befaßte ich mich grundlegend mit der legislativen Technik im tschechoslowakischen Staate. Ich wies nach, daß die fortschreitende Verbreiterung des freien Ermessens durch die Gesetzgebung und der Umstand, daß Akte der Verwaltung auf Grundlage des freien Ermessens gewissermaßen als Akte der Staats-Raison der Cognition des Obersten Verwaltungsgerichtes entzogen worden waren, die Grundlagen

der Rechtsstaatlichkeit erschüttern mußten. Präsident Hácha hat mir in einem anschließenden zwangslosen Gespräch im Kreise von Parlamentariern in den Couloirs vorbehaltlos recht gegeben und die wissenschaftliche Begründung meiner Ausführungen als beispielgebend für die Versachlichung parlamentarischer Arbeit hingestellt. Aus Begegnungen dieser Art erwuchs eine Atmosphäre außerordentlichen persönlichen Vertrauens.

Als ich in den Vorweihnachtstagen 1937 dem Präsidenten meinen Gratulationsbesuch machte, fand ich ihn sehr niedergeschlagen vor. Zum Abschied meinte er, wir Deutschen könnten dem kommenden Jahre in Ruhe entgegensehen, es werde uns vieles bringen. Wenn man tschechischerseits in eine schwierige Lage geraten könne, so sei das Bedrückende bei dieser Aussicht, daß man tschechischerseits selbst ein gerüttelt Maß Schuld daran haben werde. Es fiel mir schwer, dem Präsidenten darzulegen, daß auf deutscher Seite sehr ernsthafte Kräfte wirksam seien, die doch nichts anderes beabsichtigen, als zu einem ehrenhaften Modus vivendi zu kommen. Leider sei ihr guter Wille allein nicht ausschlaggebend, meinte der Präsident, als er mich entließ.

Seinen richterlichen Mut lernte ich im Spätf Frühjahr kennen, als die Atmosphäre in der Tschechoslowakischen Republik schon von Tag zu Tag noch schlechter zu werden begann.

Die Sprachgrenzgemeinde Schelesen, nördlich von Mělník, war durch Jahre von tschechischer Seite hart umkämpft. Besonders findige Vertreter des tschechischen Nationalstaatsgedankens, den sie glaubten durch die Zerschlagung überkommener deutscher Positionen vertreten zu müssen, hatten auf kleinstparzellierten Grundstücken, die übrigens recht teuer verkauft worden waren und bis dahin im Besitze tschechischer Bauern standen, Wochenendhäuschen errichtet. Auf Grund dieser Wochenendhäuschen erklärten diese sonderbaren Patrioten, Schelesen als zweiten Wohnsitz. Das berechtigte sie, sich in die Wählerlisten Schelesens eintragen zu lassen. Nach tschechoslowakischem Recht wurden nämlich die Wählerlisten binnen bestimmter Zeiträume überprüft und erneuert, Inhaber zweier Wohnsitze konnten in 2 Gemeinden in den Wählerlisten erscheinen, durften jedoch gegebenenfalls nur in einer Gemeinde ihr Wahlrecht ausüben. Über die Rechtmäßigkeit von Eintragungen in die Wählerliste entschieden im Instanzenzuge die Reklamationskommissionen in Gemeinde, Bezirk und schließlich in letzter Instanz das Wahlgericht, dessen Vorsitzender gleichfalls Präsident Hácha als Präsident des Obersten Verwaltungsgerichtes war.

Gegen den Versuch der Prager Tschechen, der der Mehrheit nach deutschen Gemeinde Schelesen auf dem aufgezeigten Wege ein tschechisches Gesicht und eine mehrheitlich tschechische Gemeindevertretung zu geben, hatte sich die von allen politischen Parteien beschickte, aber mehrheitlich deutsche Reklamationskommission der Gemeinde Schelesen, gewehrt, indem sie sachlich feststellte, daß die Prager Besitzer von Wochenendhäusern im Ernste nicht daran dachten, einen zweiten Wohnsitz zu errichten und sich

abwechselnd in Schelesen aufzuhalten. Einige Stunden Wochenenderholung gäben nicht die Voraussetzung dafür, einen zweiten ständigen Wohnsitz als gegeben anzusehen. Die mehrheitlich tschechische Bezirksreklamationskommission aber — der politische Bezirk war vorwiegend tschechisch — hob den Beschluß der Gemeindereklamationskommission auf und, wenn ich mich recht erinnere, 96 neugebackene tschechische Wähler verwandelten Schelesen in eine tschechische Gemeinde mit tschechischem Bürgermeister. In all den Fällen rechtswidriger Eintragung in die Wählerlisten Schelesens wurde die Wahlgerichtsbeschwerde erhoben und von mir vertreten. Das Wahlgericht zog die einzelnen Beschwerden zur gemeinsamen Verhandlung zusammen.

Nicht wenig staunte ich, als am Verhandlungstage der Senat in den Saal schritt, und Präsident Hácha selbst den Vorsitz im Senate übernahm. Von seiten der tschechischen Beschwerdegegner war alles aufgeboten, was Rang und Namen im Prager Barreau hatte. Es wurde auch heftig und lange plädiert. In dieser Situation entschloß ich mich in vorgerückter Stunde alle Unterlagen zur Seite zu schieben, aus der Situation heraus zu argumentieren und aufs Ganze zu gehen. In knappen nüchternen Worten legte ich dar, daß das Wahlgericht einfach die Frage zu entscheiden habe, ob die tschechoslowakische Demokratie ernstgemeint und die Tschechoslowakei als Rechtsstaat existent sei oder nicht. Auf die Absichten des Gesetzgebers und den Geist des Gesetzes komme es an, nicht auf den geschickten Mißbrauch formaler Gestaltungsmöglichkeiten des Rechts.

Ehe noch jemand erwiderte, erhob sich der Präsident und unterbrach die Sitzung bis 5 Uhr abends zum Zwecke der Urteilsverkündung. Während ich leicht erschöpft meine Akten in meine Tasche stopfte, kam der persönliche Diener des Präsidenten und bat mich in dessen Arbeitszimmer. Tief erregt und noch im Talar kam mir der Präsident bis zur Türe entgegen und sagte mir unumwunden, ich hätte völlig recht gehabt. Das zu sagen sei ihm ein Bedürfnis gewesen, und er werde beweisen, daß die Tschechoslowakische Republik ein Rechtsstaat ist.

Zur angekündigten Abendstunde gab der Präsident im Namen der Republik allen deutschen Beschwerden statt und sprach die Nichtigkeit der seinerzeitigen Eintragungen der Prager tschechischen Wochenendpatrioten in die Wählerlisten von Schelesen aus.

Als ich, den Gerichtshof langsam verlassend, wohl als einer der letzten, die Treppen der einst berühmten Prager Kadettenschule hinabstieg, kam mir der Präsident nach. Ich faßte mir ein Herz und frug ihn, warum er in dieser doch von Haus aus gar nicht so bedeutsamen Angelegenheit selbst den Vorsitz im Senate übernommen habe. Der Präsident erwiderte, es habe sich doch gezeigt, daß es letztlich um eine Angelegenheit von sehr grundsätzlicher Bedeutung gegangen sei, an der auch die breiteste Öffentlichkeit stärksten Anteil nähme. Da sei „man nie sicher, auf welche Ideen ein Senat käme“, weshalb er den Vorsitz schon lieber selbst geführt habe.

Als Dr. Hácha nach dem Rücktritt Dr. Beneš' im Herbst zum Staatspräsidenten gewählt worden war, lud er mich ein, ihn zu besuchen. Er war sehr gedrückt und sagte mir am Ende unseres Gespräches, er sei ein alter Mann, der gar nicht mehr für dieses Amt passe. Dahin gehöre ein um mindestens 15 Jahre Jüngerer, aber ich wußte selbst um die Lage im tschechischen Volke. Wenn er sich versagt hätte, wäre das Ubel noch größer geworden.

Es hat selten ein ehrenhafterer Patriot bewußter den Weg des Opfers beschritten, an dessen Ende die Märtyrerkrone wartete. Im Mai 1945 duldete Dr. Beneš, daß Hácha von den Siegern der Prager Pseudorevolution in eine Zelle des Gefängnisses in Prag-Pankraz geworfen wurde, um dort nach wenigen Tagen zu Grunde zu gehen.

Dazwischen aber liegen fast 7 schwere und entscheidungsreiche Jahre.

Gleich einem Würgegriff verspürten auch alle einsichtigen Deutschen die Nachricht, im Anschluß an studentische demonstrative Zusammenrottungen auf dem Wenzelsplatze anläßlich des Staatsgründungstages der Tschechoslowakischen Republik am 28. Oktober 1939 seien 9 Führer der tschechischen Studentenschaft, an ihrer Spitze der Dozent Dr. Matoušek, Sohn des ehem. Handelsministers, eines der Tschechen, die ein ganz klares Verhältnis zu uns Deutschen hatten und als germanophil verschrien waren, kurzerhand von der Gestapo erschossen worden.

Wenige Tage später fragte ein Vertrauensmann des Staatspräsidenten bei mir an, ob ich bereit sei, mit aller gebotenen Vorsicht zu einem vertraulichen Gespräch nach Lany, dem Sommersitz des Präsidenten, zu kommen. Auf meine Zusage holte mich in den Abendstunden ein Wagen ab und brachte mich ins Schloß. Bemerkt sei, daß trotz allen vertraulichen Verfahrens der Staatssekretär und höhere SS- und Polizeiführer Karl Hermann Frank sogleich von meinem Besuche beim Präsidenten Hácha wußte, wie er mir durch einen ehemaligen gemeinsamen Freund kurz nachher warnend mitteilen ließ.

Präsident Hácha bat mich zum Abendessen. Als Dritter war Prof. Weyr, der bekannte Staatsrechtler der Brünner tschechischen Universität anwesend.

Das Gespräch drehte sich um allgemeine juristische Probleme. Nach Tisch entschuldigte der Präsident sich und mich bei Prof. Weyr und bat mich in ein Nebenzimmer. Dort machte er seinem gepreßten Herzen Luft und bat um meine Wohlmeinung. Ich hielt mit meiner Auffassung nicht zurück, daß nur eine sehr eindeutige Reaktion Hitler und seine Vollstreckungsorgane noch zur Besinnung bringen könne. Inzwischen hatte sich die Studentenschaft ein zweites Mal provozieren lassen. Polizeipräsident Chárvat selbst, mit dem ich all die Jahre in ausgezeichnete Fühlung stand, hatte mich unterrichtet. Dieser kluge und kultivierte Mann, der eine Wienerin zur Frau hatte, war auch als Berufspolizist ein Mann von durchaus rechtsstaatlicher Auffassung geblieben und hatte bei unterschiedlichen Zwischenfällen im Rahmen politischer Verfolgungsmaßnahmen bis September 1938 in den kritischen Monaten häufig von nachgeordneten Polizeiorganen ausgelöst, mehrfach

persönlichen Mut bei sehr schwierigen Entscheidungen bewiesen. Diese persönlichen Beziehungen wurden auch bei veränderter Machtlage nach 1938 weiter unterhalten. Deshalb wußte ich, wie die tschechischen Studenten sich ein zweites Mal provozieren ließen. Sie betrieben das öffentliche Begräbnis ihrer am 28. Oktober auf dem Wenzelsplatze bzw. an den Verletzungen gestorbenen Kollegen. Der Polizeipräsident hatte den tschechischen Protektoratsinnenminister gewarnt und vorgeschlagen, das erbetene öffentliche Begräbnis aus Gründen der öffentlichen Ordnung einfach nicht zuzulassen. Der Innenminister, ein Legionärgeneral aus dem 1. Weltkriege, aber hatte mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung nicht den Mut aufgebracht, dem unpopulären Vorschlage seines Polizeipräsidenten beizutreten. Er glaubte besonders schlaue zu sein, wenn er im Wege einer Rückfrage Karl Hermann Frank die Entscheidung zuschiebe. Frank aber hatte dem Innenminister die Entscheidung mit dem Bemerken zurückgegeben, er sei in seinen Entscheidungen autonom und habe nur die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Als dann das Begräbnis in den Straßen Prags zu einer Massendemonstration wurde, schoß die Gestapo erneut. Die Hochschulen wurden gesperrt, Tausende tschechischer Studenten wurden nachts ausgehoben und in die Konzentrationslager abgeschoben.

Konkret schlug ich dem Staatspräsidenten vor, in einem Briefe an Hitler die unüberbrückbare Diskrepanz zwischen seinen Erklärungen in jener Nacht, in der der Präsident in der Reichskanzlei in Berlin den Protektoratsvertrag unterschrieben hat, nachdem ihm die freie Entwicklung des tschechischen Volkes zugesichert worden war, und der augenblicklich durch beipiesslose Gewalttätigkeiten gekennzeichneten Entwicklung, darzulegen.

Der Präsident führte mich an seinen Schreibtisch und schob mir Papier und Schreibzeug zu. Er ließ mich allein und kam nach geraumer Zeit wieder. Ich gab ihm wortlos das Konzept. Er las es tiefbekümmert, meinte aber dann, er habe nicht mehr die Kraft, diesen Brief zu schreiben, nun trete das ein, was er bei meinem Besuche im September 1938 an Befürchtung ausgesprochen habe. Wenn es zu einer unberechenbaren Reaktion Hitlers käme, wäre die Lage womöglich noch schlimmer, er wolle sich sein weiteres Vorgehen noch sehr genau überlegen.

Wenige Tage später hörte ich von einem Vertrauten des Präsidenten, der mich besuchte, der Reichsprotektor von Neurath habe sich vermittelnd eingeschaltet und habe dem Staatspräsidenten weitgehend Hoffnung gemacht, das Protektoratsregime werde grundlegend geändert werden, die Unhaltbarkeit der Zustände sei durch die Zwischenfälle erwiesen. Der Gesandte des Protektorats in Berlin, der frühere Außenminister der Tschechoslowakei, Dr. Chvalkovský, werde in Kürze von Hitler empfangen werden.

Deutsche Freunde aus der nächsten Umgebung des Reichsprotektors haben mir bald nachher den Empfang, der tatsächlich stattfand, geschildert, wie folgt:

Chvalkovský, auf Grund der vertraulichen Zusicherung des Reichsprotektors v. Neurath hoffnungsvoll, sei ahnungslos und hoffnungsfroh zur Audienz zu Hitler gegangen.

Als er in den Audienzsaal der Reichskanzlei geführt wurde, sei Hitler gleich einem strafenden Erzengel schon in der Mitte des Saales gestanden, ihm zur Rechten, etwas zurückstehend, der Reichsprotektor v. Neurath, bleich und sichtlich sehr bedrückt, links von Hitler hätten Karl Hermann Frank und etwas hinter ihm der Chef der Kanzlei des Führers, Bormann, letzterer Triumph in den Zügen, Aufstellung genommen.

Ehe Chvalkovský zu Wort gekommen sei, habe Hitler ihn in hemmungsloser Weise angedonnert, er werde nicht dulden, daß in einer Notstunde des Reiches ihm tschechische Elemente in den Rücken fielen. Im Wiederholungsfalle lasse er Prag von den Deutschen räumen und samt der tschechischen Bevölkerung zusammenschießen und dem Erdboden gleichmachen.

Späterhin habe ich Präsident Hácha noch zweimal bei gesellschaftlichen Anlässen flüchtig gesehen. Er machte den Eindruck eines Mannes, der schicksalsergeben — er war, wie er mir selbst einmal sagte, Sohn einer deutschen Mutter, und gläubiger Katholik — die unsichtbare Dornenkrone trug. Als ich im Jahre 1945 nach meiner am 18. 5. erfolgten Verschleppung durch Partisanen aus der USA-Besatzungszone nächst Karlsbad nach Prag-Pankraz als Gefangener eingeliefert wurde, war Dr. Hácha, wie sich der letzte tschechische Landespräsident von Böhmen, Bienert, anlässlich eines Zusammentreffens im Gefängnisse bitter ausdrückte, bereits „verreckt“ und „verscharrt“.

Dr. Mastný

Dr. Mastný war einer der intimsten persönlichen Freunde des späteren Staatspräsidenten Dr. Hácha. Nicht groß, etwas zur Fülle neigend, wirkte er dennoch als ein feiner und eleganter Mann. Er war stets sorgfältigst gekleidet, einer der wenigen Tschechen, die stets Monokel trugen, ein glänzender Unterhalter und zweifellos Diplomat von Rang, aus natürlicher Begabung und großer Lebenserfahrung. Gleich Hácha kam er politisch aus der jungtschechischen Bewegung und gehörte zu den besten Repräsentanten tschechischen Bürgertums, die ein klares Verhältnis zur deutschen Kultur hatten. Der Jurist Dr. Mastný hatte seinen Weg aus der Verwaltung in den diplomatischen Dienst genommen und geriet, nachdem Prof. Dr. Krofta vom Posten des tschechoslowakischen Gesandten in Berlin nach der Wahl Dr. Beneš zum Staatspräsidenten als dessen getreuester Platzhalter in das Außenministerium aufgerückt war, als Nachfolger Kroftas in die schwierigsten diplomatischen Verwicklungen. Unsere engeren persönlichen Beziehungen hatte im Grunde genommen Dr. Hácha vermittelt. Nachdem ich auf Drängen meiner Freunde im Jahre 1935 ein Abgeordnetenmandat angenommen und als Abgeordneter den Eid auf die Verfassung abgelegt hatte, hielt ich die Entwicklung korrektester Beziehungen zu allen offiziellen Stellen, ungeachtet

meiner grundsätzlichen Vorbehalte gegen die tschechoslowakische Staatspraxis, für eine der unabdingbaren Voraussetzungen konkreter Möglichkeiten politischer Gestaltung.

Aus diesem Grunde habe ich dem Gesandten Mastný bei Besuchen in Berlin regelmäßig meine Aufwartung gemacht. Unsere Gespräche waren auch bei Behandlung heikelster Dinge denkbar unbefangen, als ob wir nicht selbst Repräsentanten zur politischen Gestaltung drängender Kräfte, sondern irgendwelche Experten gewesen wären.

Mastný glaubte das Ohr Görings zu haben und hat nach Mitteilungen wohlunterrichteter Kreise durch seine Art tatsächlich auf Göring sehr gewirkt.

Die erste konkrete Zusammenarbeit mit Minister Mastný erfolgte anlässlich der Olympiade 1936. Zu gerne wären unsere Turner als Teilnehmer zur Olympiade gefahren. Die Sokoln aber hielten sich aus politisch-ideologischen Gründen ferne. Nach glaubwürdiger Unterrichtung hatte Beneš daran besonderen Anteil, der offenkundig einen — heute würde man sagen — spannenden Einfluß auf eine seiner Hausmächte befürchtete. Das tschechoslowakische-olympische Komitee ließ mit Rücksicht auf die Absenz der Sokoln eine Teilnahme deutscher Turner nicht zu. („Es habe doch keinen Zweck in Berlin Jahn'sches Turnen zu zeigen und so Eulen nach Athen zu tragen.“)

Schließlich kam jemand aus Turnerkreisen auf die Idee, die Ascher Turnschule im Sportpalast, gewissermaßen in einer offiziellen Nebenveranstaltung, auftreten zu lassen. Der Innenminister Dr. Josef Černý, loyal wie immer, gab die Genehmigung. Das Ganze war eine Angelegenheit von 24 Stunden zwischen Vorschlag und Bewilligung durch die tschechoslowakischen Behörden. Das muß heute noch anerkannt werden: In den Spitzen der Behörden, wo noch die altösterreichische Beamtenelite saß, wußte man das Gesicht zu wahren, die juristische Form zu pflegen und konnte ganz unbürokratisch und expeditiv sein.

Der Innenminister schrieb nur vor, mit Henlein müsse der tschechoslowakische Gesandte das Protektorat für die Veranstaltung übernehmen, eine tschechoslowakische Staatsflagge müsse an der Stirnseite des Saales mindestens in der Größe der größten aushängenden deutschen Staatsflagge gezeigt werden, neben dem Deutschlandlied sei das „Kde domov můj“ als tschechoslowakische Nationalhymne zu intonieren.

Die Berliner Stellen, mit denen ich nach der Entscheidung des tschechoslowakischen Innenministers telefonierte, fanden das alles selbstverständlich. Mastný saß zur Rechten Henleins, er interessierte sich ungemein für die glänzenden Vorführungen der Ascher Turnschule, fand, daß die tschechoslowakische Staatsflagge, die an der Stirnwand des Sportpalastes ausgehängt worden war, wahrscheinlich eine der größten sei, die je gezeigt wurden und war übergücklich. Als Henlein etwa mitten während der Vorführungen sich mit einer Einladung zu Hitler entschuldigte, nahm das Mastný als selbstverständlich hin. Tatsächlich hat Henlein an diesem Tage

erstmalig Adolf Hitler gesehen und wurde ihm vorgestellt. Gesandter Mastný bedankte sich nach Schluß der Veranstaltung, — wir würden heute sagen — im Zeichen umfassender glückhafter Entspannung.

1936 und 1937 wurden in der Berliner Singakademie sudetendeutsche Konzerte veranstaltet, bei denen Mastný mit Henlein sich im Protektorat teilte, auch gab es Empfänge in der tschechoslowakischen Gesandtschaft, die hervorragendste Repräsentanten des Dritten Reiches auf tschechoslowakischem Boden in Berlin sahen. Hervorstechend war deren mitunter hanebüchene Uniformiertheit hinsichtlich der Verhältnisse in der Tschechoslowakei einschließlich der sudetendeutschen Volksgruppe. Ich werde das schadenfrohe Lächeln des tschechischen Legationsrates Šubrt nie vergessen, mit dem er einmal eine ganz einfältige Frage eines hohen Herrn des Dritten Reiches zur Sudetenfrage begleitete.

Mastný war sich darüber völlig klar, daß eine gesunde Entwicklung auf dem Boden des tschechoslowakischen Staates nur möglich sein würde, wenn die Herstellung eines unbefangenen Verhältnisses zwischen Berlin und Prag gelänge. Unter diesem Gesichtspunkte hat er im besonderen Maße und zweifellos erfolgreich bei Göring angesetzt, mit dem er als Jäger nicht unwichtige Berührungspunkte hatte, bei dem schließlich eine Lída Baarová gern gesehener und vollgenommener Gast war und dessen Stiefbruder später eine Tschechin zur Frau nahm, die, nach dem Zeugnis eines Neffen Görings, mit dem ich in Pankraz beisammen war, liebgewordenes Mitglied der von Hermann Göring sehr patriarchalisch regierten Sippe werden konnte. Dieser Umstand hat bezeichnenderweise 1945/46 im Zusammenhang mit Verhören des aus Österreich entführten Neffen Hermann Görings eine große Rolle gespielt. Ich selbst erlebte 1945 im Innenministerium, wie man den ehemaligen jungen Fliegeroffizier bedrängte, weil man sich nicht vorstellen konnte, daß eine Tschechin vollrespektiertes Mitglied in einer reichsdeutschen Familie und noch dazu der Görings sein konnte.

Kurz, nachdem Österreich von Hitler besetzt worden war, machte ich Mastný einen meiner regelmäßigen Besuche und fragte ihn offen, welche Konsequenzen die Eingliederung Österreichs für die tschechoslowakische Politik haben würde. Mastný meinte, gar keine. Spontan erzählte er mir, er sei am Morgen der Besetzung Österreichs zu Göring gefahren, der Hitler in Berlin in der Führung der Regierungsgeschäfte als Vizekanzler vertreten habe. Göring habe ihm, Mastný, völlig unbefangen erklärt, das Deutsche Reich habe keinerlei Ansprüche hinsichtlich tschechoslowakischen Gebietes und habe die Hand darauf gegeben.

Diese Darstellung findet sich in den Aktenpublikationen der Nachkriegszeit bestätigt.

Als ich Mastný rund heraus fragte, ob die Erklärung Görings für die tschechoslowakische Politik und ihn, den Gesandten, eine Realität sei oder eine fiktive Annahme, die aus Gründen diplomatischer Raison aufrechtzuhalten sei, erklärte mir der Gesandte, er habe bei seiner Kenntnis der

Persönlichkeit Hermann Görings und der Verhältnisse keinerlei Veranlassung, an der Aufrichtigkeit der Erklärung Görings zu zweifeln.

Als nach der Mobilisierung der Tschechoslowakischen Republik am 21. Mai 1938 die Lage wesentlich undurchsichtiger geworden war, besuchte ich den Gesandten erneut und trug ihm meine Sorge vor.

Der Gesandte erwiderte mir, am Tage vorher habe er fast das gleiche Gespräch mit dem britischen Botschafter Henderson und dem Botschafter Frankreichs Francois Poncet geführt.

Botschafter Henderson habe erklärt: Hitler könne etwas, was niemand von den anwesenden Herren imstande sei, nämlich beim Mondenschein über Dächer zu wandeln. Freilich, niemand wisse, was geschehen werde, wenn jemand Hitler zur Unzeit anrufe.

Als ich Gesandten Mastný fragte, ob das alles sei, was England zur Lage zu sagen habe, zuckte er die Achseln.

Zu jener Zeit führte Mastný mit mir noch ein für ihn so charakteristisches Gespräch. Die Schwierigkeit für die weitere Entwicklung liege darin, daß in Analogie zum *homo romanus* Hitler offenkundig den *homo germanicus* wolle. Wie der *homo romanus* ohne *imperium romanum* nicht möglich gewesen sei, wäre auch ein *homo germanicus* ohne *imperium germanicum* nicht möglich. Da aber ergeben sich die konkreten Konfliktmöglichkeiten für die weitere Entwicklung.

Dann sah ich Mastný erst wieder am Montag, den 11. September 1938, als ich zur persönlichen Unterrichtung tags vorher nach Nürnberg gefahren war und dann die militärische Demonstration Hitlers auf dem Parteitagsgelände besichtigte. Ich stand unmittelbar neben dem Gesandten und dem tschechoslowakischen Militärattaché. Als Göring die imponierende Schau der Flugzeugtypen vorführen ließ, verfolgte der Gesandte die Darbietungen mit sichtlicher Beklemmung und fragte den Militärattaché immer wieder, ob man das auch habe. Der Oberst bejahte unentwegt. Ich konnte nicht feststellen, wer ihm weniger glaubte, Dr. Mastný oder ich. Beide verließen wir sehr schweigsam und in sichtlicher Beklemmung das Parteitagsgelände. Wenige Stunden später brach Hitler in der Kongreßhalle los und griff Beneš und die Tschechoslowakei in der bekannten hemmungslosen Weise an.

Gesandten Mastný habe ich dann nach der Errichtung des Protektorats kurz wiedergesehen, ohne daß es zu politischen Gesprächen gekommen wäre. Jedenfalls hat er zum Abschied von Hitler gleich Francois Poncet den roten Adlerorden in einer hohen Rangstufe bekommen, lebte unbehindert die ganze Zeit des Protektorates über und wurde sicherem Vernehmen nach als der von Hitler höchstausgezeichnete Tscheche weder in den Revolutions-tagen 1945, noch nachher belästigt.

Das war zweifellos eine der glänzendsten diplomatischen Leistungen Dr. Mastnýs.

Der Name Stránský war für uns alte Deutschmährer ein Begriff. Der Vater war einer der Parteigänger Masaryks und Begründer der „Lidové Noviny“ in Brünn. Vom Sohne wußte man, daß er Beneš sehr nahegekommen war. Ihm begegnete ich im Sommer 1935 anläßlich der Konstituierung der parlamentarischen Ausschüsse des Abgeordnetenhauses, vor allem im Verfassungsrechtlichen Ausschusse. Er kam mir als korrekter Intellektueller entgegen und es gab manches Gespräch unter Juristen. Keinen Zweifel ließ er darüber, daß er nicht verstehen konnte, wie Gustav Peters zur Sudetendeutschen Partei gekommen war und mich betrachtete er auch irgendwie nicht dazugehörig. Was er gegen die Sudetendeutsche Partei hatte, vermochte er nie recht auszudrücken, wollte es vielleicht auch nicht, sie war ihm irgendwie nicht geheuer. Peters aber machte ihm klar, daß die Menschen in der Sudetendeutschen Partei das Beste wollten, sehr ehrenhafte Leute seien und ein Modus vivendi zwischen Tschechen und Deutschen, zwischen der Sudetendeutschen Partei und den Tschechen versucht werden müsse, vorausgesetzt, daß man tschechischerseits wirklich zu ehrenhaften und die natürlichen Entwicklungsvoraussetzungen der sudetendeutschen Volksgruppe respektierenden Beziehungen kommen wollte. Dazu gehöre, sagte Peters einmal, daß man tschechischerseits aufhöre, die Demokratie als Phrase zu mißbrauchen.

1936 hielt Dr. Stránský im Plenum des Abgeordnetenhauses eine Rede, in der er von den Idealen der Demokratie gleich Sternen am Himmel sprach, die man auf die Erde herunterholen müsse. Meine politischen Freunde haben sich über diese Rede maßlos geärgert. Vergeblich versuchte ich ihnen klarzumachen, daß ein Mann wie Prof. Stránský seine eigene Welt lebe, zweifellos subjektiv glaubte, was er sagte und daß alles darauf ankomme, bei korrektester Haltung auf sudetendeutscher Seite Männer wie Stránský mit der Wirklichkeit zu konfrontieren.

Im Verfassungsrechtlichen Ausschuß des Abgeordnetenhauses kam es einmal zu einem bezeichnenden Zwischenfall, als gerade Stránský, der nach seinem leidenschaftlichen Bekenntnis zur Demokratie der perfekte Demokrat hätte sein müssen, kein Verständnis dafür aufbringen wollte, daß Peters und ich konsequent für die Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Sicherungen der bürgerlichen Grundrechte auch im Rahmen des Staatsverteidigungsgesetzes auftraten. Nach Schluß der Sitzung wandte sich Peters warnend und händeringend, gewissermaßen in privater Fortführung der Debatte, an Stránský und fragte ihn, wohin denn diese Entwicklung führen solle. Stránský antwortete leidenschaftlich: „Keinesfalls zu Hitler“. Peters antwortete: „Dann aber sicher zu Stalin“. Stránský replizierte: „Lieber 1000mal mit Stalin, als einmal mit Hitler!“

Kurz darauf attackierte ich Stránský in einem persönlichen Gespräch und warf ihm vor, daß es besser wäre, statt leidenschaftliche Reden zu halten,

einmal unsere Leute kennen zu lernen und in eine sudetendeutsche Versammlung zu kommen. Stránský lachte hell auf und fragte, wie ich mir das so vorstelle. Er, in einer Versammlung der Sudetendeutschen Partei. Nun wurde ich aber sehr ernst, hielt ihm vor, daß dieses Vorurteil für einen Professor der Rechte denn doch zu weit gehe und er binnen 8 Tagen jederzeit in einer Versammlung der Sudetendeutschen Partei, etwa im Deutschen Hause, in Brünn erscheinen könne, wenn er sich dazu entschließen könnte. Stránský war durch mein Angebot, dessen Ernsthaftigkeit bei der Art unserer Gespräche nicht in Zweifel gezogen werden konnte, einen Augenblick betroffen, dann aber reizte ihn sichtlich das Abenteuer und er sagte zu. Binnen 8 Tagen wurde nach kurzer fernmündlicher Verständigung mit meinen politischen Freunden in Brünn in das Deutsche Haus eine Versammlung mit Prof. Stránský als Gast einberufen. Er kam pünktlich auf die Minute und wurde von der Versammlungsleitung und von den Versammlungsteilnehmern durch Erheben von den Sitzen respektvoll begrüßt. Nachdem ich über Sinn und Methoden des Grundsätzlichen Rechtskampfes der Sudetendeutschen gesprochen hatte, wobei die Teilnehmer durch die Art ihres sehr verständigen Beifalles zeigten, daß sie durchaus begriffen, worum es ging, und die vorgebrachten Ansichten ihnen eine Herzenssache waren, sprach Dr. Stránský, loyal und beifällig nochmals begrüßt. Er vertrat durchaus den tschechoslowakischen Standpunkt, aber in einer Art und Weise, die es ermöglichte, grundsätzlich selbst über bestehende Unterschiede in den Auffassungen zu sprechen. Nachdem Prof. Stránský gesprochen hatte, wurde er korrekt, wie es sich einem Gast von Rang geziemt, verabschiedet. Man kann sich heute wohl kaum mehr vorstellen, was das Auftreten Prof. Stránskýs bedeutete und noch dazu im Deutschen Haus in Brünn.

Nächsten Tag schon rief mich Viktor Stoupal an und fragte, ob wir etwa mit den tschechischen Sozialisten packeln wollten. Der gesamten Bürokratie in den zentralen Landesverwaltungsstellen bemächtigte sich eine weitgehende Unsicherheit und man wurde plötzlich höflich und sachlich, wie nie zuvor. Es ist schade, daß die spontanen Stimmungsberichte, die mir von den verschiedensten Seiten zugehen, nicht mehr existieren, weil sie 1945 mit meinem Privatarchiv verloren gegangen sind. Sie wären klassische Dokumente für das Studium der praktischen Psychologie im Nationalitätenstaat.

Wenige Tage später war ich bei Dr. Beneš. Plötzlich kam er auf die Brünner Versammlung zu sprechen und erklärte mir, er hätte das Auftreten Stránskýs niemals geduldet, wenn er rechtzeitig davon gewußt hätte. Auch das war typisch.

Nimmt man die unterschiedlichen Reaktionen auf diesen Vorfall, dann steht im Vordergrund die Intransigenz Beneš', ist bezeichnend die Unsicherheit der agrarischen Führung, die eben seit der Zusammenarbeit mit dem Aktivismus Spina'scher Prägung andersnationale Parlamentarier in erster Linie unter dem Gesichtspunkt ständischer Interessenpolitik als potentiellen Koalitionspartner im innerpolitischen Spiel der Kräfte sah, und bleibt sehr

beachtlich die Reaktion der Bürokratie, die schon zu beeinflussen gewesen wäre, wenn ihr nicht tschechoslowakische Nationalstaatspolitik als verpflichtende Staatsraison, und zwar als gemeinsamer Nenner der mitunter so widerstreitenden tschechischen Parteien, vorexerziert worden wäre.

Als ich 1945 von Partisanen aus der USA-Besatzungszone nächst Karlsbad nach Prag verschleppt und schließlich dort in Gerichtshaft eingeliefert worden war, war Dr. Jaroslav Stránský Justizminister. Nach achtwöchigem Kampfe — 6 Wochen lang waren durchschnittlich 36 Häftlinge in der Zelle 127 am Kadlak, dem Gefängnisse am Karlsplatz, in 45 m³ Zellenraum, am Zellen-
einge- feine säuberlich ausgewiesen, — vermochte ich Schreiberlaubnis zu erhalten und Dr. Stránský zu schreiben.

Immer wieder sah ich in jenen Tagen den einstigen Kollegen Dr. Stránský vor mir auf der Rednertribüne des Prager Abgeordnetenhauses, als er sich anheischig machte, die Ideale der Demokratie gleich Sternen vom Himmel zu holen.

Ich habe ihm damals und in den folgenden langen, bitteren Jahren, es waren ihrer fast 11, nie gezürnt. Für mich steht auf Grund der Beobachtung der gesamten Entwicklung fest, daß Dr. Stránský das Wüten der Volksgerichte und die Bolschewisierung der Justiz hinnehmen mußte, bis ihm nichts übrigblieb, als nach der Machtergreifung durch den Kommunismus im Feber 1948 das zweite Mal seine Heimat zu verlassen und in die Emigration zu gehen.

In den letzten Jahren habe ich mit ihm rein akademisch korrespondiert. Was ich noch nicht begriffen habe, ist, wie ein Mann seiner intellektuellen und moralischen Qualitäten zum Mitautor des Retributionsdekretes geworden sein soll.

In einem Punkte haben wir im Grunde genommen die gleichen Erfahrungen gemacht: die der absoluten Machtlosigkeit des fachlich geschulten und moralisch gebundenen Intellektuellen, dem im Rahmen außerordentlicher oder revolutionärer Entwicklungen, wie sie die Protektoratsverhältnisse ab 1939 und die Vorgänge nach 1945 darstellen, der Boden für persönliche Wirkung aus seiner intellektuellen und moralischen Position heraus entzogen wird.

Ob man in solchen Situationen als Justizminister vor einem repräsentativen Schreibtisch sitzt oder als Officialverteidiger in einem Sondergerichtsprozeß, mag gleich bitter sein.

Wer vermag die Erfahrungen dieser Art zu schöpfen und im unvermeidlichen Wechsel der Generationen den Nachfahren zum allgemeinen Nutzen zugänglich zu machen, vor allem in einer Zeit, in der uns ein totalitäres System von äußerster Perfektion, wie es die Menschheitsgeschichte bisher noch nicht kannte, tödlich bedroht?